

Amtsblatt

der Europäischen Gemeinschaften

ISSN 0376-9453

L 304

21. Jahrgang

30. Oktober 1978

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

.....

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Rat

78/884/EWG:

- * **Übereinkommen vom 9. Oktober 1978 über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof** 1
 - Dänischer Wortlaut des Übereinkommens von 1968 und des Protokolls von 1971 17
 - Englischer Wortlaut des Übereinkommens von 1968 und des Protokolls von 1971 36
 - Irischer Wortlaut des Übereinkommens von 1968 und des Protokolls von 1971 55
 - Gemeinsame Erklärung 74
- Übereinkommen vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (*)** 77
 - Dem Übereinkommen beigefügtes Protokoll (*) 93
 - Gemeinsame Erklärung 96
- Protokoll vom 3. Juni 1971 betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen durch den Gerichtshof (*)** 97
 - Gemeinsame Erklärung 101

(*) Texte in der Fassung des Beitrittsübereinkommens; sie wurden auf der Grundlage der amtlichen Texte von den Dienststellen des Rates der Europäischen Gemeinschaften auf den letzten Stand gebracht.

Preis: DM 6,80

Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

Rechtsakte, deren Titel in fetter Schrift gedruckt sind und denen ein Sternchen vorangestellt ist, sind sonstige Rechtsakte.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT**ÜBEREINKOMMEN**

über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof

(unterzeichnet am 9. Oktober 1978) (*)

(78/884/EWG)

PRÄAMBEL

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN DES VERTRAGES ZUR GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT —

IN DER ERWÄGUNG, daß das Königreich Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland mit ihrem Beitritt zur Gemeinschaft die Verpflichtung eingegangen sind, dem Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie dem Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof beizutreten und zu diesem Zweck mit den ursprünglichen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Verhandlungen im Hinblick auf die erforderlichen Anpassungen aufzunehmen —

HABEN BESCHLOSSEN, dieses Übereinkommen zu schließen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER:

Renaat VAN ELSLANDE,
Minister der Justiz;

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN VON DÄNEMARK:

Nathalie LIND,
Minister der Justiz;

(*) Der Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens wird im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* auf Veranlassung des Generalsekretariats des Rates veröffentlicht.

DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Dr. Hans-Jochen VOGEL,
Bundesminister der Justiz;

DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK:

Alain PEYREFITTE,
Siegelbewahrer,
Minister der Justiz;

DER PRÄSIDENT IRLANDS:

Gerard COLLINS,
Minister der Justiz;

DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK:

Paolo BONIFACIO,
Minister der Justiz;

SEINE KÖNIGLICHE HOHEIT DER GROSSHERZOG VON LUXEMBURG:

Robert KRIEPS,
Minister für Erziehungswesen und Justiz;

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE:

Prof. Mr. J. DE RUITER,
Minister der Justiz;

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS
GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

The Right Honourable the Lord ELWYN-JONES, C.H.,
Lord High Chancellor of Great Britain;

DIESE im Rat vereinigten Bevollmächtigten sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten

WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

TITEL I

ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN

Artikel 1

Das Königreich Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland treten

dem am 27. September 1968 in Brüssel unterzeichneten Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen — nachstehend „Übereinkommen von 1968“ genannt — sowie dem am 3. Juni 1971 in Luxemburg unterzeichneten Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof — nachstehend „Protokoll von 1971“ genannt — bei.

Artikel 2

Die Anpassungen des Übereinkommens von 1968 und des Protokolls von 1971 sind in den Titeln II bis IV dieses Übereinkommens festgelegt.

TITEL II

ANPASSUNGEN DES ÜBEREINKOMMENS VON 1968

Artikel 3

Artikel 1 Absatz 1 des Übereinkommens von 1968 wird durch folgende Bestimmung ergänzt:

„Es erfaßt insbesondere nicht Steuer- und Zollsachen sowie verwaltungsrechtliche Angelegenheiten.“

Artikel 4

Artikel 3 Absatz 2 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„Insbesondere können gegen diese Personen nicht geltend gemacht werden:

- in Belgien: Artikel 15 des Zivilgesetzbuches (Code civil — Burgerlijk Wetboek) sowie Artikel 638 der Zivilprozeßordnung (Code judiciaire — Gerechtelijk Wetboek);
- in Dänemark: Artikel 248 Absatz 2 der Zivilprozeßordnung (Lov om rettens pleje) und Kapitel 3 Artikel 3 der Zivilprozeßordnung für Grönland (Lov for Grønland om rettens pleje);
- in der Bundesrepublik Deutschland: § 23 der Zivilprozeßordnung;
- in Frankreich: Artikel 14 und 15 des Zivilgesetzbuches (Code civil);
- in Irland: Vorschriften, nach denen die Zuständigkeit durch Zustellung eines das Verfahren einleitenden Schriftstücks an den Beklagten während dessen vorübergehender Anwesenheit in Irland begründet wird;
- in Italien: Artikel 2, Artikel 4 Nummern 1 und 2 der Zivilprozeßordnung (Codice di procedura civile);
- in Luxemburg: Artikel 14 und 15 des Zivilgesetzbuches (Code civil);
- in den Niederlanden: Artikel 126 Absatz 3 und Artikel 127 der Zivilprozeßordnung (Wetboek van Burgerlijke Rechtsvordering);
- im Vereinigten Königreich: Vorschriften, nach denen die Zuständigkeit begründet wird durch

- a) die Zustellung eines das Verfahren einleitenden Schriftstücks an den Beklagten während dessen vorübergehender Anwesenheit im Vereinigten Königreich;
- b) das Vorhandensein von Vermögenswerten des Beklagten im Vereinigten Königreich oder
- c) die Beschlagnahme von Vermögen im Vereinigten Königreich durch den Kläger.“

Artikel 5

(1) Der französische Wortlaut des Artikels 5 Nummer 1 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„1. en matière contractuelle, devant le tribunal du lieu où l'obligation qui sert de base à la demande a été ou doit être exécutée;“

(2) Der niederländische Wortlaut des Artikels 5 Nummer 1 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„1. ten aanzien van verbintenissen uit overeenkomst: voor het gerecht van de plaats, waar de verbintenis, die aan de eis ten grondslag ligt, is uitgevoerd of moet worden uitgevoerd;“

(3) Artikel 5 Nummer 2 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„2. wenn es sich um eine Unterhaltssache handelt, vor dem Gericht des Ortes, an dem der Unterhaltsberechtigte seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, oder im Falle einer Unterhaltssache, über die im Zusammenhang mit einem Verfahren in bezug auf den Personenstand zu entscheiden ist, vor dem nach seinem Recht für dieses Verfahren zuständigen Gericht, es sei denn, diese Zuständigkeit beruht lediglich auf der Staatsangehörigkeit einer der Parteien;“

(4) Artikel 5 des Übereinkommens von 1968 wird durch folgende Bestimmungen ergänzt:

„6. wenn sie in ihrer Eigenschaft als Begründer, trustee oder Begünstigter eines trust in Anspruch genommen wird, der aufgrund eines Gesetzes oder durch schriftlich vorgenommene oder schriftlich bestätigtes Rechtsgeschäft errichtet worden ist, vor den Gerichten des Vertragsstaats, auf dessen Hoheitsgebiet der trust seinen Sitz hat;

7. wenn es sich um eine Streitigkeit wegen der Zahlung von Berge- und Hilfslohn handelt, der für Bergungs- und Hilfeleistungsarbeiten gefordert wird, die zugunsten einer Ladung oder einer Frachtforderung erbracht worden

sind, vor dem Gericht, in dessen Zuständigkeitsbereich diese Ladung oder die entsprechende Frachtforderung

- a) mit Arrest belegt worden ist, um die Zahlung zu gewährleisten, oder
- b) mit Arrest hätte belegt werden können, jedoch dafür eine Bürgschaft oder eine andere Sicherheit geleistet worden ist;

diese Vorschrift ist nur anzuwenden, wenn behauptet wird, daß der Beklagte Rechte an der Ladung oder an der Frachtforderung hat oder zur Zeit der Bergungs- oder Hilfeleistungsarbeiten hatte.“

Artikel 6

Titel II Abschnitt 2 des Übereinkommens von 1968 wird durch folgenden Artikel ergänzt:

„Artikel 6a

Ist ein Gericht eines Vertragsstaats nach diesem Übereinkommen zur Entscheidung in Verfahren wegen einer Haftpflicht aufgrund der Verwendung oder des Betriebs eines Schiffes zuständig, so entscheidet dieses oder ein anderes, an seiner Stelle durch das Recht dieses Staates bestimmtes Gericht auch über Klagen auf Beschränkung dieser Haftung.“

Artikel 7

Artikel 8 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„Artikel 8

Der Versicherer, der seinen Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats hat, kann verklagt werden:

1. vor den Gerichten des Staates, in dem er seinen Wohnsitz hat,
2. in einem anderen Vertragsstaat vor dem Gericht des Bezirks, in dem der Versicherungsnehmer seinen Wohnsitz hat, oder,
3. falls es sich um einen Mitversicherer handelt, vor dem Gericht eines Vertragsstaats, bei dem der federführende Versicherer verklagt wird.

Hat ein Versicherer in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats keinen Wohnsitz, besitzt er aber in einem Vertragsstaat eine Zweigniederlassung, Agentur oder sonstige Niederlassung, so wird er für Streitigkeiten aus ihrem Betrieb so behandelt, wie wenn er seinen Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet dieses Staates hätte.“

Artikel 8

Artikel 12 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„Artikel 12

Von den Vorschriften dieses Abschnitts kann im Wege der Vereinbarung nur abgewichen werden:

1. wenn die Vereinbarung nach der Entstehung der Streitigkeit getroffen wird oder
2. wenn sie dem Versicherungsnehmer, Versicherten oder Begünstigten die Befugnis einräumt, andere als die in diesem Abschnitt angeführten Gerichte anzurufen, oder
3. wenn sie zwischen einem Versicherungsnehmer und einem Versicherer, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in demselben Vertragsstaat haben, getroffen ist, um die Zuständigkeit der Gerichte dieses Staates auch für den Fall zu begründen, daß das schädigende Ereignis im Ausland eingetreten ist, es sei denn, daß eine solche Vereinbarung nach dem Recht dieses Staates nicht zulässig ist, oder
4. wenn sie von einem Versicherungsnehmer abgeschlossen ist, der seinen Wohnsitz nicht in einem Vertragsstaat hat, ausgenommen soweit sie eine Versicherung, zu deren Abschluß eine gesetzliche Verpflichtung besteht, oder die Versicherung von unbeweglichen Sachen in einem Vertragsstaat betrifft, oder
5. wenn sie einen Versicherungsvertrag betrifft, soweit dieser eines oder mehrere der in Artikel 12a aufgeführten Risiken deckt.“

Artikel 9

Titel II Abschnitt 3 des Übereinkommens von 1968 wird durch folgende Artikel ergänzt:

„Artikel 12a

Die in Artikel 12 Nummer 5 erwähnten Risiken sind die folgenden:

1. sämtliche Schäden
 - a) an Seeschiffen, Anlagen vor der Küste und auf hoher See oder Luftfahrzeugen aus Gefahren, die mit ihrer Verwendung zu gewerblichen Zwecken verbunden sind,
 - b) an Transportgütern, ausgenommen Reisegepäck der Passagiere, wenn diese Güter ausschließlich oder zum Teil mit diesen Schiffen oder Luftfahrzeugen befördert werden;
2. Haftpflicht aller Art, mit Ausnahme der Haftung für Personenschäden an Passagieren oder Schäden an deren Reisegepäck,

- a) aus der Verwendung oder dem Betrieb von Seeschiffen, Anlagen oder Luftfahrzeugen gemäß Nummer 1 Buchstabe a), es sei denn, daß nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dem das Luftfahrzeug eingetragen ist, Gerichtsstandsvereinbarungen für die Versicherung solcher Risiken untersagt sind,
 - b) für Schäden, die durch Transportgüter während einer Beförderung im Sinne der Nummer 1 Buchstabe b) verursacht werden;
3. finanzielle Verluste in Zusammenhang mit der Verwendung oder dem Betrieb von Seeschiffen, Anlagen oder Luftfahrzeugen gemäß Nummer 1 Buchstabe a), insbesondere Fracht- oder Charterverlust;
 4. irgendein zusätzliches Risiko, das mit einem der unter Nummern 1 bis 3 genannten Risiken in Zusammenhang steht.“

Artikel 10

Titel II Abschnitt 4 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„4. Abschnitt

Zuständigkeit für Verbrauchersachen

Artikel 13

Für Klagen aus einem Vertrag, den eine Person zu einem Zweck abgeschlossen hat, der nicht der beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit dieser Person (Verbraucher) zugerechnet werden kann, bestimmt sich die Zuständigkeit, unbeschadet des Artikels 4 und des Artikels 5 Nummer 5, nach diesem Abschnitt,

1. wenn es sich um den Kauf beweglicher Sachen auf Teilzahlung handelt,
2. wenn es sich um ein in Raten zurückzuzahlendes Darlehen oder um ein anderes Kreditgeschäft handelt, die zur Finanzierung eines Kaufs derartiger Sachen bestimmt sind, oder
3. für andere Verträge, wenn sie die Erbringung einer Dienstleistung oder die Lieferung beweglicher Sachen zum Gegenstand haben, sofern
 - a) dem Vertragsabschluß in dem Staat des Wohnsitzes des Verbrauchers ein ausdrückliches Angebot oder eine Werbung vorausgegangen ist und
 - b) der Verbraucher in diesem Staat die zum Abschluß des Vertrages erforderlichen Rechtshandlungen vorgenommen hat.

Hat der Vertragspartner des Verbrauchers in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats keinen Wohnsitz, besitzt er aber in einem Vertragsstaat eine

Zweigniederlassung, Agentur oder sonstige Niederlassung, wo wird er für Streitigkeiten aus ihrem Betrieb so behandelt, wie wenn er seinen Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet dieses Staates hätte.

Dieser Abschnitt ist nicht auf Beförderungsverträge anzuwenden.

Artikel 14

Die Klage eines Verbrauchers gegen die andere Vertragspartei kann entweder vor den Gerichten des Vertragsstaats erhoben werden, in dessen Hoheitsgebiet diese Vertragspartei ihren Wohnsitz hat, oder vor den Gerichten des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet der Verbraucher seinen Wohnsitz hat.

Die Klage der anderen Vertragspartei gegen den Verbraucher kann nur vor den Gerichten des Vertragsstaats erhoben werden, in dessen Hoheitsgebiet der Verbraucher seinen Wohnsitz hat.

Diese Vorschriften lassen das Recht unberührt, eine Widerklage vor dem Gericht zu erheben, bei dem die Klage selbst gemäß den Bestimmungen dieses Abschnitts anhängig ist.

Artikel 15

Von den Vorschriften dieses Abschnitts kann im Wege der Vereinbarung nur abgewichen werden:

1. wenn die Vereinbarung nach der Entstehung der Streitigkeit getroffen wird oder
2. wenn sie dem Verbraucher die Befugnis einräumt, andere als die in diesem Abschnitt angeführten Gerichte anzurufen, oder
3. wenn sie zwischen einem Verbraucher und seinem Vertragspartner getroffen ist, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in demselben Vertragsstaat haben, und die Zuständigkeit der Gerichte dieses Staates begründet, es sei denn, daß eine solche Vereinbarung nach dem Recht dieses Staates nicht zulässig ist.“

Artikel 11

Artikel 17 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„Artikel 17

Haben die Parteien, von denen mindestens eine ihren Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats hat, vereinbart, daß ein Gericht oder die Gerichte eines Vertragsstaats über eine bereits entstandene Rechtsstreitigkeit oder über eine künftige aus einem bestimmten Rechtsverhältnis entspringende Rechtsstreitigkeit entscheiden sollen, so sind dieses Gericht oder die Gerichte dieses Staates ausschließlich zuständig. Eine solche Gerichtsstandsvereinbarung muß schriftlich oder

mündlich mit schriftlicher Bestätigung oder im internationalen Handelsverkehr in einer Form geschlossen werden, die den internationalen Handelsbräuchen entspricht, die den Parteien bekannt sind oder die als ihnen bekannt angesehen werden müssen. Wenn eine solche Vereinbarung von Parteien geschlossen wurde, die beide ihren Wohnsitz nicht im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats haben, so können die Gerichte der anderen Vertragsstaaten nicht entscheiden, es sei denn, das vereinbarte Gericht oder die vereinbarten Gerichte haben sich rechtskräftig für unzuständig erklärt.

Ist in schriftlich niedergelegten *trust*-Bedingungen bestimmt, daß über Klagen gegen einen Begründer, *trustee* oder Begünstigten eines *trust* ein Gericht oder die Gerichte eines Vertragsstaats entscheiden sollen, so ist dieses Gericht oder sind diese Gerichte ausschließlich zuständig, wenn es sich um Beziehungen zwischen diesen Personen oder ihre Rechte oder Pflichten im Rahmen des *trust* handelt.

Gerichtsstandsvereinbarungen und entsprechende Bestimmungen in *trust*-Bedingungen haben keine rechtliche Wirkung, wenn sie den Vorschriften der Artikel 12 oder 15 zuwiderlaufen oder wenn die Gerichte, deren Zuständigkeit abbedungen wird, aufgrund des Artikels 16 ausschließlich zuständig sind.

Ist eine Gerichtsstandsvereinbarung nur zugunsten einer der Parteien getroffen worden, so behält diese das Recht, jedes andere Gericht anzurufen, das aufgrund dieses Übereinkommens zuständig ist.“.

Artikel 12

Artikel 20 Absatz 2 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„Das Gericht hat die Entscheidung so lange auszusetzen, bis festgestellt ist, daß es dem Beklagten möglich war, das den Rechtsstreit einleitende Schriftstück oder ein gleichwertiges Schriftstück so rechtzeitig zu empfangen, daß er sich verteidigen konnte, oder daß alle hierzu erforderlichen Maßnahmen getroffen worden sind.“.

Artikel 13

(1) Artikel 27 Nummer 2 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„2. wenn dem Beklagten, der sich auf das Verfahren nicht eingelassen hat, das dieses Verfahren einleitende Schriftstück oder ein gleichwertiges Schriftstück nicht ordnungsmäßig und nicht so rechtzeitig zugestellt worden ist, daß er sich verteidigen konnte;“.

(2) Artikel 27 des Übereinkommens von 1968 wird durch folgende Bestimmung ergänzt:

„5. wenn die Entscheidung mit einer früheren Entscheidung unvereinbar ist, die in einem Nichtvertragsstaat zwischen denselben Parteien in einem Rechtsstreit wegen desselben Anspruchs ergangen ist, sofern diese Entscheidung die notwendigen Voraussetzungen für ihre Anerkennung in dem Staat erfüllt, in dem die Anerkennung geltend gemacht wird.“.

Artikel 14

Artikel 30 des Übereinkommens von 1968 wird durch folgenden Absatz ergänzt:

„Das Gericht eines Vertragsstaats, vor dem die Anerkennung einer in Irland oder im Vereinigten Königreich ergangenen Entscheidung geltend gemacht wird, kann das Verfahren aussetzen, wenn die Vollstreckung der Entscheidung im Urteilsstaat wegen der Einlegung eines Rechtsbehelfs einstweilen eingestellt ist.“.

Artikel 15

Artikel 31 des Übereinkommens von 1968 wird durch folgenden Absatz ergänzt:

„Im Vereinigten Königreich wird eine derartige Entscheidung jedoch in England und Wales, in Schottland oder in Nordirland vollstreckt, wenn sie auf Antrag eines Berechtigten zur Vollstreckung in dem betreffenden Teil des Vereinigten Königreichs registriert worden ist.“.

Artikel 16

Artikel 32 Absatz 1 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„Der Antrag ist zu richten:

- in Belgien an das ‚tribunal de première instance‘ oder an die ‚rechtbank van eerste aanleg‘;
- in Dänemark an das ‚underret‘;
- in der Bundesrepublik Deutschland an den Vorsitzenden einer Kammer des Landgerichts;
- in Frankreich an den Präsidenten des ‚tribunal de grande instance‘;
- in Irland an den ‚High Court‘;
- in Italien an die ‚corte d’appello‘;
- in Luxemburg an den Präsidenten des ‚tribunal d’arrondissement‘;
- in den Niederlanden an den Präsidenten der ‚arrondissementsrechtbank‘;
- im Vereinigten Königreich:
 1. in England und Wales an den ‚High Court of Justice‘ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen an den ‚Magistrates’ Court‘ über den ‚Secretary of State‘;

2. in Schottland an den ‚Court of Session‘ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen an den ‚Sheriff Court‘ über den ‚Secretary of State‘;
3. in Nordirland an den ‚High Court of Justice‘ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen an den ‚Magistrates‘ Court‘ über den ‚Secretary of State‘.“.

Artikel 17

Artikel 37 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„Artikel 37

Der Rechtsbehelf wird nach den Vorschriften, die für das streitige Verfahren maßgebend sind, eingelegt:

- in Belgien bei dem ‚tribunal de première instance‘ oder der ‚rechtbank van eerste aanleg‘;
- in Dänemark bei dem ‚landsret‘;
- in der Bundesrepublik Deutschland bei dem Oberlandesgericht;
- in Frankreich bei der ‚cour d’appel‘;
- in Irland bei dem ‚High Court‘;
- in Italien bei der ‚corte d’appello‘;
- in Luxemburg bei der ‚Cour supérieure de Justice‘ als Berufsinstanz für Zivilsachen;
- in den Niederlanden bei der ‚arrondissementsrechtbank‘;
- im Vereinigten Königreich:
 1. in England und Wales bei dem ‚High Court of Justice‘ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen bei dem ‚Magistrates‘ Court‘;
 2. in Schottland bei dem ‚Court of Session‘ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen bei dem ‚Sheriff Court‘;
 3. in Nordirland bei dem ‚High Court of Justice‘ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen bei dem ‚Magistrates‘ Court‘.

Gegen die Entscheidung, die über den Rechtsbehelf ergangen ist, finden nur statt:

- in Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden: die Kassationsbeschwerde;
- in Dänemark: ein Verfahren vor dem ‚højesteret‘ mit Zustimmung des Justizministers;

- in der Bundesrepublik Deutschland: die Rechtsbeschwerde;
- in Irland: ein auf Rechtsfragen beschränkter Rechtsbehelf bei dem ‚Supreme Court‘;
- im Vereinigten Königreich: ein einziger auf Rechtsfragen beschränkter Rechtsbehelf.“.

Artikel 18

In Artikel 38 des Übereinkommens von 1968 wird nach Absatz 1 folgender Absatz eingefügt:

„Ist eine gerichtliche Entscheidung in Irland oder im Vereinigten Königreich erlassen worden, so gilt jeder in dem Urteilsstaat statthafte Rechtsbehelf als ordentlicher Rechtsbehelf im Sinne von Absatz 1.“.

Artikel 19

Artikel 40 Absatz 1 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„Wird der Antrag abgelehnt, so kann der Antragsteller einen Rechtsbehelf einlegen:

- in Belgien bei der ‚cour d’appel‘ oder dem ‚hof van beroep‘;
- in Dänemark bei dem ‚landsret‘;
- in der Bundesrepublik Deutschland bei dem Oberlandesgericht;
- in Frankreich bei der ‚cour d’appel‘;
- in Irland bei dem ‚High Court‘;
- in Italien bei der ‚corte d’appello‘;
- in Luxemburg bei der ‚Cour supérieure de Justice‘ als Berufungsinstanz für Zivilsachen;
- in den Niederlanden bei dem ‚gerechtshof‘;
- im Vereinigten Königreich:
 1. in England und Wales bei dem ‚High Court of Justice‘ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen bei dem ‚Magistrates‘ Court‘;
 2. in Schottland bei dem ‚Court of Session‘ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen bei dem ‚Sheriff Court‘;
 3. in Nordirland bei dem ‚High Court of Justice‘ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen bei dem ‚Magistrates‘ Court‘.“.

Artikel 20

Artikel 41 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„Artikel 41

Gegen die Entscheidung, die über den in Artikel 40 vorgesehenen Rechtsbehelf ergangen ist, finden nur statt:

- in Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und in den Niederlanden: die Kassationsbeschwerde;
- in Dänemark: ein Verfahren vor dem ‚højesteret‘ mit Zustimmung des Justizministers;
- in der Bundesrepublik Deutschland: die Rechtsbeschwerde;
- in Irland: ein auf Rechtsfragen beschränkter Rechtsbehelf bei dem ‚Supreme Court‘;
- im Vereinigten Königreich: ein einziger auf Rechtsfragen beschränkter Rechtsbehelf.“

Artikel 21

Artikel 44 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„Artikel 44

Ist dem Antragsteller in dem Staat, in dem die Entscheidung ergangen ist, ganz oder teilweise das Armenrecht oder Kosten- und Gebührenbefreiung gewährt worden, so genießt er in dem Verfahren nach den Artikeln 32 bis 35 hinsichtlich des Armenrechts oder der Kosten- und Gebührenbefreiung die günstigste Behandlung, die das Recht des Vollstreckungsstaats vorsieht.

Der Antragsteller, welcher die Vollstreckung einer Entscheidung einer Verwaltungsbehörde begehrt, die in Dänemark in Unterhaltssachen ergangen ist, kann im Vollstreckungsstaat Anspruch auf die in Absatz 1 genannten Vorteile erheben, wenn er eine Erklärung des dänischen Justizministeriums darüber vorlegt, daß er die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die vollständige oder teilweise Bewilligung des Armenrechts oder für die Kosten- und Gebührenbefreiung erfüllt.“

Artikel 22

Artikel 46 Nummer 2 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

- „2. bei einer im Versäumnisverfahren ergangenen Entscheidung die Urschrift oder eine beglaubigte Abschrift der Urkunde, aus der sich ergibt, daß das den Rechtsstreit einleitende Schriftstück oder ein gleichwertiges Schriftstück der säumigen Partei zugestellt worden ist.“

Artikel 23

Artikel 53 des Übereinkommens von 1968 wird durch folgenden Absatz ergänzt:

„Um zu bestimmen, ob ein *trust* seinen Sitz in dem Vertragsstaat hat, bei dessen Gerichten die Klage anhängig ist, wendet das Gericht sein internationales Privatrecht an.“

Artikel 24

In Artikel 55 des Übereinkommens von 1968 werden folgende Abkommen in chronologischer Reihenfolge eingefügt:

- das am 18. Januar 1934 in Paris unterzeichnete britisch-französische Abkommen über die gegenseitige Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen mit Protokoll;
- das am 2. Mai 1934 in Brüssel unterzeichnete britisch-belgische Abkommen über die gegenseitige Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen mit Protokoll;
- das am 14. Juli 1960 in Bonn unterzeichnete deutsch-britische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen;
- das am 7. Februar 1964 in Rom unterzeichnete britisch-italienische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen und das am 14. Juli 1970 in Rom unterzeichnete Zusatzprotokoll;
- das am 17. November 1967 in Den Haag unterzeichnete britisch-niederländische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivilsachen.

Artikel 25

(1) Artikel 57 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„Artikel 57

Dieses Übereinkommen läßt Übereinkommen unberührt, denen die Vertragsstaaten angehören oder angehören werden und die für besondere Rechtsgebiete die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung oder Vollstreckung von Entscheidungen regeln.

Es berührt nicht die Anwendung der Bestimmungen, die für besondere Rechtsgebiete die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung oder Vollstreckung von Entscheidungen regeln und in Rechtsakten der Organe der Europäischen Gemeinschaften oder in dem in Ausführung dieser Akte harmonisierten einzelstaatlichen Recht enthalten sind.“.

(2) Um eine einheitliche Auslegung des Artikels 57 Absatz 1 zu sichern, wird dieser Absatz in folgender Weise angewandt:

- a) Das geänderte Übereinkommen von 1968 schließt nicht aus, daß ein Gericht eines Vertragsstaats, der Partei eines Vertrages über ein besonderes Rechtsgebiet ist, seine Zuständigkeit auf diesen Vertrag stützt, und zwar auch dann, wenn der Beklagte seinen Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats hat, der nicht Partei des erwähnten Vertrages ist. In jedem Fall wendet dieses Gericht Artikel 20 des geänderten Übereinkommens von 1968 an.
- b) Entscheidungen, die in einem Vertragsstaat von einem Gericht erlassen worden sind, das seine Zuständigkeit auf einen Vertrag über ein besonderes Rechtsgebiet gestützt hat, werden in den anderen Vertragsstaaten gemäß dem geänderten Übereinkommen von 1968 anerkannt und vollstreckt.

Sind der Urteilsstaat und der Staat, in dem die Entscheidung geltend gemacht wird, Parteien eines Vertrages über ein besonderes Rechtsgebiet, der die Voraussetzungen für die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen regelt, so sind diese Voraussetzungen anzuwenden. In jedem Fall können die Bestimmungen des geänderten Übereinkommens von 1968 über das Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahren der Entscheidungen angewandt werden.

Artikel 26

Artikel 59 des Übereinkommens von 1968 wird durch folgenden Absatz ergänzt:

„Kein Vertragsstaat kann sich jedoch gegenüber einem dritten Staat verpflichten, eine Entschei-

dung nicht anzuerkennen, die in einem anderen Vertragsstaat durch ein Gericht gefällt wurde, dessen Zuständigkeit auf das Vorhandensein von Vermögenswerten des Beklagten in diesem Staat oder die Beschlagnahme von dort vorhandenem Vermögen durch den Kläger gegründet ist,

1. wenn die Klage erhoben wird, um Eigentums- oder Inhaberrechte hinsichtlich dieses Vermögens festzustellen oder anzumelden oder um Verfügungsgewalt darüber zu erhalten, oder wenn die Klage sich aus einer anderen Streitsache im Zusammenhang mit diesem Vermögen ergibt, oder
2. wenn das Vermögen die Sicherheit für einen Anspruch darstellt, der Gegenstand des Verfahrens ist.“.

Artikel 27

Artikel 60 des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„Artikel 60

Dieses Übereinkommen gilt für das europäische Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten einschließlich Grönland, für die französischen überseeischen Departements und Gebiete sowie für Mayotte.

Das Königreich der Niederlande kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifizierung dieses Übereinkommens oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch Notifikation an den Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften erklären, daß dieses Übereinkommen für die Niederländischen Antillen gilt. Wird eine solche Erklärung nicht abgegeben, so gelten Verfahren, die in dem europäischen Hoheitsgebiet des Königreichs aufgrund einer Kassationsbeschwerde gegen Entscheidungen von Gerichten der Niederländischen Antillen anhängig sind, als vor diesen Gerichten anhängig.

Abweichend von Absatz 1 gilt dieses Übereinkommen nicht:

1. für die Färöer, sofern nicht das Königreich Dänemark eine gegenteilige Erklärung abgibt,
2. für die europäischen Gebiete außerhalb des Vereinigten Königreichs, deren internationale Beziehungen dieses wahrnimmt, sofern nicht das Vereinigte Königreich eine gegenteilige Erklärung in bezug auf ein solches Gebiet abgibt.

Diese Erklärungen können jederzeit gegenüber dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften abgegeben werden.

Rechtsmittelverfahren, die im Vereinigten Königreich gegen Entscheidungen von Gerichten in den in Absatz 3 Nummer 2 genannten Gebieten angestrengt werden, gelten als Verfahren vor diesen Gerichten.

Rechtssachen, die im Königreich Dänemark nach der Zivilprozeßordnung für die Färöer (Lov for Færøerne om rettens pleje) ausgetragen werden, gelten als Rechtssachen, die vor den Gerichten der Färöer verhandelt werden.“.

Artikel 28

Artikel 64 Buchstabe c) des Übereinkommens von 1968 erhält folgende Fassung:

„c) die gemäß Artikel 60 eingegangenen Erklärungen;“.

TITEL III

ANPASSUNGEN DES DEM ÜBEREINKOMMEN VON 1968 BEIGEFÜGTEN PROTOKOLLS

Artikel 29

Das dem Übereinkommen von 1968 beigefügte Protokoll wird durch folgende Artikel ergänzt:

„Artikel Va

In Unterhaltssachen umfaßt der Begriff ‚Gericht‘ auch dänische Verwaltungsbehörden.

Artikel Vb

Bei Streitigkeiten zwischen dem Kapitän und einem Mitglied der Mannschaft eines in Dänemark oder in Irland eingetragenen Seeschiffes über die Heuer oder sonstige Bedingungen des Dienstverhältnisses haben die Gerichte eines Vertragsstaats zu überprüfen, ob der für das Schiff zuständige diplomatische oder konsularische Vertreter von der Streitigkeit unterrichtet worden ist. Sie haben die Entscheidung auszusetzen, solange dieser Vertreter nicht unterrichtet worden ist. Sie haben sich von Amts wegen für unzuständig zu erklären, wenn dieser Vertreter, nachdem er ordnungsgemäß unterrichtet worden ist, die Befugnisse ausgeübt hat, die ihm insoweit aufgrund eines Konsularabkommens zustehen, oder, falls ein derartiges Abkommen nicht besteht, innerhalb der festgesetzten Frist Einwände gegen die Zuständigkeit geltend gemacht hat.

Artikel Vc

Wenn die Artikel 52 und 53 dieses Übereinkommens im Sinne des Artikels 69 Absatz 5 des am 15. Dezember 1975 in Luxemburg unterzeichneten Übereinkommens über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt auf die Bestimmungen angewandt werden, die sich auf ‚residence‘ im englischen Wortlaut des letztgenannten Übereinkommens beziehen, so wird der in diesem Wortlaut verwandte Begriff ‚residence‘ in dem gleichen Sinn verstanden wie der in den vorstehend genannten Artikeln 52 und 53 verwandte Begriff ‚domicile‘.

Artikel Vd

Unbeschadet der Zuständigkeit des Europäischen Patentamtes nach dem am 5. Oktober 1973 in München unterzeichneten Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente sind die Gerichte eines jeden Vertragsstaats ohne Rücksicht auf den Wohnsitz der Parteien für alle Verfahren ausschließlich zuständig, welche die Erteilung oder die Gültigkeit eines europäischen Patents zum Gegenstand haben, das für diesen Staat erteilt wurde und kein Gemeinschaftspatent nach Artikel 86 des am 15. Dezember 1975 in Luxemburg unterzeichneten Übereinkommens über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt ist.“.

TITEL IV

ANPASSUNGEN DES PROTOKOLLS VON 1971

Artikel 30

Artikel 1 des Protokolls von 1971 wird durch folgenden Absatz ergänzt:

„Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften entscheidet ebenfalls über die Auslegung des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zum Übereinkommen vom 27. September 1968 und zum vorliegenden Protokoll.“.

Artikel 31

Artikel 2 Nummer 1 des Protokolls von 1971 erhält folgende Fassung:

- „1. — in Belgien: die ‚Cour de Cassation‘ — ‚Hof van Cassatie‘ und der ‚Conseil d'État‘ — ‚Raad van State‘,
— in Dänemark: ‚højesteret‘,
— in der Bundesrepublik Deutschland: die obersten Gerichtshöfe des Bundes,

- in Frankreich: die ‚Cour de Cassation‘ und der ‚Conseil d'État‘,
- in Irland: der ‚Supreme Court‘,
- in Italien: die ‚Corte Suprema di Cassazione‘,
- in Luxemburg: die ‚Cour supérieure de Justice siégeant comme Cour de Cassation‘,
- in den Niederlanden: der ‚Hoge Raad‘,
- im Vereinigten Königreich: das ‚House of Lords‘, und die nach Artikel 37 Absatz 2 oder Artikel 41 des Übereinkommens befaßten Gerichte;“.

Artikel 32

Artikel 6 des Protokolls von 1971 erhält folgende Fassung:

„Artikel 6

Dieses Protokoll gilt für das europäische Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten einschließlich Grönland, für die französischen überseeischen Departements und Gebiete sowie für Mayotte.

Das Königreich der Niederlande kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifizierung dieses Protokolls oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch Notifikation an den Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften erklären, daß dieses Protokoll für die Niederländischen Antillen gilt.

Abweichend von Absatz 1 gilt dieses Protokoll nicht:

1. für die Färöer, sofern nicht das Königreich Dänemark eine gegenteilige Erklärung abgibt,
2. für die europäischen Gebiete außerhalb des Vereinigten Königreichs, deren internationale Beziehungen dieses wahrnimmt, sofern nicht das Vereinigte Königreich eine gegenteilige Erklärung in bezug auf ein solches Gebiet abgibt.

Diese Erklärungen können jederzeit gegenüber dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften abgegeben werden.“.

Artikel 33

Artikel 10 Buchstabe d) des Protokolls von 1971 erhält folgende Fassung:

- „d) die gemäß Artikel 6 eingegangenen Erklärungen.“.

TITEL V

ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

Artikel 34

(1) Die Vorschriften des Übereinkommens von 1968 und des Protokolls von 1971 in der Fassung dieses Übereinkommens sind nur auf solche Klagen und öffentlichen Urkunden anzuwenden, die erhoben oder aufgenommen worden sind, nachdem dieses Übereinkommen im Ursprungsstaat und, wenn die Anerkennung oder Vollstreckung einer Entscheidung oder Urkunde geltend gemacht wird, im ersuchten Staat in Kraft getreten ist.

(2) Nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens ergangene Entscheidungen werden in den Beziehungen zwischen den sechs Vertragsstaaten des Übereinkommens von 1968, auch wenn sie aufgrund einer vor dem Inkrafttreten erhobenen Klage erlassen sind, nach Maßgabe des Titels III des geänderten Übereinkommens von 1968 anerkannt und zur Zwangsvollstreckung zugelassen.

(3) Im übrigen werden in den Beziehungen der sechs Vertragsstaaten des Übereinkommens von 1968 zu den drei in Artikel 1 des vorliegenden Übereinkommens genannten Vertragsstaaten sowie in den Beziehungen der zuletzt genannten Vertragsstaaten zueinander Entscheidungen, die nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens zwischen dem Urteilsstaat und dem ersuchten Staat aufgrund einer vor diesem Inkrafttreten erhobenen Klage ergangen sind, nach Maßgabe des Titels III des geänderten Übereinkommens von 1968 anerkannt und zur Zwangsvollstreckung zugelassen, wenn das Gericht aufgrund von Vorschriften zuständig war, die mit seinem geänderten Titel II oder mit den Vorschriften eines Abkommens übereinstimmen, das im Zeitpunkt der Klageerhebung zwischen dem Urteilsstaat und dem ersuchten Staat in Kraft war.

Artikel 35

Ist zwischen den Parteien eines Rechtsstreits über einen Vertrag bereits vor Inkrafttreten dieses Übereinkommens eine schriftliche Vereinbarung getroffen worden, auf diesen Vertrag die Rechtsvorschriften Irlands oder eines Teils des Vereinigten Königreichs anzuwenden, so sind die Gerichte in Irland oder in diesem Teil des Vereinigten Königreichs weiterhin befugt, über diesen Streitfall zu entscheiden.

Artikel 36

Während einer Zeit von drei Jahren nach Inkrafttreten des Übereinkommens von 1968 bestimmt sich für das Königreich Dänemark und Irland die Zuständigkeit in Seerechtssachen in jedem dieser Staaten neben den Vorschriften des genannten Übereinkommens

auch nach den in den folgenden Nummern 1 bis 6 aufgeführten Vorschriften. Diese Vorschriften werden von dem Zeitpunkt an in einem dieser Staaten nicht mehr angewandt, zu dem für diesen Staat das in Brüssel am 10. Mai 1952 unterzeichnete Internationale Übereinkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe in Kraft tritt.

1. Eine Person, die ihren Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats hat, kann vor den Gerichten eines der oben genannten Staaten wegen einer Seeforderung verklagt werden, wenn das Schiff, auf welches sich die Seeforderung bezieht, oder ein anderes Schiff im Eigentum dieser Person in einem gerichtsförmlichen Verfahren innerhalb des Hoheitsgebiets des letzteren Staates zur Sicherung der Forderung mit Arrest belegt worden ist oder dort mit Arrest hätte belegt werden können, jedoch dafür eine Bürgschaft oder eine andere Sicherheit geleistet worden ist:
 - a) wenn der Gläubiger seinen Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet dieses Staates hat;
 - b) wenn die Seeforderung in diesem Staat entstanden ist;
 - c) wenn die Seeforderung im Verlauf der Reise entstanden ist, während derer der Arrest vollzogen worden ist oder hätte vollzogen werden können;
 - d) wenn die Seeforderung auf einem Zusammenstoß oder auf einem Schaden beruht, den ein Schiff einem anderen Schiff oder Gütern oder Personen an Bord eines der Schiffe entweder durch die Ausführung oder Nichtausführung eines Manövers oder durch die Nichtbeachtung von Vorschriften zugefügt hat;
 - e) wenn die Seeforderung auf Hilfeleistung oder Bergung beruht;
 - f) wenn die Seeforderung durch eine Schiffshypothek oder ein sonstiges vertragliches Pfandrecht an dem Schiff gesichert ist, das mit Arrest belegt wurde.
2. Ein Gläubiger kann sowohl das Schiff, auf das sich die Seeforderung bezieht, als auch jedes andere Schiff, das demjenigen gehört, der im Zeitpunkt des Entstehens der Seeforderung Eigentümer jenes Schiffes war, mit Arrest belegen lassen. Jedoch kann nur das Schiff, auf das sich die Seeforderung bezieht, wegen einer der in Nummer 5 Buchstaben o), p) oder q) aufgeführten Ansprüche und Rechte mit Arrest belegt werden.
3. Schiffe gelten als demselben Eigentümer gehörend, wenn alle Eigentumsanteile derselben Person oder denselben Personen zustehen.
4. Ist bei der Überlassung des Gebrauchs eines Schiffes die Schiffsführung dem Ausrüster unterstellt und schuldet dieser allein eine dieses Schiff betreffende Seeforderung, so kann der Gläubiger dieses Schiff oder jedes andere dem Ausrüster gehörende Schiff mit Arrest belegen lassen; jedoch kann kein anderes Schiff des Schiffseigners aufgrund derselben Seeforderung mit Arrest belegt werden. Entsprechendes gilt in allen Fällen, in denen eine andere Person als der Schiffseigner Schuldner einer Seeforderung ist.
5. „Seeforderung“ bezeichnet ein Recht oder einen Anspruch, die aus einem oder mehreren der folgenden Entstehungsgründe geltend gemacht werden:
 - a) Schäden, die durch ein Schiff durch Zusammenstoß oder in anderer Weise verursacht sind;
 - b) Tod oder Gesundheitsschäden, die durch ein Schiff verursacht sind oder die auf den Betrieb eines Schiffes zurückgehen;
 - c) Bergung und Hilfeleistung;
 - d) nach Maßgabe einer Chartepartie oder auf andere Weise abgeschlossene Nutzungs- oder Mietverträge über ein Schiff;
 - e) nach Maßgabe einer Chartepartie oder eines Konnossements oder auf andere Weise abgeschlossene Verträge über die Beförderung von Gütern mit einem Schiff;
 - f) Verlust oder Beschädigung von zu Schiff beförderten Gütern einschließlich des Gepäcks;
 - g) große Haverei;
 - h) Bodmerei;
 - i) Schleppdienste;
 - j) Lotsendienste;
 - k) Lieferung von Gütern oder Ausrüstungsgegenständen an ein Schiff, gleichviel an welchem Ort, im Hinblick auf seinen Einsatz oder seine Instandhaltung;
 - l) Bau, Reparatur oder Ausrüstung eines Schiffes sowie Hafenabgaben;
 - m) Gehalt oder Heuer der Kapitäne, Schiffsoffiziere und Besatzungsmitglieder;
 - n) Auslagen des Kapitäns und der Ablader, Befrachter und Beauftragten für Rechnung des Schiffes oder seines Eigentümers;
 - o) Streitigkeiten über das Eigentum an einem Schiff;

- p) Streitigkeiten zwischen Miteigentümern eines Schiffes über das Eigentum, den Besitz, den Einsatz oder die Erträge dieses Schiffes;
- q) Schiffshypotheken und sonstige vertragliche Pfandrechte an einem Schiff.

6. In Dänemark ist als „Arrest“ für die in Nummer 5 Buchstaben o) und p) genannten Seeforderungen der „forbud“ anzusehen, soweit hinsichtlich einer solchen Seeforderung nur ein „forbud“ nach §§ 646 bis 653 der Zivilprozeßordnung (Lov om retsens pleje) zulässig ist.

TITEL VI

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 37

Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften übermittelt den Regierungen des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland je eine beglaubigte Abschrift des Übereinkommens von 1968 und des Protokolls von 1971 in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache.

Der Wortlaut des Übereinkommens von 1968 und des Protokolls von 1971 in dänischer, englischer und irischer Sprache ist diesem Übereinkommen beigelegt (*). Der Wortlaut in dänischer, englischer und irischer Sprache ist gleichermaßen verbindlich wie der ursprüngliche Wortlaut des Übereinkommens von 1968 und des Protokolls von 1971.

(*) Siehe Seiten 17, 36 und 55 dieses Amtsblatts.

Artikel 38

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt.

Artikel 39

Dieses Übereinkommen tritt für die Beziehungen unter den Staaten, die es ratifiziert haben, am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde durch die ursprünglichen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und eines neuen Mitgliedstaats folgt.

Für jeden weiteren neuen Mitgliedstaat, der das Übereinkommen später ratifiziert, tritt es am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, welcher der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde folgt.

Artikel 40

Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften notifiziert den Unterzeichnerstaaten:

- a) die Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde;
- b) die Tage, an denen dieses Übereinkommen für die Vertragsstaaten in Kraft tritt.

Artikel 41

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, französischer, irischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt. Der Generalsekretär übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

Til bekræftelse heraf har undertegnede befuldmægtigede underskrevet denne konvention.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Übereinkommen gesetzt.

In witness whereof, the undersigned Plenipotentiaries have affixed their signatures below this Convention.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas de la présente convention.

Dá fhianú sin, chuir na Lánchumhachtaigh thíos-síithe a lámh leis an gCoinbhinsiún seo.

In fede di che, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce alla presente convenzione.

Ten blijke waarvan de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder dit Verdrag hebben gesteld.

Udfærdiget i Luxembourg, den niende oktober nitten hundrede og otteoghalvfjerds.

Geschehen zu Luxemburg am neunten Oktober neunzehnhundertachtundsiebzig.

Done at Luxembourg on the ninth day of October in the year one thousand nine hundred and seventy-eight.

Fait à Luxembourg, le neuf octobre mil neuf cent soixante-dix-huit.

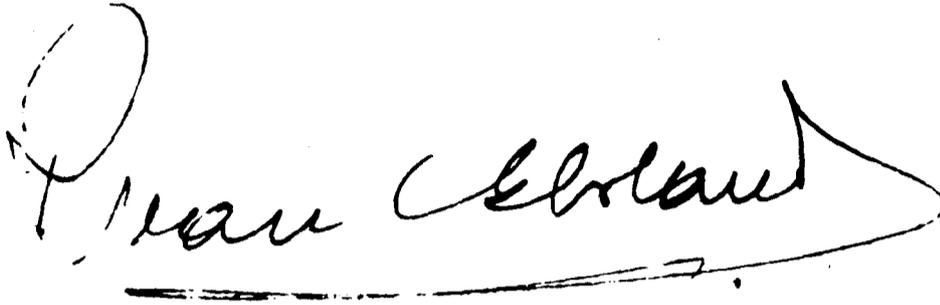
Arna dhéanamh i Lucsamburg, an naoú lá de Dheireadh Fómhair sa bhliain míle naoi gcéad seachtó a hocht.

Fatto a Lussemburgo, addì nove ottobre millenovecentosettantotto.

Gedaan te Luxemburg, de negende oktober negentienhonderd achtenzeventig.

Pour Sa Majesté le roi des Belges

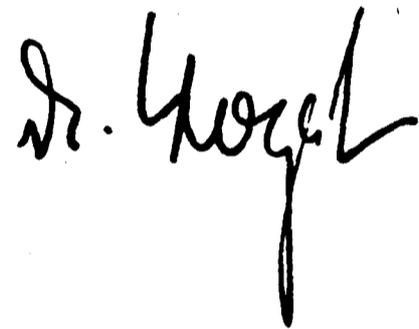
Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Paul Ceolaud". The signature is written in a cursive style and is underlined with a single horizontal line.

For Hendes Majestæt Danmarks Dronning

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Nathalie Lind". The signature is written in a cursive style.

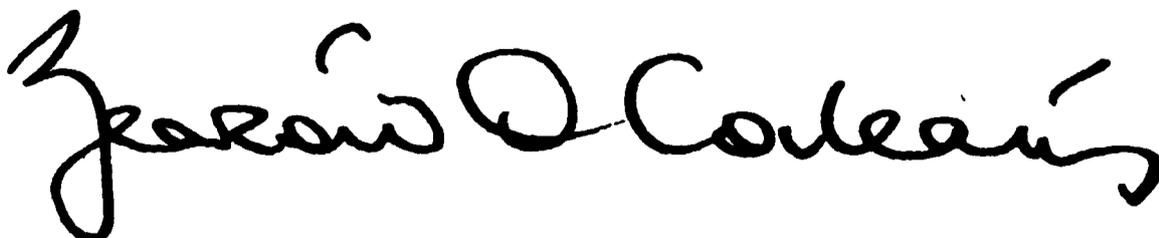
Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Dr. Hoyer". The signature is written in a cursive style.

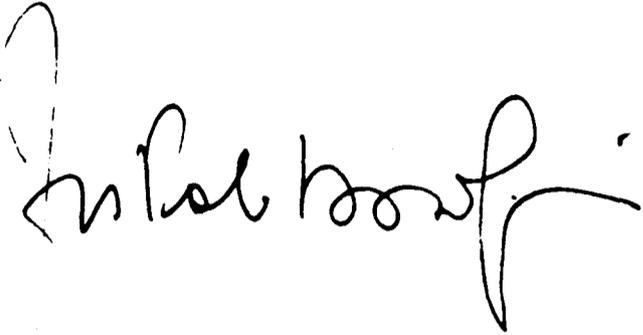
Pour le président de la République française

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Alain Peyrefitte". The signature is written in a cursive style and ends with a long horizontal stroke.

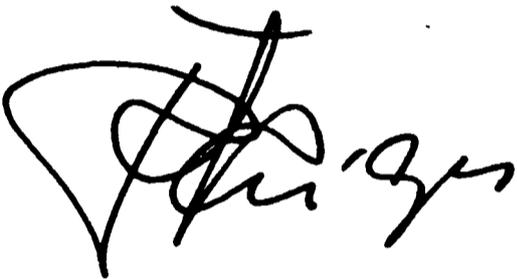
Thar ceann Uachtarán na hÉireann

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Seán Ó Conleáin". The signature is written in a cursive style.

Per il presidente della Repubblica italiana



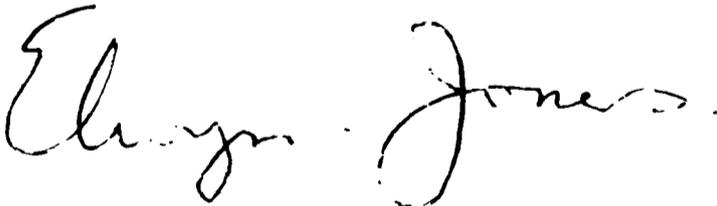
Pour Son Altesse Royale le grand-duc de Luxembourg



Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden



For Her Majesty the Queen of the United Kingdom of
Great Britain and Northern Ireland



KONVENTION

om retternes kompetence og om fuldbyrdelse af retsafgørelser i borgerlige sager, herunder handelssager

PRÆAMBEL

DE HØJE KONTRAHERENDE PARTER I TRAKTATEN OM OPRETTELSE AF DET EUROPÆISKE ØKONOMISKE FÆLLESSKAB HAR —

i ønsket om at gennemføre bestemmelserne i artikel 220 i nævnte traktat, hvorefter de har forpligtet sig til at tilvejebringe en forenkling af formaliteterne vedrørende gensidig anerkendelse og fuldbyrdelse af retsafgørelser,

i bestræbelserne for inden for Fællesskabet at styrke retsbeskyttelsen for de der bosiddende personer, og

ud fra den betragtning, at det med henblik herpå er nødvendigt at fastlægge deres retters internationale kompetence, at lette anerkendelsen af retsafgørelser og at indføre en hurtig procedure for at sikre fuldbyrdelsen af sådanne afgørelser samt af officielt bekræftede dokumenter og retsforlig —

vedtaget at indgå denne konvention og har med dette mål for øje udpeget som befuldmægtigede:

HANS MAJESTÆT BELGIERNES KONGE:

Pierre HARMEL,
udenrigsminister;

PRÆSIDENTEN FOR FORBUNDSREPUBLIKKEN TYSKLAND:

Willy BRANDT,
vicekansler, udenrigsminister;

PRÆSIDENTEN FOR DEN FRANSKE REPUBLIK:

Michel DEBRÉ,
udenrigsminister;

PRÆSIDENTEN FOR DEN ITALIENSKE REPUBLIK:

Giuseppe MEDICI,
udenrigsminister;

HANS KONGELIGE HØJHED STORHERTUGEN AF LUXEMBOURG:

Pierre GRÉGOIRE,
udenrigsminister;

HENDES MAJESTÆT DRONNINGEN AF NEDERLANDENE:

J.M.A.H. LUNS,
udenrigsminister;

SOM, FORSAMLET I RÅDET, efter at have udvekslet deres fuldmagter og fundet dem i god og behørig form,

ER BLEVET ENIGE OM FØLGENDE BESTEMMELSER:

AFSNIT I

ANVENDELSESOMRÅDE

Artikel 1

Denne konvention finder anvendelse på borgerlige sager, herunder handelssager, uanset domsmyndighedens art.

Den finder ikke anvendelse på:

1. fysiske personers retlige status samt deres rets- og handleevne, formueforholdet mellem ægtefæller samt arv efter loven eller testamente;
2. konkurs, akkord og andre lignende ordninger;
3. social sikring;
4. voldgift.

AFSNIT II

KOMPETENCE

Afdeling 1

Almindelige bestemmelser

Artikel 2

Med forbehold af bestemmelserne i denne konvention skal personer, der har bopæl på en kontraherende stats område, uanset deres nationalitet, sagsøges ved retterne i denne stat.

Personer, som ikke er statsborgere i den stat, hvor de har bopæl, er undergivet de kompetenceregler, der gælder for landets egne statsborgere.

Artikel 3

Personer, der har bopæl på en kontraherende stats område, kan kun sagsøges ved retterne i en anden

kontraherende stat i medfør af de regler, der er fastsat i afdeling 2-6 i dette afsnit.

I særdeleshed kan følgende bestemmelser ikke gøres gældende imod dem:

- i Belgien: artikel 15 i Borgerlig Lovbog (Code civil) og bestemmelserne i artikel 52, 52 bis og 53 i værnetingsloven af 25. marts 1976 (loi sur la compétence);
- Forbundsrepublikken Tyskland: artikel 23 i civilprocesloven (Zivilprozeßordnung);
- i Frankrig: artikel 14 og 15 i Borgerlig Lovbog (Code civil);
- i Italien: artikel 2 og artikel 4, nr. 1 og 2, i civilprocesloven (Codice di procedura civile);
- i Luxembourg: artikel 14 og 15 i Borgerlig Lovbog (Code civil);
- i Nederlandene: artikel 126, stk. 3, og artikel 127 i civilprocesloven (Wetboek van Burgerlijke Rechtsvordering).

Artikel 4

Såfremt sagsøgte ikke har bopæl på en kontraherende stats område, afgøres retternes kompetence i hver enkelt kontraherende stat efter statens egen lovgivning, dog med forbehold af bestemmelserne i artikel 16.

Over for en sagsøgt, der ikke har bopæl på en kontraherende stats område, kan enhver, der har bopæl på en kontraherende stats område, uanset sin nationalitet, i lighed med landets egne statsborgere påberåbe sig de kompetenceregler, som gælder der, herunder navnlig de regler, der er nævnt i artikel 3, stk. 2.

Afdeling 2

Specielle kompetenceregler

Artikel 5

En person, der har bopæl på en kontraherende stats område, kan sagsøges i en anden kontraherende stat:

1. i sager om kontraktforhold, ved retten på det sted, hvor den forpligtelse, der ligger til grund for sagen, er opfyldt eller skal opfyldes;
2. i sager om underholdspligt, ved retten på det sted, hvor den berettigede har sin bopæl eller sit sædvanlige opholdssted;
3. i sager om erstatning uden for kontrakt, ved retten på det sted, hvor skadetilføjelsen er foregået;
4. i sager, i hvilke der påstås erstatning eller genoprettelse af en tidligere tilstand i anledning af en strafbar handling, ved den ret, hvor straffesagen er anlagt, såfremt denne ret i henhold til den nationale lovgivning kan påkende borgerlige krav;
5. i sager vedrørende driften af en filial, et agentur eller en lignende virksomhed, ved retten på det sted, hvor virksomheden er beliggende.

Artikel 6

En person, der har bopæl på en kontraherende stats område, kan endvidere sagsøges:

1. såfremt der er flere sagsøgte, ved retten i den retskreds, hvor en af de sagsøgte har bopæl;
2. som tredjemand i sager om opfyldelse af en forpligtelse eller ved intervention, ved den ret, hvor den oprindelige sag er anlagt, medmindre denne kun er anlagt for at unddrage sagsøgte hans almindelige værneting;
3. i sager om modfordringer, der udspringer af den samme kontrakt eller det samme forhold, som hovedfordringen støttes på, ved den ret hvor sagen om hovedfordringen er indbragt.

Afdeling 3

Kompetence i forsikringsager

Artikel 7

I forsikringsager afgøres kompetencen efter bestemmelserne i denne afdeling, dog med forbehold af artikel 4 og artikel 5, nr. 5.

Artikel 8

En forsikringsgiver, der har bopæl på en kontraherende stats område, kan sagsøges enten ved retterne i denne stat eller i en anden kontraherende stat ved retten på det sted, hvor forsikringstageren har bopæl, eller i tilfælde, hvor flere forsikringsgivere er sagsøgt, ved retterne i en kontraherende stat, hvor en af de sagsøgte har bopæl.

Såfremt den lovgivning, der gælder for vedkommende ret, indeholder bestemmelser om en sådan kompe-

tence, kan forsikringsgiveren endvidere i en anden kontraherende stat end den, hvor han har bopæl, sagsøges ved retten i den kreds, hvor den person, som har formidlet afslutningen af forsikringsaftalen, har bopæl, når denne bopæl er anført i forsikringspolice eller forsikringsbegæringen.

En forsikringsgiver, som uden at have bopæl på en kontraherende stats område, har en filial eller et agentur i en af disse stater, anses for at have bopæl på denne stats område i sager vedrørende driften af den pågældende filial eller det pågældende agentur.

Artikel 9

I sager om ansvarsforsikring eller forsikring af fast ejendom kan forsikringsgiveren endvidere sagsøges ved retten på det sted, hvor skadetilføjelsen er foregået. Det samme gælder, når fast ejendom og løsøre er omfattet af samme forsikringsaftale og genstand for samme skadestilfælde.

Artikel 10

I sager om ansvarsforsikring kan forsikringsgiveren endvidere sagsøges ved den ret, hvor skadelidte har anlagt sag mod den sikrede, såfremt den lovgivning, der gælder for denne ret, indeholder hjemmel dertil.

Bestemmelserne i artikel 7, 8 og 9 finder anvendelse i tilfælde, hvor skadelidte anlægger sag direkte mod forsikringsgiveren, såfremt der er hjemmel for et direkte sagsanlæg.

Såfremt lovgivningen om et sådant direkte sagsanlæg indeholder hjemmel til at inddrage forsikringstageren eller den sikrede i sagen, er den samme ret også kompetent i forhold til disse personer.

Artikel 11

Med forbehold af bestemmelserne i artikel 10, stk. 3, kan forsikringsgiveren kun anlægge sag ved retterne i den kontraherende stat, på hvis område sagsøgte har bopæl, hvad enten sagsøgte er forsikringstager, sikret eller begunstiget.

Bestemmelserne i denne afdeling berører ikke retten til at fremsætte modfordringer ved den ret, der behandler det oprindelige krav i overensstemmelse med bestemmelserne i denne afdeling.

Artikel 12

Bestemmelserne i denne afdeling kan kun fraviges ved aftale:

1. såfremt denne er indgået, efter at tvisten er opstået, eller

2. såfremt aftalen giver forsikringstageren, den sikrede eller den begunstigede ret til at anlægge sag ved andre retter end dem, der er nævnt i denne afdeling, eller
3. såfremt aftalen er indgået mellem en forsikringstager og en forsikringsgiver, der har bopæl i samme kontraherende stat, med det formål, at retterne i denne stat skal være kompetente også i tilfælde af, at skadetilføjelsen er foregået i udlandet, medmindre en sådan aftale ikke er tilladt efter lovgivningen i den pågældende stat.

Afdeling 4

Kompetence ved visse former for kreditkøb og lån

Artikel 13

I sager om køb om løsøregenstande, hvor købesummen skal betales i rater, eller om lån, der skal tilbagebetales i rater og er direkte bestemt til finansiering af køb af sådanne genstande, afgøres kompetencen efter bestemmelserne i denne afdeling, dog med forbehold af artikel 4 og artikel 5, nr. 5.

Artikel 14

En sælger eller en långiver, der har bopæl på en kontraherende stats område, kan sagsøges enten ved retterne i den pågældende stat, eller ved retterne i den kontraherende stat, på hvis område køberen eller låntageren har bopæl.

Sælgeren kan kun anlægge sag mod køberen, og långiveren kan kun anlægge sag mod låntageren, ved retterne i den stat, på hvis område sagsøgte har bopæl.

Disse bestemmelser berører ikke retten til at fremsætte modfordringer ved den ret, der behandler det oprindelige krav i overensstemmelse med bestemmelserne i denne afdeling.

Artikel 15

Bestemmelserne i denne afdeling kan kun fraviges ved aftale:

1. såfremt denne er indgået efter at tvisten er opstået, eller
2. såfremt aftalen giver køberen eller låntageren ret til at anlægge sag ved andre retter end dem, der er nævnt i denne afdeling, eller
3. såfremt aftalen er indgået mellem en køber og en sælger eller mellem en låntager og en långiver, der har bopæl eller sædvanligt opholdssted i samme

kontraherende stat, og aftalen tillægger retterne i denne stat kompetence, medmindre en sådan aftale ikke er tilladt efter lovgivningen i den pågældende stat.

Afdeling 5

Enekompetence

Artikel 16

Enekompetente, uden hensyn til bopæl, er:

1. i sager om rettigheder over fast ejendom samt om leje eller forpagtning af fast ejendom, retterne i den kontraherende stat, hvor ejendommen er beliggende;
2. i sager om gyldighed, ugyldighed eller opløsning af selskaber eller juridiske personer, der har deres hjemsted på en kontraherende stats område, eller om beslutninger truffet af disses organer, retterne i den pågældende stat;
3. i sager om gyldigheden af indførelse i offentlige registre, retterne i den kontraherende stat, på hvis område registrene føres;
4. i sager om registrering eller gyldighed af patenter, varemærker, mønstre og modeller samt andre lignende rettigheder, der medfører deponering eller registrering, retterne i den kontraherende stat, på hvis område der er ansøgt om deponering eller registrering, eller hvor deponering eller registrering er foretaget eller ifølge bestemmelserne i en international konvention anses for at være foretaget;
5. i sager om fuldbyrdelse af retsafgørelser, retterne i den kontraherende stat, hvor fuldbyrdelsesstedet er beliggende.

Afdeling 6

Aftaler om kompetence

Artikel 17

Såfremt parterne i tilfælde, hvor mindst én af dem har bopæl på en kontraherende stats område, ved en skriftlig aftale eller ved en mundtlig aftale, der er skriftligt bekræftet, har vedtaget, at en ret eller retterne i en kontraherende stat skal være kompetente til at påkende allerede opståede tvister eller fremtidige tvister i anledning af et bestemt retsforhold, er alene denne ret eller retterne i den pågældende stat kompetente.

Aftaler om retternes kompetence er ugyldige, såfremt de strider mod bestemmelserne i artikel 12 og 15, eller såfremt de udelukker kompetencen for de retter, som i medfør af artikel 16 er enekompetente.

Såfremt aftalen om retternes kompetence kun er indgået til fordel for én af parterne, bevarer denne retten til at anlægge sag ved enhver anden ret, der er kompetent efter denne konvention.

Artikel 18

For så vidt retten i en kontraherende stat ikke allerede er kompetent i medfør af andre bestemmelser i denne konvention, bliver den kompetent, når sagsøgte giver møde for den. Denne regel finder ikke anvendelse, såfremt sagsøgte kun giver møde for at bestride rettens kompetence, eller såfremt en anden ret i medfør af artikel 16 er enekompetent.

Afdeling 7

Prøvelse af kompetencen og af sagens antagelse til påkendelse

Artikel 19

En ret i en kontraherende stat, for hvilken der som det væsentligste indbringes en retsvist, der i medfør af artikel 16 henhører under en i en anden kontraherende stat beliggende rets enekompetence, skal på embeds vegne erklære sig inkompetent.

Artikel 20

Såfremt en sagsøgt, der har bopæl på en kontraherende stats område, er sagsøgt ved en ret i en anden kontraherende stat, men ikke giver møde, skal den pågældende ret på embeds vegne erklære sig inkompetent, såfremt den ikke er kompetent efter reglerne i denne konvention.

Retten skal udsætte påkendelsen, indtil det er fastslået, at sagsøgte har haft mulighed for at modtage sagens indledende processkrift i så god tid, at han har kunnet varetage sine interesser under sagen, eller at alle hertil fornødne foranstaltninger har været truffet.

Bestemmelserne i artikel 15 i Haager-konventionen af 15. november 1965 om forkyndelse i udlandet af retslige og udenretslige dokumenter i sager om civile eller kommercielle spørgsmål træder i stedet for bestemmelserne i foregående stykke, såfremt det indledende processkrift i sagen skal fremsendes i medfør af nævnte konvention.

Afdeling 8

Litispændens og indbyrdes sammenhængende krav

Artikel 21

Såfremt krav, der har samme genstand og hviler på samme grundlag, fremsættes mellem de samme parter

for retter i forskellige kontraherende stater, skal enhver anden ret end den, ved hvilken sagen først er anlagt, på embeds vegne erklære sig inkompetent til fordel for denne ret.

Den ret, som herefter skulle erklære sig inkompetent, kan udsætte afgørelsen, såfremt den anden rets kompetence bestrides.

Artikel 22

Såfremt krav, som er indbyrdes sammenhængende, fremsættes for retter i forskellige kontraherende stater, og sagerne verserer for disse retter i første instans, kan enhver anden ret end den, ved hvilken sagen først er anlagt, udsætte afgørelsen.

Denne ret kan ligeledes på begæring af en af parterne erklære sig inkompetent, forudsat at dens lovgivning tillader forening af indbyrdes sammenhængende krav, og at den ret, ved hvilken sagen først er anlagt, er kompetent til at påkende begge krav.

Ved indbyrdes sammenhængende krav forstås i denne artikel krav, der er så snævert forbundne, at det er ønskeligt at behandle og påkende dem samtidigt for at undgå uforenelige afgørelser i tilfælde af, at kravene blev påkendt hver for sig.

Artikel 23

Såfremt kravene henhører under flere retters enekompetence, skal enhver anden ret, end den ved hvilken sagen først er anlagt, erklære sig inkompetent til fordel for denne ret.

Afdeling 9

Foreløbige, herunder sikrende retsmidler

Artikel 24

De foreløbige, herunder sikrende retsmidler, der er fastsat i en kontraherende stats lovgivning, kan kræves anvendt af den pågældende stats retslige myndigheder, selv om en ret i en anden kontraherende stat i medfør af denne konvention er kompetent til at påkende sagens realitet.

AFSNIT III

ANERKENDELSE OG FULDBYRDELSE

Artikel 25

I denne konvention forstås ved »retsafgørelse« enhver afgørelse truffet af en ret i en kontraherende stat,

uanset hvorledes den betegnes, såsom dom, kendelse eller fuldbyrdelsesordre, herunder justitssekretærens fastsættelse af sagsomkostninger.

Afdeling 1

Anerkendelse

Artikel 26

Retsafgørelser, der er truffet i en kontraherende stat, skal anerkendes i de øvrige kontraherende stater, uden at der stilles krav om anvendelse af en særlig fremgangsmåde.

Bestrides et krav, kan en berettiget part, der som det væsentligste påberåber sig anerkendelsen, efter fremgangsmåden i afdeling 2 og 3 i dette afsnit få fastslået, at retsafgørelsen skal anerkendes.

Gøres anerkendelsen gældende under en verserende sag ved en ret i en kontraherende stat, og har anerkendelsen betydning for afgørelsen, er denne ret kompetent til at afgøre spørgsmålet om anerkendelse.

Artikel 27

En retsafgørelse kan ikke anerkendes:

1. såfremt en anerkendelse vil stride mod grundlæggende retsprincipper i den stat, som begæringen rettes til;
2. såfremt det indledende processkrift i sagen ikke forskriftsmæssigt er blevet forkyndt for eller meddelt den udeblevne sagsøgte i så god tid, at han har kunnet varetage sine interesser under sagen;
3. såfremt afgørelsen er uforenelig med en afgørelse mellem de samme parter truffet i den stat, som begæringen rettes til;
4. såfremt retten i domsstaten ved sin afgørelse har afgjort et præjudicielt spørgsmål om fysiske persons retlige status eller deres rets- og handleevne, om formueforholdet mellem ægtefæller eller om arv efter loven eller testamente i modstrid med en bestemmelse i den internationale privatret i den stat, som begæringen rettes til, medmindre afgørelsen fører til samme resultat som i det tilfælde, hvor bestemmelserne i sidstnævnte stats internationale privatret havde været anvendt.

Artikel 28

En retsafgørelse kan endvidere ikke anerkendes, såfremt bestemmelserne i afsnit II, afdeling 3, 4 og 5, er tilsidesat, eller der foreligger tilfælde, som omfattes af artikel 59.

Ved prøvelsen af de i foranstående stykke nævnte kompetenceregler er den myndighed, som begæringen rettes til, bundet af de faktiske omstændigheder, på hvilke retten i domsstaten har støttet sin kompetence.

Med forbehold af bestemmelserne i stk. 1 kan kompetencen for retterne i domsstaten ikke efterprøves; kompetencereglerne er ikke omfattet af de i artikel 27, nr. 1, omhandlede grundlæggende retsprincipper.

Artikel 29

Den udenlandske retsafgørelse kan i intet tilfælde efterprøves med hensyn til sagens realitet.

Artikel 30

Gøres anerkendelse af en afgørelse, der er truffet i en kontraherende stat, gældende ved en ret i en anden kontraherende stat, kan denne udsætte sagen, såfremt afgørelsen er blevet anfægtet ved ordinær appel eller genoptagelse.

Afdeling 2

Fuldbyrdelse

Artikel 31

De i en kontraherende stat truffne retsafgørelser, som er eksigible i den pågældende stat, kan fuldbyrdes i en anden kontraherende stat, når de på begæring af en berettiget part er forsynet med fuldbyrdelsespåtegning i sidstnævnte stat.

Artikel 32

Begæringen skal fremsættes:

- i Belgien, over for »tribunal de première instance« eller »rechtbank van eerste aanleg«;
- i Forbundsrepublikken Tyskland, over for formanden for et »Kammer des Landgerichts«;
- i Frankrig, over for præsidenten for »tribunal de grande instance«;
- i Italien, over for »corte d'appello«;
- i Luxembourg, over for præsidenten for »tribunal d'arrondissement«;
- i Nederlandene, over for præsidenten for »arrondissementsrechtbank«.

Rettens stedlige kompetence afgøres efter den parts bopæl, mod hvem fuldbyrdelsen begæres. Såfremt

denne part ikke har bopæl på den stats område, som begæringen rettes til, er stedet for fuldbyrdelsen afgørende for kompetencen.

Artikel 33

Fremgangsmåden ved fremsættelse af begæringen afgøres efter lovgivningen i den stat, som begæringen rettes til.

Den, som fremsætter begæringen, skal vælge en processuel bopæl i retskredsen for den ret, som begæringen er indgivet til. Såfremt lovgivningen i den stat, som begæringen rettes til, ikke har regler om et sådant valg af bopæl, skal den, som fremsætter begæringen, udpege en procesfuldmægtig.

De dokumenter, som er nævnt i artikel 46 og 47, skal vedlægges begæringen.

Artikel 34

Den ret, som behandler begæringen, skal træffe sin afgørelse snarest muligt, uden at den part, mod hvem fuldbyrdelsen begæres, på dette tidspunkt af sagens behandling kan fremsætte bemærkninger over for retten.

Begæringen kan kun afslås af en af de i artikel 27 og 28 anførte grunde.

Den udenlandske afgørelse kan i intet tilfælde efterprøves med hensyn til sagens realitet.

Artikel 35

Justitssekretæren drager omsorg for, at den, der har fremsat begæringen, straks og på den måde, der er foreskrevet i lovgivningen i den stat, begæringen er rettet til, får underretning om den afgørelse, der er truffet vedrørende begæringen.

Artikel 36

Såfremt fuldbyrdelse tillades, kan den part, mod hvem fuldbyrdelsen begæres, anfægte afgørelsen ved appel eller genoptagelse inden en måned efter, at afgørelsen er forkyndt.

Såfremt den pågældende part har bopæl i en anden kontraherende stat end den, hvor afgørelsen, der tillader fuldbyrdelse, er truffet, er fristen for appel eller genoptagelse to måneder og løber fra den dag, hvor afgørelsen er blevet forkyndt for ham personligt eller på hans bopæl. Denne frist kan ikke forlænges på grund af afstanden.

Artikel 37

Appel skal ske, og begæring om genoptagelse skal indgives i overensstemmelse med reglerne om kontradiktorisk procedure:

- i Belgien, til »tribunal de première instance« eller »rechtbank van eerste aanleg«;
- i Forbundsrepublikken Tyskland, til »Oberlandesgericht«;
- i Frankrig, til »cour d'appel«;
- i Italien, til »corte d'appello«;
- i Luxembourg, til »Cour supérieure de Justice« som appelinstant i borgerlige sager;
- i Nederlandene, til »arrondissementsrechtbank«.

Afgørelsen i appel- eller genoptagelsessagen kan kun anfægtes ved en kassationsappel og i Forbundsrepublikken Tyskland ved en »Rechtsbeschwerde«.

Artikel 38

Den ret, der behandler appel- eller genoptagelsessagen, kan efter begæring fra den part, som har indbragt sagen, udsætte sin afgørelse, såfremt den udenlandske afgørelse i domsstaten er anfægtet ved ordinær appel eller genoptagelse, eller såfremt fristen herfor endnu ikke er udløbet; i sidstnævnte tilfælde kan retten fastsætte en frist for iværksættelse af appel eller indgivelse af begæring om genoptagelse.

Den pågældende ret kan endvidere gøre fuldbyrdelsen betinget af, at der stilles en sikkerhed, som fastsættes af retten.

Artikel 39

Så længe den i artikel 36 fastsatte frist for appel eller genoptagelse ikke er udløbet, og så længe der ikke er truffet afgørelse i appel- eller genoptagelsessagen, kan der kun anvendes sikrende retsmidler vedrørende den parts formuegoder, mod hvem fuldbyrdelsen begæres.

Den afgørelse, der tillader fuldbyrdelse, giver også hjemmel til at anvende sådanne retsmidler.

Artikel 40

Såfremt begæringen afslås, kan ansøgeren appellere eller indgive begæring om genoptagelse:

- i Belgien, til »cour d'appel« eller »hof van beroep«;

- i Forbundsrepublikken Tyskland, til »Oberlandesgericht«;
- i Frankrig, til »cour d'appel«;
- i Italien, til »corte d'appello«;
- i Luxembourg, til »Cour supérieure de Justice« som appelinstant i borgerlige sager;
- i Nederlandene, til »gerechtshof«.

Den part, mod hvem fuldbyrdelsen begæres, skal tilsiges til at give møde ved den ret, for hvilken appel- eller genoptagelsessagen er indbragt. Såfremt han ikke giver møde, finder bestemmelserne i artikel 20, stk. 2 og 3, anvendelse, selv om den pågældende part ikke har bopæl på en kontraherende stats område.

Artikel 41

Den afgørelse, der træffes i den i artikel 40 nævnte appel- eller genoptagelsessag, kan kun anfægtes ved en kassationsappel og i Forbundsrepublikken Tyskland ved en »Rechtsbeschwerde«.

Artikel 42

Såfremt der ved den udenlandske afgørelse er taget stilling til flere krav, og fuldbyrdelse ikke kan tillades for så vidt angår dem alle, skal retten tillade fuldbyrdelse af et eller flere af dem.

Den, som fremsætter begæringen, kan begære delvis fuldbyrdelse.

Artikel 43

Udenlandske retsafgørelser, hvorved der fastsættes en tvangsbøde, er kun eksigible i den stat, som begæringen rettes til, såfremt bødens størrelse er endeligt fastsat af retterne i domsstaten.

Artikel 44

Har den, som fremsætter begæringen, haft fri proces i den stat, hvor afgørelsen er truffet, er han uden videre berettiget til fri proces i forbindelse med den i artikel 32-35 omhandlede fremgangsmåde.

Artikel 45

Det kan ikke pålægges den part, som i en kontraherende stat begærer fuldbyrdelse af en retsafgørelse, der er truffet i en anden kontraherende stat, at stille sikkerhed eller depositum af nogen art med den begrundelse, at han er udlænding eller ikke har bopæl eller ophold i det pågældende land.

Afdeling 3

Fælles bestemmelser

Artikel 46

Den part, der søger anerkendelse af en retsafgørelse eller begærer fuldbyrdelse af en sådan, skal fremlægge:

1. en genpart af afgørelsen, der opfylder de nødvendige betingelser med hensyn til godtgørelse af dens ægthed;
2. hvor det drejer sig om en udeblivelsesdom, det originale dokument eller en bekræftet genpart, hvoraf det fremgår, at det indledende processkrift i sagen er blevet forkyndt for eller meddelt den udeblevne part.

Artikel 47

Den part, der begærer fuldbyrdelse, skal endvidere fremlægge:

1. et dokument, hvoraf det fremgår, at retsafgørelsen efter domsstatens lovgivning er eksigibel og er forkyndt;
2. i givet fald et dokument, der godtgør, at der er meddelt ansøgeren fri proces i domsstaten.

Artikel 48

Såfremt de i artikel 46, nr. 2, og artikel 47, nr. 2, nævnte dokumenter ikke fremlægges, kan retten fastsætte en frist for deres tilvejebringelse eller anerkende tilsvarende dokumenter eller, såfremt den anser sagen for tilstrækkeligt oplyst, fritage for kravet om en sådan fremlæggelse.

Såfremt retten kræver det, skal der foretages en oversættelse af dokumenterne; oversættelsen skal bekræftes af en person, der er bemyndiget hertil i en af de kontraherende stater.

Artikel 49

Der kræves ingen legalisering eller opfyldelse af tilsvarende formalitet med hensyn til de i artikel 46, 47 og artikel 48, andet afsnit, nævnte dokumenter eller eventuelle procesfuldmagter.

AFSNIT IV

OFFICIELT BEKRÆFTEDE DOKUMENTER OG RETSFORLIG

Artikel 50

Officielt bekræftede dokumenter, der er udstedt og eksigible i en kontraherende stat, skal efter begæring

forsynes med fuldbyrdelsespåtegning i en anden kontraherende stat i overensstemmelse med den i artikel 31 og følgende fastsatte fremgangsmåde. Begæringen kan kun afslås, såfremt en fuldbyrdelse af det officielt bekræftede dokument vil stride mod grundlæggende retsprincipper i den stat, som begæringen rettes til.

Det fremlagte dokument skal med hensyn til godtgørelse af dets ægthed opfylde de betingelser, der stilles i den stat, hvor dokumentet er udstedt.

Bestemmelserne i afsnit III, afdeling 3, finder anvendelse i givet fald.

Artikel 51

Forlig, der er indgået for retten under en retssag, og som er eksigible i den stat, hvor de er indgået, kan fuldbyrdes i den stat, som begæringen rettes til, på samme betingelser som officielt bekræftede dokumenter.

AFSNIT V

ALMINDELIGE BESTEMMELSER

Artikel 52

Ved afgørelsen af, om en part har en bopæl i den kontraherende stat, for hvis domstole sagen er indbragt, skal retten anvende denne stats interne lovgivning.

Har en part ikke bopæl i den stat, ved hvis retter sagen er anlagt, skal retten ved afgørelsen af, om parten har bopæl i en anden kontraherende stat, anvende sidstnævnte stats lovgivning.

Såfremt en parts bopæl efter lovgivningen i det land, hvor han er statsborger, afhænger af en anden persons bopæl eller en myndigheds hjemsted, skal denne stats lovgivning dog anvendes ved afgørelsen af, hvor parten har bopæl.

Artikel 53

Selskabers og juridiske personers hjemsted skal ved anvendelsen af denne konvention ligestilles med fysiske personers bopæl. Ved afgørelsen af, hvor dette hjemsted er beliggende, skal retten dog anvende de internationale privatretlige regler, som gælder for den.

AFSNIT VI

OVERGANGSBESTEMMELSER

Artikel 54

Bestemmelserne i denne konvention finder kun anvendelse på retssager, der er anlagt, og på officielt

bekræftede dokumenter, der er udstedt efter konventionens ikrafttræden.

Retsafgørelser, som er truffet efter denne konventions ikrafttrædelsesdato i sager, der er anlagt før dette tidspunkt, skal dog anerkendes og fuldbyrdes efter bestemmelserne i afsnit III, såfremt de anvendte kompetenceregler er i overensstemmelse med de regler, der er fastsat i afsnit II eller i en konvention, der, da sagen blev anlagt, var gældende mellem domsstaten og den stat, som begæringen er rettet til.

AFSNIT VII

FORHOLDET TIL ANDRE KONVENTIONER

Artikel 55

Med forbehold af bestemmelserne i artikel 54, stk. 2, og artikel 56 træder denne konvention, for så vidt angår de stater, der er parter i den, i stedet for følgende konventioner, der er indgået mellem to eller flere af disse stater:

- konventionen mellem Belgien og Frankrig om retternes kompetence samt gyldighed og fuldbyrdelse af retsafgørelser, voldgiftskendelser og officielt bekræftede dokumenter, undertegnet i Paris den 8. juli 1899;
- konventionen mellem Belgien og Nederlandene om retternes stedlige kompetence, om konkurs samt om gyldighed og fuldbyrdelse af retsafgørelser, voldgiftskendelser og officielt bekræftede dokumenter, undertegnet i Bruxelles den 28. marts 1925;
- konventionen mellem Frankrig og Italien om fuldbyrdelse af domme i civile og kommercielle sager, undertegnet i Rom den 3. juni 1930;
- konventionen mellem Tyskland og Italien om anerkendelse og fuldbyrdelse af retsafgørelser i civile og kommercielle sager, undertegnet i Rom den 9. marts 1936;
- konventionen mellem Forbundsrepublikken Tyskland og kongeriget Belgien om gensidig anerkendelse og fuldbyrdelse i civile og kommercielle sager af retsafgørelser, voldgiftskendelser og officielt bekræftede dokumenter, undertegnet i Bonn den 30. juni 1958;
- konventionen mellem kongeriget Nederlandene og Den italienske Republik om anerkendelse og fuldbyrdelse af retsafgørelser i civile og kommercielle sager, undertegnet i Rom den 17. april 1959;
- konventionen mellem kongeriget Belgien og Den italienske Republik om anerkendelse og fuldbyrdelse af retsafgørelser og andre eksigible doku-

menter i civile og kommercielle sager, undertegnet i Rom den 6. april 1962;

- konventionen mellem kongeriget Nederlandene og Forbundsrepublikken Tyskland om gensidig anerkendelse og fuldbyrdelse af retsafgørelser og andre eksigible dokumenter i civile og kommercielle sager, undertegnet i Haag den 30. august 1962,

og for så vidt den er i kraft:

- traktaten mellem Belgien, Nederlandene og Luxembourg om retternes kompetence, om konkurs samt om gyldighed og fuldbyrdelse af retsafgørelser, voldgiftskendelser og officielt bekræftede dokumenter, undertegnet i Bruxelles den 24. november 1961.

Artikel 56

Den traktat og de konventioner, der er nævnt i artikel 55, bevarer deres gyldighed på de sagsområder, hvor denne konvention ikke finder anvendelse.

De bevarer ligeledes deres gyldighed for så vidt angår retsafgørelser, der er truffet, og officielt bekræftede dokumenter, der er udstedt før denne konventions ikrafttræden.

Artikel 57

Denne konvention berører ikke konventioner, som de kontraherende stater har tiltrådt eller vil tiltræde, og som på særlige områder fastsætter regler for retternes kompetence samt for anerkendelse og fuldbyrdelse af retsafgørelser.

Artikel 58

Bestemmelserne i denne konvention berører ikke rettigheder, der er indrømmet schweiziske statsborgere ved den mellem Frankrig og Det schweiziske Edsforbund den 15. juli 1869 indgåede konvention om retternes kompetence og om fuldbyrdelse af domme i borgerlige sager.

Artikel 59

Denne konvention er ikke til hinder for, at en kontraherende stat inden for rammerne af en konvention om anerkendelse og fuldbyrdelse af domme over for en tredjestat forpligter sig til ikke at anerkende en retsafgørelse, som i en anden kontraherende stat er truffet mod en sagsøgt, der har sin bopæl eller sit sædvanlige opholdssted på denne tredjestats område, såfremt afgørelsen i et af de i artikel 4 nævnte tilfælde kun har kunnet støttes på en af de kompetenceregler, som er nævnt i artikel 3, andet afsnit.

AFSNIT VIII

AFSLUTTENDE BESTEMMELSER

Artikel 60

Denne konvention gælder for de kontraherende staters europæiske områder, for de franske oversøiske departementer og for de franske oversøiske territorier.

Kongeriget Nederlandene kan i forbindelse med undertegnelsen eller ratifikationen af denne konvention eller på ethvert senere tidspunkt ved en meddelelse til generalsekretæren for Rådet for De europæiske Fællesskaber erklære, at denne konvention skal gælde for Surinam og De nederlandske Antiller. Såfremt der ikke afgives en sådan erklæring med hensyn til De nederlandske Antiller, anses retssager, der verserer inden for kongerigets europæiske område som følge af en kassationsappel vedrørende afgørelser truffet af retterne på De nederlandske Antiller, som sager, der verserer for disse retter.

Artikel 61

Denne konvention skal ratificeres af signatarstaterne. Ratifikationsdokumenterne skal deponeres hos generalsekretæren for Rådet for De europæiske Fællesskaber.

Artikel 62

Denne konvention træder i kraft den første dag i den tredje måned, der følger efter deponeringen af det sidste ratifikationsdokument.

Artikel 63

De kontraherende stater anerkender, at enhver stat, som bliver medlem af Det europæiske økonomiske Fællesskab, skal erklære sig indforstået med, at denne konvention anvendes som grundlag for de forhandlinger, der er nødvendige for, mellem de kontraherende stater og den pågældende stat, at sikre gennemførelsen af artikel 220, sidste stykke, i traktaten om oprettelse af Det europæiske økonomiske Fællesskab.

De nødvendige tilpasninger kan fastsættes i en særlig konvention mellem de kontraherende stater på den ene side og den pågældende stat på den anden side.

Artikel 64

Generalsekretæren for Rådet for De europæiske Fællesskaber giver signatarstaterne meddelelse om:

- a) deponeringen af ethvert ratifikationsdokument;
- b) datoen for denne konventions ikrafttræden;
- c) erklæringer modtaget i henhold til artikel 60, andet afsnit;
- d) erklæringer modtaget i henhold til artikel IV i protokollen;
- e) meddelelser i henhold til artikel VI i protokollen.

Artikel 65

Den protokol, der efter fælles aftale mellem de kontraherende stater er knyttet som bilag til denne konvention, udgør en integrerende del af konventionen.

Artikel 66

Denne konvention er indgået for ubegrænset tid.

Artikel 67

Enhver kontraherende stat kan fremsætte anmodning om ændring af denne konvention. I så fald indkalder formanden for Rådet for De europæiske Fællesskaber til en konference med henblik på ændring af konventionen.

Artikel 68

Denne konvention, udfærdiget i ét eksemplar på fransk, italiensk, nederlandsk og tysk, hvilke fire tekster har samme gyldighed, deponeres i arkiverne i sekretariat for Rådet for De europæiske Fællesskabet. Generalsekretæren fremsender en bekræftet genpart til hver af signatarstaternes regeringer.

Til bekræftelse heraf har undertegnede befuldmægtigede underskrevet denne konvention.

Udfærdiget i Bruxelles, den syvogtyvende september nitten hundrede og otteogtres.

For Hans Majestæt belgiernes konge,

Pierre HARMEL

For præsidenten for Forbundsrepublikken Tyskland,

Willy BRANDT

For præsidenten for Den franske Republik,

Michel DEBRÉ

For præsidenten for Den italienske Republik,

Giuseppe MEDICI

For Hans kongelige Højhed storhertugen af Luxembourg,

Pierre GRÉGOIRE

For Hendes Majestæt dronningen af Nederlandene,

J.M.A.H. LUNS

PROTOKOL

De høje kontraherende parter er blevet enige om følgende bestemmelser, der knyttes som bilag til konventionen:

Artikel I

Enhver person, der har bopæl i Luxembourg, og som i henhold til artikel 5, nr. 1, sagsøges ved en ret i en anden kontraherende stat, kan gøre indsigelse mod den pågældende rets kompetence. Såfremt sagsøgte ikke giver måde, skal denne ret på embeds vegne erklære sig for inkompetent.

Enhver aftale om kompetence som nævnt i artikel 17 får kun gyldighed for en person, der har bopæl i Luxembourg, såfremt den pågældende udtrykkeligt og specielt har accepteret aftalen.

Artikel II

Med forbehold af mere gunstige nationale bestemmelser kan personer, der har bopæl i en kontraherende stat, og mod hvem der indledes retsforfølgning for en uagtet lovovertrædelse ved retter kompetente i straffesager i en anden kontraherende stat, hvor de pågældende ikke er statsborgere, selv når de ikke personligt giver møde, til deres forsvar vælge personer, der er bemyndiget hertil.

Den ret, der behandler sagen, kan dog bestemme, at den pågældende skal give møde personligt; såfremt dette ikke sker, skal den afgørelse, der er truffet med hensyn til et borgerligt krav, uden at den pågældende har haft mulighed for at varetage sine interesser under sagen, ikke anerkendes eller fuldbyrdes i de øvrige kontraherende stater.

Artikel III

Ingen form for skat, afgift eller gebyr, som beregnes i forhold til sagens værdi, må i forbindelse med behandlingen af en begæring om fuldbyrdelsespåtegning opkræves i den stat, som begæringen rettes til.

Artikel IV

De inden- og udenretslige dokumenter, der udfærdiges inden for en kontraherende stats område, og som skal meddeles eller forkyndes for personer, der befinder sig inden for en anden kontraherende stats område, skal fremsendes i overensstemmelse med de

fremgangsmåder, der er fastsat ved konventioner eller aftaler indgået mellem de kontraherende stater.

Medmindre modtagerstaten ved en erklæring rettet til generalsekretæren for Rådet for De europæiske Fællesskaber modsætter sig dette, kan de pågældende dokumenter ligeledes fremsendes direkte af vedkommende offentligt godkendte personer i den stat, hvor dokumenterne er udfærdiget, til vedkommende offentligt godkendte personer i den stat, på hvis område dokumentets adressat befinder sig. I dette tilfælde fremsender vedkommende offentligt godkendte person i domsstaten en genpart af dokumentet til vedkommende offentligt godkendte person i den stat, begæringen rettes til, når den pågældende er kompetent til at aflevere det til adressaten. Denne aflevering sker efter de regler, der er foreskrevet i lovgivningen i den stat, som begæringen rettes til. Afleveringen bekræftes ved en attestation, som sendes direkte til vedkommende offentligt godkendte person i den stat, hvor dokumentet er udfærdiget.

Artikel V

Den i artikel 6, nr. 2, og artikel 10 fastsatte kompetence i sager om opfyldelse af en forpligtelse eller ved intervention kan ikke gøres gældende i Forbundsrepublikken Tyskland. I denne stat kan enhver, der har bopæl inden for en anden kontraherende stats område, inddrages i sagen i henhold til civilproceslovens artikel 68, 72, 73 og 74 vedrørende procesunderretning.

De retsafgørelser, der træffes i de øvrige kontraherende stater i medfør af artikel 6, nr. 2, og artikel 10, skal anerkendes og fuldbyrdes i Forbundsrepublikken Tyskland i overensstemmelse med afsnit III. De retsvirkninger, som domme, afsagt i Forbundsrepublikken Tyskland, har over for tredjemand i henhold til artikel 68, 72, 73 og 74 i civilprocesloven, skal ligeledes anerkendes i de andre kontraherende stater.

Artikel VI

De kontraherende stater skal meddele generalsekretæren for Rådet for De europæiske Fællesskaber teksterne til lovbestemmelser, som medfører ændringer enten med hensyn til de bestemmelser i deres lovgivning, der er nævnt i konventionen, eller med hensyn til de retter, der er anført i afsnit III, afdeling 2, i konventionen.

Til bekræftelse heraf har undertegnede befuldmægtigede underskrevet denne protokol.

Udfærdiget i Bruxelles, den syvogtyvende september nitten hundrede og otteogtres.

For Hans Majestæt belgiernes konge,

Pierre HARMEL

For præsidenten for Forbundsrepublikken Tyskland,

Willy BRANDT

For præsidenten for Den franske Republik,

Michel DEBRÉ

For præsidenten for Den italienske Republik,

Giuseppe MEDICI

For Hans kongelige Højhed storhertugen af Luxembourg,

Pierre GRÉGOIRE

For Hendes Majestæt dronningen af Nederlandene,

J.M.A.H. LUNS

FÆLLESERKLÆRING

Regeringerne for kongeriget Belgien, Forbundsrepublikken Tyskland, Den franske Republik, Den italienske Republik, storhertugdømmet Luxembourg og kongeriget Nederlandene —

som på tidspunktet for undertegnelsen af konventionen om retternes kompetence og om fuldbyrdelse af retsafgørelser i borgerlige sager, herunder handelssager,

ønsker at sikre en så effektiv gennemførelse som muligt af konventionens bestemmelser,

tilstræber at undgå, at forskellige fortolkninger af konventionens bestemmelser skal skade dens enhedskarakter, og

erkender, at der eventuelt kan opstå positive eller negative kompetencekonflikter ved konventionens anvendelse —

erklærer sig rede til:

1. at undersøge disse spørgsmål, og i særdeleshed at undersøge muligheden for at tillægge De europæiske Fællesskabers Domstol kompetence på visse områder, og i påkommende tilfælde indlede forhandlinger om en aftale med henblik herpå,
2. at etablere kontakter med regelmæssige mellemrum mellem deres repræsentanter.

Til bekræftelse heraf har undertegnede befuldmægtigede underskrevet denne fælleserklæring.

Udfærdiget i Bruxelles, den syvogtyvende september nitten hundrede og otteogtres.

Pierre HARMEL

Willy BRANDT

Michel DEBRÉ

Giuseppe MEDICI

Pierre GRÉGOIRE

J.M.A.H. LUNS

PROTOKOL

vedrørende Domstolens fortolkning af konventionen af 27. september 1968 om retternes kompetence og om fuldbyrdelse af retsafgørelser i borgerlige sager, herunder handelssager

DE HØJE KONTRAHERENDE PARTER I TRAKTATEN OM OPRETTELSE AF DET EUROPÆISKE ØKONOMISKE FÆLLESSKAB HAR —

under henvisning til den erklæring, der er knyttet som bilag til konventionen om retternes kompetence og om fuldbyrdelse af retsafgørelser i borgerlige sager, herunder handelssager, undertegnet i Bruxelles den 27. september 1968 —

vedtaget at afslutte en protokol, ved hvilken der tillægges De europæiske Fællesskabers Domstol kompetence til at fortolke den nævnte konvention, og har med dette mål for øje udpeget som befuldmægtigede:

HANS MAJESTÆT BELGIERNES KONGE:

Alfons VRANCKX,
justitsminister;

PRÆSIDENTEN FOR FORBUNDSREPUBLIKKEN TYSKLAND:

Gerhard JAHN,
forbundsjustitsminister;

PRÆSIDENTEN FOR DEN FRANSKE REPUBLIK:

René PLEVEN,
seglbevarer,
justitsminister;

PRÆSIDENTEN FOR DEN ITALIENSKE REPUBLIK:

Erminio PENNACCHINI,
understatssekretær i justitsministeriet;

HANS KONGELIGE HØJHED STORHERTUGEN AF LUXEMBOURG:

Eugène SCHAUS,
justitsminister,
viceministerpræsident;

HENDES MAJESTÆT DRONNINGEN AF NEDERLANDENE:

C.H.F. POLAK,
justitsminister;

SOM, FORSAMLET I RADET, efter at have udvekslet deres fuldmagter og fundet dem i god og behørig form,

ER BLEVET ENIGE OM FØLGENDE BESTEMMELSER:

Artikel 1

De europæiske Fællesskabers Domstol har kompetence til at træffe afgørelse med hensyn til fortolkningen af konventionen om retternes kompetence og om fuldbyrdelse af retsafgørelser i borgerlige sager, herunder handelssager, og af den til denne konvention som bilag knyttede protokol, undertegnet i Bruxelles den 27. september 1968, samt af nærværende protokol.

Artikel 2

Følgende retter kan anmode Domstolen om at træffe præjudiciel afgørelse vedrørende et fortolknings-spørgsmål:

1. i Belgien: la Cour de Cassation — het Hof van Cassatie og le Conseil d'État — de Raad van State,
i Forbundsrepublikken Tyskland: die obersten Gerichtshöfe des Bundes,
i Frankrig: la Cour de Cassation og le Conseil d'État,
i Italien: la Corte Suprema di Cassazione,
i Luxembourg: la Cour supérieure de Justice i dens egenskab af kassationsret,
i Nederlandene: de Hoge Raad;
2. retterne i de kontraherende stater, såfremt de træffer afgørelse som appelinstant;
3. i de i konventionens artikel 37 anførte tilfælde, de i samme artikel nævnte retter.

Artikel 3

1. Såfremt et spørgsmål vedrørende fortolkningen af konventionen og de øvrige i artikel 1 nævnte tekster rejses under en retssag ved en i artikel 2, nr. 1, anført ret, skal denne ret, hvis den skønner, at en afgørelse af dette spørgsmål er nødvendig, for at den kan afsige dom, anmode Domstolen om at afgøre spørgsmålet.
2. Såfremt et sådant spørgsmål rejses ved en i artikel 2, nr. 2 og 3, anført ret, kan denne ret på de i stk. 1 fastsatte betingelser anmode Domstolen om at afgøre spørgsmålet.

Artikel 4

1. Den kompetente myndighed i en kontraherende stat kan anmode Domstolen om at udtale sig om et spørgsmål vedrørende fortolkningen af konventionen og de øvrige i artikel 1 nævnte tekster, såfremt afgørelser truffet af retter i denne stat er i modstrid

med den fortolkning, der er anlagt af Domstolen eller kommet til udtryk i en afgørelse truffet af en i artikel 2, nr. 1 og 2, nævnt ret i en anden kontraherende stat. Bestemmelserne i dette stykke gælder kun for retskraftige afgørelser.

2. Den fortolkning, som anlægges af Domstolen i anledning af en sådan anmodning, er uden virkning for de afgørelser, der har givet anledning til anmodningen om en fortolkning.

3. Det offentlige øverste repræsentant ved kassationsretterne i de kontraherende stater eller enhver anden myndighed udpeget af en kontraherende stat har kompetence til at anmode Domstolen om en fortolkning i henhold til stk. 1.

4. Justitssekretæren ved Domstolen giver meddelelse om anmodningen til de kontraherende stater, samt til Kommissionen og Rådet for De europæiske Fællesskaber, som inden to måneder fra denne meddelelse kan indgive indlæg eller andre skriftlige udtalelser til Domstolen.

5. Den i nærværende artikel fastlagte fremgangsmåde giver ikke anledning til hverken opkrævning eller godtgørelse af gebyrer og sagsomkostninger.

Artikel 5

1. Medmindre andet er bestemt i denne protokol, finder de bestemmelser i traktaten om oprettelse af Det europæiske økonomiske Fællesskab og i den dertil knyttede protokol vedrørende statuten for Domstolen, der gælder ved Domstolens afgørelse af præjudicielle spørgsmål, tilsvarende anvendelse på fremgangsmåden ved fortolkning af konventionen og de øvrige i artikel 1 nævnte tekster.

2. Domstolens procesreglement tilpasses og suppleres om nødvendigt i henhold til artikel 188 i traktaten om oprettelse af Det europæiske økonomiske Fællesskab.

Artikel 6

Denne protokol gælder for de kontraherende staters europæiske områder, for de franske oversøiske departementer og for de franske oversøiske territorier.

Kongeriget Nederlandene kan i forbindelse med undertegnelsen eller ratifikationen af denne protokol eller på ethvert senere tidspunkt ved en meddelelse til generalsekretæren for Rådet for De europæiske Fællesskaber erklære, at denne protokol skal gælde for Surinam og De nederlandske Antiller.

Artikel 7

Denne protokol skal ratificeres af signatarstaterne. Ratifikationsdokumenterne skal deponeres hos generalsekretæren for Rådet for De europæiske Fællesskaber.

Artikel 8

Denne protokol træder i kraft den første dag i den tredje måned, der følger efter deponeringen af det sidste ratifikationsdokument. Den træder dog tidligst i kraft samtidig med konventionen af 27. september 1968 om retternes kompetence og om fuldbyrdelse af retsafgørelser i borgerlige sager, herunder handels-sager.

Artikel 9

De kontraherende stater anerkender, at enhver stat, som bliver medlem af Det europæiske økonomiske Fællesskab, og på hvilken artikel 63 i konventionen om retternes kompetence og om fuldbyrdelsen af retsafgørelser i borgerlige sager, herunder handelssager, finder anvendelse, skal godkende bestemmelserne i denne protokol, med forbehold af de nødvendige tilpasninger.

Artikel 10

Generalsekretæren for Rådet for De europæiske Fællesskaber giver signatarstaterne meddelelse om:

- a) deponeringen af ethvert ratifikationsdokument;
- b) datoen for denne protokols ikrafttræden;

- c) erklæringer modtaget i henhold til artikel 4, stk. 3;
- d) erklæringer modtaget i henhold til artikel 6, stk. 2.

Artikel 11

De kontraherende stater skal meddele generalsekretæren for Rådet for De europæiske Fællesskaber teksterne til lovbestemmelser, som medfører en ændring i listen over de i artikel 2, nr. 1, nævnte retter.

Artikel 12

Denne protokol er indgået for ubegrænset tid.

Artikel 13

Enhver kontraherende stat kan fremsætte anmodning om ændring af denne protokol. I så fald indkalder formanden for Rådet for De europæiske Fællesskaber til en konference med henblik på ændring af protokollen.

Artikel 14

Denne protokol, udfærdiget i ét eksemplar på fransk, italiensk, nederlandsk og tysk, hvilke fire tekster har samme gyldighed, deponeres i arkiverne i sekretariatet for Rådet for De europæiske Fællesskaber. Generalsekretæren fremsender en bekræftet genpart til hver af signatarstaternes regeringer.

Til bekræftelse heraf har undertegnede befuldmægtigede underskrevet denne protokol.

Udfærdiget i Luxembourg, den tredje juni nitten hundrede og enoghalvfjerds.

For Hans Majestæt belgiernes konge,

Alfons VRANCKX

For præsidenten for Forbundsrepublikken Tyskland,

Gerhard JAHN

For præsidenten for Den franske Republik,

René PLEVEN

For præsidenten for Den italienske Republik,

Erminio PENNACCHINI

For Hans kongelige Højhed storhertugen af Luxembourg,

Eugène SCHAUS

For Hendes Majestæt dronningen af Nederlandene,

C.H.F. POLAK

FÆLLESERKLÆRING

Regeringerne for kongeriget Belgien, Forbundsrepublikken Tyskland, Den franske Republik, Den italienske Republik, storhertugdømmet Luxembourg og kongeriget Nederlandene —

som på tidspunktet for undertegnelsen af protokollen vedrørende Domstolens fortolkning af konventionen af 27. september 1968 om retternes kompetence og om fuldbyrdelse af retsafgørelser i borgerlige sager, herunder handelssager,

ønsker at sikre en så effektiv og ensartet gennemførelse som muligt af protokollens bestemmelser —

erklærer sig rede til i samarbejde med Domstolen at foranstalte en udveksling af oplysninger vedrørende de afgørelser, der af de retter, som er anført i artikel 2, nr. 1, i nævnte protokol, træffes ved anvendelse af konventionen og protokollen af 27. september 1968.

Til bekræftelse heraf har undertegnede befuldmægtigede underskrevet denne fælleserklæring.

Udfærdiget i Luxembourg, den tredje juni nitten hundrede og enoghalvfjerds.

For Hans Majestæt belgiernes konge,

Alfons VRANCKX

For præsidenten for Forbundsrepublikken Tyskland,

Gerhard JAHN

For præsidenten for Den franske Republik,

René PLEVEN

For præsidenten for Den italienske Republik,

Erminio PENNACCHINI

For Hans kongelige Højhed storhertugen af Luxembourg,

Eugène SCHAUS

For Hendes Majestæt dronningen af Nederlandene,

C.H.F. POLAK

CONVENTION

on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters

PREAMBLE

THE HIGH CONTRACTING PARTIES TO THE TREATY ESTABLISHING THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY,

Desiring to implement the provisions of Article 220 of that Treaty by virtue of which they undertook to secure the simplification of formalities governing the reciprocal recognition and enforcement of judgments of courts or tribunals,

Anxious to strengthen in the Community the legal protection of persons therein established,

Considering that it is necessary for this purpose to determine the international jurisdiction of their courts, to facilitate recognition and to introduce an expeditious procedure for securing the enforcement of judgments, authentic instruments and court settlements,

Have decided to conclude this Convention and to this end have designated as their Plenipotentiaries:

HIS MAJESTY THE KING OF THE BELGIANS:

Mr Pierre HARMEL,
Minister for Foreign Affairs;

THE PRESIDENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:

Mr Willy BRANDT,
Vice-Chancellor, Minister for Foreign Affairs;

THE PRESIDENT OF THE FRENCH REPUBLIC:

Mr Michel DEBRÉ,
Minister for Foreign Affairs;

THE PRESIDENT OF THE ITALIAN REPUBLIC:

Mr Giuseppe MEDICI,
Minister for Foreign Affairs;

HIS ROYAL HIGHNESS THE GRAND DUKE OF LUXEMBOURG:

Mr Pierre GRÉGOIRE
Minister for Foreign Affairs;

HER MAJESTY THE QUEEN OF THE NETHERLANDS:

Mr J.M.A.H. LUNS,
Minister for Foreign Affairs;

WHO, meeting within the Council, having exchanged their Full Powers, found in good and due form,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

TITLE I

SCOPE

Article 1

This Convention shall apply in civil and commercial matters whatever the nature of the court or tribunal.

The Convention shall not apply to:

1. the status or legal capacity of natural persons, rights in property arising out of a matrimonial relationship, wills and succession;
2. bankruptcy, proceedings relating to the winding-up of insolvent companies or other legal persons, judicial arrangements, compositions and analogous proceedings;
3. social security;
4. arbitration.

TITLE II

JURISDICTION

Section 1

General provisions

Article 2

Subject to the provisions of this Convention, persons domiciled in a Contracting State shall, whatever their nationality, be sued in the courts of that State.

Persons who are not nationals of the State in which they are domiciled shall be governed by the rules of jurisdiction applicable to nationals of that State.

Article 3

Persons domiciled in a Contracting State may be sued in the courts of another Contracting State only by

virtue of the rules set out in Sections 2 to 6 of this Title.

In particular the following provisions shall not be applicable as against them:

- in Belgium: Article 15 of the civil code (*Code civil*), or the provisions of Articles 52, 52 *bis* and 53 of the law of 25 March 1976 on jurisdiction (*loi sur la compétence*);
- in the Federal Republic of Germany: Article 23 of the code of civil procedure (*Zivilprozeßordnung*);
- in France: Articles 14 and 15 of the civil code (*Code civil*);
- in Italy: Article 2 and Article 4, Nos 1 and 2, of the code of civil procedure (*Codice di procedura civile*);
- in Luxembourg: Articles 14 and 15 of the civil code (*Code civil*);
- in the Netherlands: Articles 126(3) and 127 of the code of civil procedure (*Wetboek van Burgerlijke Rechtsvordering*).

Article 4

If the defendant is not domiciled in a Contracting State, the jurisdiction of the courts of each Contracting State shall, subject to the provisions of Article 16, be determined by the law of that State.

As against such a defendant, any person domiciled in a Contracting State may, whatever his nationality, avail himself in that State of the rules of jurisdiction there in force, and in particular those specified in the second paragraph of Article 3, in the same way as the nationals of that State.

Section 2

Special jurisdiction

Article 5

A person domiciled in a Contracting State may, in another Contracting State, be sued:

1. in matters relating to a contract, in the courts for the place of performance of the obligation in question;
2. in matters relating to maintenance, in the courts for the place where the maintenance creditor is domiciled or habitually resident;
3. in matters relating to tort, delict or quasi-delict, in the courts for the place where the harmful event occurred;
4. as regards a civil claim for damages or restitution which is based on an act giving rise to criminal proceedings, in the court seised of those proceedings, to the extent that that court has jurisdiction under its own law to entertain civil proceedings;
5. as regards a dispute arising out of the operations of a branch, agency or other establishment, in the courts for the place in which the branch, agency or other establishment is situated.

Article 6

A person domiciled in a Contracting State may also be sued:

1. where he is one of a number of defendants, in the courts for the place where any one of them is domiciled;
2. as a third party in an action on a warranty or guarantee or in any other third party proceedings, in the court seised of the original proceedings, unless these were instituted solely with the object of removing him from the jurisdiction of the court which would be competent in his case;
3. on a counterclaim arising from the same contract or facts on which the original claim was based, in the court in which the original claim is pending.

Section 3

Jurisdiction in matters relating to insurance

Article 7

In matters relating to insurance, jurisdiction shall be determined by this Section, without prejudice to the provisions of Articles 4 and 5 (5).

Article 8

An insurer domiciled in a Contracting State may be sued, either in the courts of that State, or in another Contracting State in the courts for the place where the policy-holder is domiciled, or, if two or more insurers are the defendants, in the courts of the Contracting State where any one of them is domiciled.

An insurer may also, if there is provision for such jurisdiction in the law of the court seised of the matter, be sued in a Contracting State other than that of his domicile in the courts for the place where the agent who acted as intermediary in the making of the contract of insurance has his domicile, provided that this domicile is mentioned in the insurance policy or proposal.

An insurer who is not domiciled in a Contracting State but has a branch or an agency in one of the Contracting States shall, in disputes arising out of the operations of the branch or agency, be deemed to be domiciled in that State.

Article 9

In respect of liability insurance or insurance of immovable property, the insurer may in addition be sued in the courts for the place where the harmful event occurred. The same applies if movable and immovable property are covered by the same insurance policy and both are adversely affected by the same contingency.

Article 10

In respect of liability insurance, the insurer may also, if the law of the court permits it, be joined in proceedings which the injured party has brought against the insured.

The provisions of Articles 7, 8 and 9 shall apply to actions brought by the injured party directly against the insurer, where such direct actions are permitted.

If the law governing such direct actions provides that the policy-holder or the insured may be joined as a party to the action, the same court shall have jurisdiction over them.

Article 11

Without prejudice to the provisions of the third paragraph of Article 10, an insurer may bring proceedings only in the courts of the Contracting State in which the defendant is domiciled, irrespective of whether he is the policy-holder, the insured or a beneficiary.

The provisions of this Section shall not affect the right to bring a counterclaim in the court in which, in accordance with this Section, the original claim is pending.

Article 12

The provisions of this Section may be departed from only by an agreement:

1. which is entered into after the dispute has arisen
or

2. which allows the policy-holder, the insured or a beneficiary to bring proceedings in courts other than those indicated in this Section or
3. which is concluded between a policy-holder and an insurer, both of whom are domiciled in the same Contracting State, and which has the effect of conferring jurisdiction on the courts of that State even if the harmful event were to occur abroad, provided that such an agreement is not contrary to the law of that State.

Section 4

Jurisdiction in matters relating to instalment sales and loans

Article 13

In matters relating to the sale of goods on instalment credit terms, or to loans expressly made to finance the sale of goods and repayable by instalments, jurisdiction shall be determined by this Section, without prejudice to the provisions of Articles 4 and 5 (5).

Article 14

A seller or lender who is domiciled in a Contracting State may be sued either in the court of that State or in the courts of the Contracting State in which the buyer or borrower is domiciled.

Proceedings may be brought by a seller against a buyer or by a lender against a borrower only in the courts of the State in which the defendant is domiciled.

These provisions shall not affect the right to bring a counterclaim in the court in which, in accordance with this Section, the original claim is pending.

Article 15

The provisions of this Section may be departed from only by an agreement:

1. which is entered into after the dispute has arisen or
2. which allows the buyer or the borrower to bring proceedings in courts other than those indicated in this Section or
3. which is concluded between a buyer and a seller, or between a borrower and a lender, both of whom are domiciled or habitually resident in the same Contracting State, and which confers

jurisdiction on the courts of that State, provided that such an agreement is not contrary to the law of that State.

Section 5

Exclusive jurisdiction

Article 16

The following courts shall have exclusive jurisdiction, regardless of domicile:

1. in proceedings which have as their object rights *in rem* in, or tenancies of, immovable property, the courts of the Contracting State in which the property is situated;
2. in proceedings which have as their object the validity of the constitution, the nullity or the dissolution of companies or other legal persons or associations of natural or legal persons, or the decisions of their organs, the courts of the Contracting State in which the company, legal person or association has its seat;
3. in proceedings which have as their object the validity of entries in public registers, the courts of the Contracting State in which the register is kept;
4. in proceedings concerned with the registration or validity of patents, trade marks, designs, or other similar rights required to be deposited or registered, the courts of the Contracting State in which the deposit or registration has been applied for, has taken place or is under the terms of an international convention deemed to have taken place;
5. in proceedings concerned with the enforcement of judgments, the courts of the Contracting State in which the judgment has been or is to be enforced.

Section 6

Prorogation of jurisdiction

Article 17

If the Parties, one or more of whom is domiciled in a Contracting State, have, by agreement in writing or by an oral agreement evidenced in writing, agreed that a court or the courts of a Contracting State are to have jurisdiction to settle any disputes which have arisen or which may arise in connection with a particular legal relationship, that court or those courts shall have exclusive jurisdiction.

Agreements conferring jurisdiction shall have no legal force if they are contrary to the provisions of Article 12 or 15, or if the courts whose jurisdiction they purport to exclude have exclusive jurisdiction by virtue of Article 16.

If the agreement conferring jurisdiction was concluded for the benefit of only one of the parties, that party shall retain the right to bring proceedings in any other court which has jurisdiction by virtue of this Convention.

Article 18

Apart from jurisdiction derived from other provisions of this Convention, a court of a Contracting State before whom a defendant enters an appearance shall have jurisdiction. This rule shall not apply where appearance was entered solely to contest the jurisdiction, or where another court has exclusive jurisdiction by virtue of Article 16.

Section 7

Examination as to jurisdiction and admissibility

Article 19

Where a court of a Contracting State is seised of a claim which is principally concerned with a matter over which the courts of another Contracting State have exclusive jurisdiction by virtue of Article 16, it shall declare of its own motion that it has no jurisdiction.

Article 20

Where a defendant domiciled in one Contracting State is sued in a court of another Contracting State and does not enter an appearance, the court shall declare of its own motion that it has no jurisdiction unless its jurisdiction is derived from the provisions of this Convention.

The court shall stay the proceedings so long as it is not shown that the defendant has been able to receive the document instituting the proceedings in sufficient time to enable him to arrange for his defence, or that all necessary steps have been taken to this end.

The provisions of the foregoing paragraph shall be replaced by those of Article 15 of the Hague Convention of 15 November 1965 on the service abroad of judicial and extrajudicial documents in civil or commercial matters, if the document instituting the proceedings or notice thereof had to be transmitted abroad in accordance with that Convention.

Section 8

Lis Pendens — related actions

Article 21

Where proceedings involving the same cause of action and between the same parties are brought in

the courts of different Contracting States, any court other than the court first seised shall of its own motion decline jurisdiction in favour of that court.

A court which would be required to decline jurisdiction may stay its proceedings if the jurisdiction of the other court is contested.

Article 22

Where related actions are brought in the courts of different Contracting States, any court other than the court first seised may, while the actions are pending at first instance, stay its proceedings.

A court other than the court first seised may also, on the application of one of the parties, decline jurisdiction if the law of that court permits the consolidation of related actions and the court first seised has jurisdiction over both actions.

For the purposes of this Article, actions are deemed to be related where they are so closely connected that it is expedient to hear and determine them together to avoid the risk of irreconcilable judgments resulting from separate proceedings.

Article 23

Where actions come within the exclusive jurisdiction of several courts, any court other than the court first seised shall decline jurisdiction in favour of that court.

Section 9

Provisional, including protective, measures

Article 24

Application may be made to the courts of a Contracting State for such provisional, including protective, measures as may be available under the law of that State, even if, under this Convention, the courts of another Contracting State have jurisdiction as to the substance of the matter.

TITLE III

RECOGNITION AND ENFORCEMENT

Article 25

For the purposes of this Convention, 'judgment' means any judgment given by a court or tribunal of a

Contracting State, whatever the judgment may be called, including a decree, order, decision or writ of execution, as well as the determination of costs or expenses by an officer of the court.

Section 1

Recognition

Article 26

A judgment given in a Contracting State shall be recognized in the other Contracting States without any special procedure being required.

Any interested party who raises the recognition of a judgment as the principal issue in a dispute may, in accordance with the procedures provided for in Sections 2 and 3 of this Title, apply for a decision that the judgment be recognized.

If the outcome of proceedings in a court of a Contracting State depends on the determination of an incidental question of recognition that court shall have jurisdiction over that question.

Article 27

A judgment shall not be recognized:

1. if such recognition is contrary to public policy in the State in which recognition is sought;
2. where it was given in default of appearance, if the defendant was not duly served with the document which instituted the proceedings in sufficient time to enable him to arrange for his defence;
3. if the judgment is irreconcilable with a judgment given in a dispute between the same parties in the State in which recognition is sought;
4. if the court of the State in which the judgment was given, in order to arrive at its judgment, has decided a preliminary question concerning the status or legal capacity of natural persons, rights in property arising out of a matrimonial relationship, wills or succession in a way that conflicts with a rule of the private international law of the State in which the recognition is sought, unless the same result would have been reached by the application of the rules of private international law of that State.

Article 28

Moreover, a judgment shall not be recognized if it conflicts with the provisions of Section 3, 4 or 5 of Title II, or in a case provided for in Article 59.

In its examination of the grounds of jurisdiction referred to in the foregoing paragraph, the court or authority applied to shall be bound by the findings of fact on which the court of the State in which the judgment was given based its jurisdiction.

Subject to the provisions of the first paragraph, the jurisdiction of the court of the State in which the judgment was given may not be reviewed; the test of public policy referred to in Article 27 (1) may not be applied to the rules relating to jurisdiction.

Article 29

Under no circumstances may a foreign judgment be reviewed as to its substance.

Article 30

A court of a Contracting State in which recognition is sought of a judgment given in another Contracting State may stay the proceedings if an ordinary appeal against the judgment has been lodged.

Section 2

Enforcement

Article 31

A judgment given in a Contracting State and enforceable in that State shall be enforced in another Contracting State when, on the application of any interested party, the order for its enforcement has been issued there.

Article 32

The application shall be submitted:

- in Belgium, to the 'tribunal de première instance' or 'rechtbank van eerste aanleg',
- in the Federal Republic of Germany, to the presiding judge of a chamber of the 'Landgericht',
- in France, to the presiding judge of the 'tribunal de grande instance',
- in Italy, to the 'corte d'appello',
- in Luxembourg, to the presiding judge of the 'tribunal d'arrondissement',
- in the Netherlands, to the presiding judge of the 'arrondissementsrechtbank'.

The jurisdiction of local courts shall be determined by reference to the place of domicile of the party

against whom enforcement is sought. If he is not domiciled in the State in which enforcement is sought, it shall be determined by reference to the place of enforcement.

Article 33

The procedure for making the application shall be governed by the law of the State in which enforcement is sought.

The applicant must give an address for service of process within the area of jurisdiction of the court applied to. However, if the law of the State in which enforcement is sought does not provide for the furnishing of such an address, the applicant shall appoint a representative *ad litem*.

The documents referred to in Articles 46 and 47 shall be attached to the application.

Article 34

The court applied to shall give its decision without delay; the party against whom enforcement is sought shall not at this stage of the proceedings be entitled to make any submissions on the application.

The application may be refused only for one of the reasons specified in Articles 27 and 28.

Under no circumstances may the foreign judgment be reviewed as to its substance.

Article 35

The appropriate officer of the court shall without delay bring the decision given on the application to the notice of the applicant in accordance with the procedure laid down by the law of the State in which enforcement is sought.

Article 36

If enforcement is authorized, the party against whom enforcement is sought may appeal against the decision within one month of service thereof.

If that party is domiciled in a Contracting State other than that in which the decision authorizing enforcement was given, the time for appealing shall be two months and shall run from the date of service, either on him in person or at his residence. No extension of time may be granted on account of distance.

Article 37

An appeal against the decision authorizing enforcement shall be lodged in accordance with the rules governing procedure in contentious matters:

- in Belgium, with the 'tribunal de première instance' or 'rechtbank van eerste aanleg',
- in the Federal Republic of Germany, with the 'Oberlandesgericht',
- in France, with the 'cour d'appel',
- in Italy, with the 'corte d'appello',
- in Luxembourg, with the 'Cour supérieure de Justice' sitting as a court of civil appeal,
- in the Netherlands, with the 'arrondissementsrechtbank'.

The judgment given on the appeal may be contested only by an appeal in cassation or, in the Federal Republic of Germany, by a 'Rechtsbeschwerde'.

Article 38

The court with which the appeal under the first paragraph of Article 37 is lodged may, on the application of the appellant, stay the proceedings if an ordinary appeal has been lodged against the judgment in the State in which that judgment was given or if the time for such an appeal has not yet expired; in the latter case, the court may specify the time within which such an appeal is to be lodged.

The court may also make enforcement conditional on the provision of such security as it shall determine.

Article 39

During the time specified for an appeal pursuant to Article 36 and until any such appeal has been determined, no measures of enforcement may be taken other than protective measures taken against the property of the party against whom enforcement is sought.

The decision authorizing enforcement shall carry with it the power to proceed to any such protective measures.

Article 40

If the application for enforcement is refused, the applicant may appeal:

- in Belgium, to the 'Cour d'appel' or 'hof van beroep';

- in the Federal Republic of Germany, to the 'Oberlandesgericht';
- in France, to the 'cour d'appel';
- in Italy, to the 'corte d'appello';
- in Luxembourg, to the 'Cour supérieure de Justice' sitting as a court of civil appeal;
- in the Netherlands, to the 'gerechtshof'.

The party against whom enforcement is sought shall be summoned to appear before the appellate court. If he fails to appear, the provisions of the second and third paragraphs of Article 20 shall apply even where he is not domiciled in any of the Contracting States.

Article 41

A judgment given on an appeal provided for in Article 40 may be contested only by an appeal in cassation or, in the Federal Republic of Germany, by a 'Rechtsbeschwerde'.

Article 42

Where a foreign judgment has been given in respect of several matters and enforcement cannot be authorized for all of them, the court shall authorize enforcement for one or more of them.

An applicant may request partial enforcement of a judgment.

Article 43

A foreign judgment which orders a periodic payment by way of a penalty shall be enforceable in the State in which enforcement is sought only if the amount of the payment has been finally determined by the courts of the State in which the judgment was given.

Article 44

An applicant who has been granted legal aid in the State in which the judgment was given shall automatically also qualify for legal aid in the procedures provided for in Articles 32 to 35.

Article 45

No security, bond or deposit, however described, shall be required of a party who in one Contracting State applies for enforcement of a judgment given in another Contracting State on the ground that he is a foreign national or that he is not domiciled or resident in the State in which enforcement is sought.

Section 3

Common provisions

Article 46

A party seeking recognition or applying for enforcement of a judgment shall produce:

1. a copy of the judgment which satisfies the conditions necessary to establish its authenticity;
2. in the case of a judgment given in default, the original or a certified true copy of the document which establishes that the party in default was served with the document instituting the proceedings.

Article 47

A party applying for enforcement shall also produce:

1. documents which establish that, according to the law of the State in which it has been given, the judgment is enforceable and has been served;
2. where appropriate, a document showing that the applicant is in receipt of legal aid in the State in which the judgment was given.

Article 48

If the documents specified in Articles 46 (2) and 47 (2) are not produced, the court may specify a time for their production, accept equivalent documents or, if it considers that it has sufficient information before it, dispense with their production.

If the court so requires, a translation of the documents shall be produced; the translation shall be certified by a person qualified to do so in one of the Contracting States.

Article 49

No legalization or other similar formality shall be required in respect of the documents referred to in Article 46 or 47 or the second paragraph of Article 48, or in respect of a document appointing a representative *ad litem*.

TITLE IV

AUTHENTIC INSTRUMENTS AND COURT SETTLEMENTS

Article 50

A document which has been formally drawn up or registered as an authentic instrument and is

enforceable in one Contracting State shall, in another Contracting State, have an order for its enforcement issued there, on application made in accordance with the procedures provided for in Article 31 *et seq.* The application may be refused only if enforcement of the instrument is contrary to public policy in the State in which enforcement is sought.

The instrument produced must satisfy the conditions necessary to establish its authenticity in the State of origin.

The provisions of Section 3 of Title III shall apply as appropriate.

Article 51

A settlement which has been approved by a court in the course of proceedings and is enforceable in the State in which it was concluded shall be enforceable in the State in which enforcement is sought under the same conditions as authentic instruments.

TITLE V GENERAL PROVISIONS

Article 52

In order to determine whether a party is domiciled in the Contracting State whose courts are seised of the matter, the court shall apply its internal law.

If a party is not domiciled in the State whose courts are seised of the matter, then, in order to determine whether the party is domiciled in another Contracting State, the court shall apply the law of that State.

The domicile of a party shall, however, be determined in accordance with his national law if, by that law, his domicile depends on that of another person or on the seat of an authority.

Article 53

For the purposes of this Convention, the seat of a company or other legal person or association of natural or legal persons shall be treated as its domicile. However, in order to determine that seat, the court shall apply its rules of private international law.

TITLE VI TRANSITIONAL PROVISIONS

Article 54

The provisions of this Convention shall apply only to legal proceedings instituted and to documents

formally drawn up or registered as authentic instruments after its entry into force.

However, judgments given after the date of entry into force of this Convention in proceedings instituted before that date shall be recognized and enforced in accordance with the provisions of Title III if jurisdiction was founded upon rules which accorded with those provided for either in Title II of this Convention or in a convention concluded between the State of origin and the State addressed which was in force when the proceedings were instituted.

TITLE VII

RELATIONSHIP TO OTHER CONVENTIONS

Article 55

Subject to the provisions of the second paragraph of Article 54, and of Article 56, this Convention shall, for the States which are parties to it, supersede the following conventions concluded between two or more of them:

- the Convention between Belgium and France on jurisdiction and the validity and enforcement of judgments, arbitration awards and authentic instruments, signed at Paris on 8 July 1899,
- the Convention between Belgium and the Netherlands on jurisdiction, bankruptcy, and the validity and enforcement of judgments, arbitration awards and authentic instruments, signed at Brussels on 28 March 1925,
- the Convention between France and Italy on the enforcement of judgments in civil and commercial matters, signed at Rome on 3 June 1930,
- the Convention between Germany and Italy on the recognition and enforcement of judgments in civil and commercial matters, signed at Rome on 9 March 1936,
- the Convention between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Belgium on the mutual recognition and enforcement of judgments, arbitration awards and authentic instruments in civil and commercial matters, signed at Bonn on 30 June 1958,
- the Convention between the Kingdom of the Netherlands and the Italian Republic on the recognition and enforcement of judgments in civil and commercial matters, signed at Rome on 17 April 1959,
- the Convention between the Kingdom of Belgium and the Italian Republic on the recognition and enforcement of judgments and other enforceable

instruments in civil and commercial matters,
signed at Rome on 6 April 1962,

- the Convention between the Kingdom of the Netherlands and the Federal Republic of Germany on the mutual recognition and enforcement of judgments and other enforceable instruments in civil and commercial matters, signed at The Hague on 30 August 1962,

and, in so far as it is in force:

- the Treaty between Belgium, the Netherlands and Luxembourg on jurisdiction, bankruptcy, and the validity and enforcement of judgments, arbitration awards and authentic instruments, signed at Brussels on 24 November 1961.

Article 56

The Treaty and the conventions referred to in Article 55 shall continue to have effect in relation to matters to which this Convention does not apply.

They shall continue to have effect in respect of judgments given and documents formally drawn up or registered as authentic instruments before the entry into force of this Convention.

Article 57

This Convention shall not affect any conventions to which the Contracting States are or will be parties and which, in relation to particular matters, govern jurisdiction and the recognition and enforcement of judgments.

Article 58

This Convention shall not affect the rights granted to Swiss nationals by the Convention concluded on 15 June 1869 between France and the Swiss Confederation on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil matters.

Article 59

This Convention shall not prevent a Contracting State from assuming, in a convention on the recognition and enforcement of judgments, an obligation towards a third State not to recognize judgments given in other Contracting States against defendants domiciled or habitually resident in the third State where, in cases provided for in Article 4, the judgment could only be founded on a ground of jurisdiction specified in the second paragraph of Article 3.

TITLE VIII

FINAL PROVISIONS

Article 60

This Convention shall apply to the European territories of the Contracting States, to the French overseas departments and to the French overseas territories.

The Kingdom of the Netherlands may declare at the time of signing or ratifying this Convention or at any later time, by notifying the Secretary-General of the Council of the European Communities, that this Convention shall be applicable to Surinam and the Netherlands Antilles. In the absence of such declaration with respect to the Netherlands Antilles, proceedings taking place in the European territory of the Kingdom as a result of an appeal in cassation from the judgment of a court in the Netherlands Antilles shall be deemed to be proceedings taking place in the latter court.

Article 61

This Convention shall be ratified by the signatory States. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the Council of the European Communities.

Article 62

This Convention shall enter into force on the first day of the third month following the deposit of the instrument of ratification by the last signatory State to take this step.

Article 63

The Contracting States recognize that any State which becomes a member of the European Economic Community shall be required to accept this Convention as a basis for the negotiations between the Contracting States and that State necessary to ensure the implementation of the last paragraph of Article 220 of the Treaty establishing the European Economic Community.

The necessary adjustments may be the subject of a special convention between the Contracting States of the one part and the new Member State of the other part.

Article 64

The Secretary-General of the Council of the European Communities shall notify the signatory States of:

- (a) the deposit of each instrument of ratification;
- (b) the date of entry into force of this Convention;
- (c) any declaration received pursuant to the second paragraph of Article 60;
- (d) any declaration received pursuant to Article IV of the Protocol;
- (e) any communication made pursuant to Article VI of the Protocol.

Article 65

The Protocol annexed to this Convention by common accord of the Contracting States shall form an integral part thereof.

Article 66

This Convention is concluded for an unlimited period.

Article 67

Any Contracting State may request the revision of this Convention. In this event, a revision conference shall be convened by the President of the Council of the European Communities.

Article 68

This Convention, drawn up in a single original in the Dutch, French, German and Italian languages, all four texts being equally authentic, shall be deposited in the archives of the Secretariat of the Council of the European Communities. The Secretary-General shall transmit a certified copy to the Government of each signatory State.

In witness whereof, the undersigned Plenipotentiaries have signed this Convention.

Done at Brussels this twenty-seventh day of September in the year one thousand nine hundred and sixty-eight.

For His Majesty the King of the Belgians,

Pierre HARMEL

For the President of the Federal Republic of Germany,

Willy BRANDT

For the President of the French Republic,

Michel DEBRÉ

For the President of the Italian Republic,

Giuseppe MEDICI

For His Royal Highness the Grand Duke of Luxembourg,

Pierre GRÉGOIRE

For Her Majesty the Queen of the Netherlands,

J.M.A.H. LUNS

PROTOCOL

The High Contracting Parties have agreed upon the following provisions, which shall be annexed to the Convention:

Article I

Any person domiciled in Luxembourg who is sued in a court of another Contracting State pursuant to Article 5 (1) may refuse to submit to the jurisdiction of that court. If the defendant does not enter an appearance the court shall declare of its own motion that it has no jurisdiction.

An agreement conferring jurisdiction, within the meaning of Article 17, shall be valid with respect of a person domiciled in Luxembourg only if that person has expressly and specifically so agreed.

Article II

Without prejudice to any more favourable provisions of national laws, persons domiciled in a Contracting State who are being prosecuted in the criminal courts of another Contracting State of which they are not nationals for an offence which was not intentionally committed may be defended by persons qualified to do so, even if they do not appear in person.

However, the court seised of the matter may order appearance in person; in the case of failure to appear, a judgment given in the civil action without the person concerned having had the opportunity to arrange for his defence need not be recognized or enforced in the other Contracting States.

Article III

In proceedings for the issue of an order for enforcement, no charge, duty or fee calculated by reference to the value of the matter in issue may be levied in the State in which enforcement is sought.

Article IV

Judicial and extrajudicial documents drawn up in one Contracting State which have to be served on persons in another Contracting State shall be transmitted in accordance with the procedures laid down in the

conventions and agreements concluded between the Contracting States.

Unless the State in which service is to take place objects by declaration to the Secretary-General of the Council of the European Communities, such documents may also be sent by the appropriate public officers of the State in which the document has been drawn up directly to the appropriate public officers of the State in which the addressee is to be found. In this case the officer of the State of origin shall send a copy of the document to the officer of the State addressed who is competent to forward it to the addressee. The document shall be forwarded in the manner specified by the law of the State addressed. The forwarding shall be recorded by a certificate sent directly to the officer of the State of origin.

Article V

The jurisdiction specified in Articles 6 (2) and 10 in actions on a warranty or guarantee or in any other third party proceedings may not be resorted to in the Federal Republic of Germany. In that State, any person domiciled in another Contracting State may be sued in the courts in pursuance of Articles 68, 72, 73 and 74 of the code of civil procedure (*Zivilprozeßordnung*) concerning third-party notices.

Judgments given in the other Contracting States by virtue of Article 6 (2) or 10 shall be recognized and enforced in the Federal Republic of Germany in accordance with Title III. Any effects which judgments given in that State may have on third parties by application of Articles 68, 72, 73 and 74 of the code of civil procedure (*Zivilprozeßordnung*) shall also be recognized in the other Contracting States.

Article VI

The Contracting States shall communicate to the Secretary-General of the Council of the European Communities the text of any provisions of their laws which amend either those articles of their laws mentioned in the Convention or the lists of courts specified in Section 2 of Title III of the Convention.

In witness whereof, the undersigned Plenipotentiaries have signed this Protocol.

Done at Brussels this twenty-seventh day of September in the year one thousand nine hundred and sixty-eight.

For His Majesty the King of the Belgians,

Pierre HARMEL

For the President of the Federal Republic of Germany,

Willy BRANDT

For the President of the French Republic,

Michel DEBRÉ

For the President of the Italian Republic,

Giuseppe MEDICI

For His Royal Highness the Grand Duke of Luxembourg,

Pierre GRÉGOIRE

For Her Majesty the Queen of the Netherlands,

J.M.A.H. LUNS

JOINT DECLARATION

The Governments of the Kingdom of Belgium, the Federal Republic of Germany, the French Republic, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg and the Kingdom of the Netherlands,

On signing the Convention on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters,

Desiring to ensure that the Convention is applied as effectively as possible,

Anxious to prevent differences of interpretation of the Convention from impairing its unifying effect,

Recognizing that claims and disclaimers of jurisdiction may arise in the application of the Convention,

Declare themselves ready:

1. to study these questions and in particular to examine the possibility of conferring jurisdiction in certain matters on the Court of Justice of the European Communities and, if necessary, to negotiate an agreement to this effect;
2. To arrange meetings at regular intervals between their representatives.

In witness whereof, the undersigned Plenipotentiaries have signed this Joint Declaration.

Done at Brussels this twenty-seventh day of September in the year one thousand nine hundred and sixty-eight.

Pierre HARMEL

Willy BRANDT

Michel DEBRÉ

Giuseppe MEDICI

Pierre GRÉGOIRE

J.M.A.H. LUNS

PROTOCOL

**on the interpretation by the Court of Justice of the Convention of 27 September 1968
on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters**

**THE HIGH CONTRACTING PARTIES TO THE TREATY ESTABLISHING THE
EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY,**

Having regard to the Declaration annexed to the Convention on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters, signed at Brussels on 27 September 1968,

Have decided to conclude a Protocol conferring jurisdiction on the Court of Justice of the European Communities to interpret that Convention, and to this end have designated as their Plenipotentiaries:

HIS MAJESTY THE KING OF THE BELGIANS:

Mr Alfons VRANCKX,
Minister of Justice;

THE PRESIDENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:

Mr Gerhard JAHN,
Federal Minister of Justice;

THE PRESIDENT OF THE FRENCH REPUBLIC:

Mr René PLEVEN,
Keeper of the Seals,
Minister of Justice;

THE PRESIDENT OF THE ITALIAN REPUBLIC:

Mr Erminio PENNACCHINI,
Under-Secretary of State in the Ministry of Justice;

HIS ROYAL HIGHNESS THE GRAND DUKE OF LUXEMBOURG:

Mr Eugène SCHAUS,
Minister of Justice,
Deputy Prime Minister;

HER MAJESTY THE QUEEN OF THE NETHERLANDS:

Mr C.H.F. POLAK,
Minister of Justice;

WHO, meeting within the Council, having exchanged their Full Powers, found in good and due form,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

The Court of Justice of the European Communities shall have jurisdiction to give rulings on the interpretation of the Convention on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters and of the Protocol annexed to that Convention, signed at Brussels on 27 September 1968, and also on the interpretation of the present Protocol.

Article 2

The following courts may request the Court of Justice to give preliminary rulings on questions of interpretation:

1. in Belgium: la Cour de Cassation — het Hof van Cassatie and le Conseil d'État — de Raad van State,
in the Federal Republic of Germany: die obersten Gerichtshöfe des Bundes,
in France: la Cour de Cassation and le Conseil d'État,
in Italy: la Corte Suprema di Cassazione,
in Luxembourg: la Cour supérieure de Justice, when sitting as Cour de Cassation,
in the Netherlands: de Hoge Raad;
2. the courts of the Contracting States when they are sitting in an appellate capacity;
3. in the cases provided for in Article 37 of the Convention, the courts referred to in that Article.

Article 3

1. Where a question of interpretation of the Convention or of one of the other instruments referred to in Article 1 is raised in a case pending before one of the courts listed in Article 2 (1), that court shall, if it considers that a decision on the question is necessary to enable it to give judgment, request the Court of Justice to give a ruling thereon.
2. Where such a question is raised before any court referred to in Article 2 (2) or (3), that court may, under the conditions laid down in paragraph 1, request the Court of Justice to give a ruling thereon.

Article 4

1. The competent authority of a Contracting State may request the Court of Justice to give a ruling on a question of interpretation of the Convention or of one of the other instruments referred to in Article 1 if judgments given by courts of that State conflict with

the interpretation given either by the Court of Justice or in a judgment of one of the courts of another Contracting State referred to in Article 2 (1) or (2). The provisions of this paragraph shall apply only to judgments which have been *res judicata*.

2. The interpretation given by the Court of Justice in response to such a request shall not affect the judgments which gave rise to the request for interpretation.
3. The Procurators-General of the Courts of Cassation of the Contracting States, or any other authority designated by a Contracting State, shall be entitled to request the Court of Justice for a ruling on interpretation in accordance with paragraph 1.
4. The Registrar of the Court of Justice shall give notice of the request to the Contracting States, to the Commission and to the Council of the European Communities; they shall then be entitled within two months of the notification to submit statements of case or written observations to the Court.
5. No fees shall be levied or any costs or expenses awarded in respect of the proceedings provided for in this Article.

Article 5

1. Except where this Protocol otherwise provides, the provisions of the Treaty establishing the European Economic Community and those of the Protocol on the Statute of the Court of Justice annexed thereto, which are applicable when the Court is requested to give a preliminary ruling, shall also apply to any proceedings for the interpretation of the Convention and the other instruments referred to in Article 1.
2. The Rules of Procedure of the Court of Justice shall, if necessary, be adjusted and supplemented in accordance with Article 188 of the Treaty establishing the European Economic Community.

Article 6

This Protocol shall apply to the European territories of the Contracting States, to the French overseas departments and to the French overseas territories.

The Kingdom of the Netherlands may declare at the time of signing or ratifying this Protocol or at any later time, by notifying the Secretary-General of the Council of the European Communities, that this Protocol shall be applicable to Surinam and the Netherlands Antilles.

Article 7

This Protocol shall be ratified by the signatory States. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the Council of the European Communities.

Article 8

This Protocol shall enter into force on the first day of the third month following the deposit of the instrument of ratification by the last signatory State to take this step; provided that it shall at the earliest enter into force at the same time as the Convention of 27 September 1968 on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters.

Article 9

The Contracting States recognize that any State which becomes a member of the European Economic Community, and to which Article 63 of the Convention on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters applies, must accept the provisions of this Protocol, subject to such adjustments as may be required.

Article 10

The Secretary-General of the Council of the European Communities shall notify the signatory States of:

- (a) the deposit of each instrument of ratification;
- (b) the date of entry into force of this Protocol;

- (c) any designation received pursuant to Article 4 (3);
- (d) any declaration received pursuant to the second paragraph of Article 6.

Article 11

The Contracting States shall communicate to the Secretary-General of the Council of the European Communities the texts of any provisions of their laws which necessitate an amendment to the list of courts in Article 2 (1).

Article 12

This Protocol is concluded for an unlimited period.

Article 13

Any Contracting State may request the revision of this Protocol. In this event, a revision conference shall be convened by the President of the Council of the European Communities.

Article 14

This Protocol, drawn up in a single original in the Dutch, French, German and Italian languages, all four texts being equally authentic, shall be deposited in the archives of the Secretariat of the Council of the European Communities. The Secretary-General shall transmit a certified copy to the Government of each signatory State.

In witness whereof, the undersigned Plenipotentiaries have signed this Protocol.

Done at Luxembourg this third day of June in the year one thousand nine hundred and seventy-one.

For His Majesty the King of the Belgians,

Alfons VRANCKX

For the President of the Federal Republic of Germany,

Gerhard JAHN

For the President of the French Republic,

René PLEVEN

For the President of the Italian Republic,

Erminio PENNACCHINI

For His Royal Highness the Grand Duke of Luxembourg,

Eugène SCHAUS

For Her Majesty the Queen of the Netherlands,

C.H.F. POLAK

JOINT DECLARATION

The Governments of the Kingdom of Belgium, the Federal Republic of Germany, the French Republic, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg and the Kingdom of the Netherlands,

On signing the Protocol on the Interpretation by the Court of Justice of the Convention of 27 September 1968 on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters,

Desiring to ensure that the provisions of that Protocol are applied as effectively and as uniformly as possible,

Declare themselves ready to organize, in cooperation with the Court of Justice, an exchange of information on the judgments given by the courts referred to in Article 2 (1) of that Protocol in application of the Convention and the Protocol of 27 September 1968.

In witness whereof, the undersigned Plenipotentiaries have signed this Joint Declaration.

Done at Luxembourg this third day of June in the year one thousand nine hundred and seventy-one.

For His Majesty the King of the Belgians,

Alfons VRANCKX

For the President of the Federal Republic of Germany,

Gerhard JAHN

For the President of the French Republic,

René PLEVEN

For the President of the Italian Republic,

Erminio PENNACCHINI

For His Royal Highness the Grand Duke of Luxembourg,

Eugène SCHAUS

For Her Majesty the Queen of the Netherlands,

C.H.F. POLAK

COINBHINSIÚN

ar dhlínse agus ar fhorghníomhú breithiúnas in ábhair shibhialta agus tráchtála

BROLLACH

TÁ NA hARDPHÁIRTITHE CONARTHACHA SA CHONRADH AG BUNÚ CHOMH-
PHOBAL EACNAMAÍOCHTA NA hEORPA,

Ós mian leo go gcuirfear i ngníomh na forálacha in Airteagal 220 den Chonradh sin ar ghabh siad orthu féin dá mbua a áirithint go simpleofaí na foirmiúlachtaí a bhaineann le breithiúnais ó chúirteanna nó ó bhinsí a aithint agus a fhorghníomhú go cómhalartach;

Ós é a miangas go neartófar sa Chomhphobal an chosaint dhlíthiúil ar dhaoine atá bunaithe ann;

De bhrí gur gá chun na críche sin dlínse idirnáisiúnta a gcúirteanna a chinneadh, aithint a éascú agus nós imeachta gasta a thabhairt isteach chun a áirithint go bhforghníomhófar breithiúnais, ionstraimí barántúla agus socraíochtaí cúirte;

Tar éis cinneadh ar an gCoinbhinsiún seo a chur i gcrích agus chuige sin tar éis na daoine seo a leanas a cheapadh mar Lánchumhachtaigh:

A SHOILSE RÍ NA mBEILGEACH:

M. Pierre HARMEL,
Aire Gnóthaí Eachtracha;

UACHTARÁN PHOBLACHT CHÓNAIDHME NA GEARMÁINE:

M. Willy BRANDT,
Leas-Seansailéir, Aire Gnóthaí Eachtracha;

UACHTARÁN PHOBLACHT NA FRAINCE:

M. Michel DEBRÉ,
Aire Gnóthaí Eachtracha;

UACHTARÁN PHOBLACHT NA hIODÁILE:

M. Giuseppe MEDICI,
Aire Gnóthaí Eachtracha;

A MHÓRGACHT RÍOGA ARD-DIÚC LUCSAMBURG:

M. Pierre GRÉGOIRE,
Aire Gnóthaí Eachtracha;

A SOILSE BANRÍON NA HÍSILTÍRE:

M. J.M.A.H. LUNS,
Aire Gnóthaí Eachtracha;

NOCH A RINNE, i dtionól na Comhairle, tar éis dóibh a Lánchumhachtaí, agus iad i bhfoirm cheart chuí, a thabhairt ar aird dá chéile,

COMHAONTÚ MAR A LEANAS:

TEIDEAL I

RAON FEIDHME

Airteagal 1

Beidh feidhm leis an gCoinbhinsiún seo in ábhair shibhialta agus tráchtála, cibé cineál cúirte nó binse a bheidh i gceist.

Eisiatar ó fheidhm an Choinbhinsiúin:

1. stádas nó inniúlacht dhlíthiúil daoine nádúrtha, maoin-chearta de bhua cóngais phósta, uachtanna agus comharbais;
2. féimheacht, imeachtaí maidir le foirceannadh cuideachtaí dócmhainneacha nó daoine dlítheana-cha eile atá dócmhainneach, comhshocraíochtaí breithiúnacha, imshocraíochtaí agus imeachtaí cosúil leo sin;
3. slándáil shóisialta;
4. eadráin.

TEIDEAL II

DLÍNSE

Roinn I

Forálacha Ginearálta

Airteagal 2

Faoi réir forálacha an Choinbhinsiúin seo, beidh daoine a bhfuil sainchónaí orthu i Stát Conarthach inagartha, cibé náisiúntacht atá acu, i gcúirteanna an Stáit sin.

Daoine nach náisiúnaigh den Stát ina bhfuil sainchónaí orthu, beidh siad faoi rialú ag na rialacha dlínse a bhaineann le náisiúnaigh an Stáit sin.

Airteagal 3

Daoine a bhfuil sainchónaí orthu i Stát Conarthach, ní féidir iad a agairt i gcúirteanna Stáit

Chonarthaigh eile ach amháin de bhua na rialacha atá leagtha síos i Ranna 2 go 6 den Teideal seo.

Go háirithe, ní bheidh na forálacha seo a leanas infheidhme ina gcoinne:

- sa Bheilg: Airteagal 15 den chód sibhialta (*Code civil*), nó forálacha Airteagal 52, 52 *bis* agus 53 de Dhlí an 25 Márta 1976 ar ghlínse (*loi sur la compétence*);
- i bPoblacht Chónaidhme na Gearmáine: Airteagal 23 de chód an nós imeachta shibhialta (*Zivilprozessordnung*);
- sa Fhrainc: Airteagail 14 agus 15 den chód sibhialta (*Code civil*);
- san Iodáil: Airteagal 2 agus Airteagal 4, Uimh. 1 agus 2, de chód an nós imeachta shibhialta (*Codice di procedura civile*);
- i Lucsamburg: Airteagail 14 agus 15 den chód sibhialta (*Code civil*);
- san Ísiltír: Airteagal 126 (3) agus Airteagal 127 de chód an nós imeachta shibhialta (*Wetboek van Burgerlijke Rechtsvordering*).

Airteagal 4

Mura bhfuil sainchónaí i Stát Conarthach ar an gcosantóir, rialófar dlínse na gcúirteanna i ngach Stát Conarthach de réir dlí an Stáit sin, faoi réir forálacha Airteagal 16.

Aon duine a bhfuil sainchónaí air i Stát Conarthach, cibé náisiúntacht atá aige, féadfaidh sé, ar nós náisiúnaigh an Stáit sin, leas a bhaint sa Stát sin, i gcoinne an chosantóra sin, as na rialacha dlínse atá i bhfeidhm ann agus go háirithe as na cinn a fhoráiltear sa dara mír d'Airteagal 3.

Roinn 2

Dlínse speisialta

Airteagal 5

Duine a bhfuil sainchónaí air i Stát Conarthach, féadfar é a agairt, i Stát Conarthach eile:

1. in ábhair a bhaineann le Conradh, sna cúirteanna don áit i gcomhair chomhlíonadh na hoibleagáide áirithe;
2. in ábhair a bhaineann le cothabháil, sna cúirteanna don áit ina bhfuil sainchónaí nó gnáthchónaí ar an gcreidiúnaí cothabhála;
3. in ábhair a bhaineann le tort, míghníomh nó samhail mhíghníomh, sna cúirteanna don áit inar tharla an teagmhas díobhálach;
4. i gcás éileamh sibhialta chun damáistí nó aisíocaíocht a ghnóthú mar gheall ar shárú ba shiocair le himeachtaí coiriúla, sa chúirt ar tugadh na himeachtaí sin faoina bráid, sa mhéid go bhfuil dlínse ag an gcúirt sin faoina dlí féin glacadh le himeachtaí sibhialta;
5. i gcás díospóide a éiríonn as oibríochtaí brainse nó gníomhaireachta nó bunáíochta eile, sna cúirteanna don áit ina bhfuil an brainse, an gníomhaireacht nó an bhunaíocht eile.

Airteagal 6

Féadfar duine a bhfuil sainchónaí air i Stát Conarthach a agairt freisin:

1. más duine de líon cosantóirí é, sna cúirteanna don áit a bhfuil sainchónaí ar dhuine ar bith díobh;
2. mar thríú páirtí i gcaingean ar bharántas nó ráthaíocht nó in aon imeachtaí eile tríú páirtí, sa chúirt inar tionscnaíodh na himeachtaí bunaidh, mura rud é gur tionscnaíodh iad sin d'aontoisc chun é a thabhairt amach as dlínse na cúirte ab iomchuí ina chás;
3. i gcás frithéilimh a thig den chonradh céanna nó de na fíorais chéanna ab fhoras don éileamh bunaidh, sa chúirt ina bhfuil an t-éileamh bunaidh ar feitheamh.

Roinn 3

Dlínse in ábhair a bhaineann le hárachas

Airteagal 7

In ábhair a bhaineann le hárachas, cinnfear dlínse de réir na Roinne seo, gan dochar d'fhorálacha Airteagail 4 agus 5 (5).

Airteagal 8

Féadfar árachóir ar a bhfuil sainchónaí i Stát Conarthach a agairt i gcúirteanna an Stáit sin, nó i Stát Conarthach eile sna cúirteanna don áit a bhfuil sainchónaí ar shealbhóir an pholasaí, nó, i gcás breis is árachóir amháin a bheith ina gcosantóirí, i gcúirteanna an Stáit Chonarthach ina bhfuil sainchónaí ar dhuine díobh.

Má fhoráiltear don dlínse sin i ndlí na cúirte ar tugadh an t-ábhar faoina bráid, féadfar mar an gcéanna árachóir a agairt, i Stát Conarthach seachas an ceann a bhfuil a shainchónaí ann, sna cúirteanna don áit a bhfuil sainchónaí ar an ngníomhaire a rinne idirghabháil chun an Conradh árachais a thabhairt i gcrích, ar an gcoinníoll go luaitear an sainchónaí sin sa pholasaí árachais nó sa tairiscint ina leith.

Árachóir nach bhfuil sainchónaí air i Stát Conarthach ach a bhfuil brainse nó gníomhaireacht aige i gceann de na Stáit Chonarthacha, measfar, i gcás díospóidí maidir le hoibríochtaí an bhbrainse nó na gníomhaireachta sin, sainchónaí a bheith air sa Stát sin.

Airteagal 9

Féadfar fairis sin an t-árachóir a agairt sna cúirteanna don áit inar tharla an teagmhas díobhálach más é a bhíonn i gceist árachas i leith dliteanais nó árachas ar mhaoin dhochorraithe. Is é an dála chéanna é má chumhdaítear maoin shochorraithe agus maoin dhochorraithe leis an bpolasaí céanna árachais agus go dtéann an teagmhas céanna chun dochair dóibh araon.

Airteagal 10

I gcás árachais i leith dliteanais, féadfar mar an gcéanna, má cheadaíonn dlí na cúirte é, an t-árachóir a uamadh in imeachtaí a thionscain an duine díobhálaithe i gcoinne an árachais.

Beidh feidhm le forálacha Airteagail 7, 8 agus 9 i gcás caingne a thionscain an duine díobhálaithe go díreach i gcoinne an árachóra, má cheadaítear na caingne díreacha sin.

Má fhoráiltear an dlí maidir leis na caingne díreacha sin go bhféadfar sealbhóir an pholasaí nó an t-árachais a uamadh mar pháirtí sa chaingean, beidh dlínse ag an gcúirt chéanna ina leith.

Airteagal 11

Gan dochar d'fhorálacha an tríú mír d'Airteagal 10, ní féidir leis an árachóir imeachtaí a thionscnamh ach amháin i gcúirteanna an Stáit Chonarthach ina bhfuil sainchónaí ar an gcosantóir, cibé acu sealbhóir an pholasaí, nó an t-árachais nó tairbhí é.

Ní dhéanfaidh forálacha na Roinne seo difear don cheart chun frithéileamh a thabhairt sa chúirt ina bhfuil an t-éileamh bunaidh ar feitheamh, de réir na Roinne seo.

Airteagal 12

Ní féidir imeacht ó fhorálacha na Roinne seo ach amháin trí chomhaontú:

1. a dhéanfar tar éis díospóid a theacht ar barr; nó

2. a cheadóidh do shealbhóir an pholasaí, don áracháí nó do thairbhí imeachtaí a thionscnamh i gcúirteanna seachas na cinn a luaitear sa Roinn seo; nó
3. a chuirfear i gcrích idir sealbhóir polasaí agus árachóir, a bhfuil sainchónaí orthu araon sa Stát Conarthach céanna, agus arb é is éifeacht dó dlínse a thabhairt do chúirteanna an Stáit sin fiú i gcás an teagmhas díobhálach a tharlú ar an gcoigrích, ar an gcoinníoll nach bhfuil an comhaontú sin contrártha do dhlí an Stáit sin.

Roinn 4

Dlínse in ábhair a bhaineann le díolacháin agus iasachtaí ina dtráthchodanna

Airteagal 13

In ábhair a bhaineann le hearraí a dhíol ar théarmaí creidmhease tráthchoda, nó le hiasachtaí a tugadh go sainráite chun díolachán earraí a mhaoiniú agus is inaisíoctha ina dtráthchodanna, cinnfear dlínse de réir na Roinne seo, gan dochar d'fhorálacha Airteagail 4 agus 5 (5).

Airteagal 14

Féadfar díoltóir nó iasachtóir a bhfuil sainchónaí air i Stát Conarthach a agairt i gcúirteanna an Stáit sin nó i gcúirteanna an Stáit Chonarthaigh in bhfuil sainchónaí ar an gceannaitheoir nó ar an iasachtaí.

Ní féidir le díoltóir imeachtaí a thabhairt i gcoinne ceannaitheora ná le hiasachtóir imeachtaí a thabhairt i gcoinne iasachtaí ach amháin i gcúirteanna an Stáit ina bhfuil sainchónaí ar an gcosantóir.

Ní dhéanfaidh na forálacha seo difear don cheart chun frithéileamh a thabhairt sa chúirt ina bhfuil an t-éileamh bunaidh ar feitheamh, de réir na Roinne seo.

Airteagal 15

Ní féidir imeacht ó fhorálacha na Roinne seo ach amháin trí chomhaontú;

1. a dhéanfar tar éis an díospóid a theacht ar barr; nó
2. a cheadóidh don cheannaitheoir nó don iasachtaí imeachtaí a thionscnamh i gcúirteanna seachas na cinn a luaitear sa Roinn seo; nó
3. a chuirfear i gcrích idir ceannaitheoir agus díoltóir nó idir iasachtaí agus iasachtóir, a bhfuil sainchónaí nó gnáthchónaí orthu araon sa Stát

Conarthach céanna, agus a thabharfaidh dlínse do chúirteanna an Stáit sin, ar an gcoinníoll nach bhfuil an comhaontú sin contrártha do dhlí an Stáit sin.

Roinn 5

Dlínse eisiatach

Airteagal 16

Beidh dlínse eisiatach ag na cúirteanna seo a leanas, ar neamhchead do shainchónaí:

1. in imeachtaí arb é is cuspóir dóibh cearta *in rem*, nó tionóntachtaí, ar mhaoin dhochorraithe, cúirteanna an Stáit Chonarthaigh ina bhfuil an mhaoin;
2. in imeachtaí arb é is cuspóir dóibh bailíocht chomhdhéanamh, neamhniú nó díscáoileadh cuideachtaí nó daoine dlítheanacha eile nó comhlachas de dhaoine nádúrtha nó dlítheanacha, nó cinní a thug orgáin dá gcuid, cúirteanna an Stáit Chonarthaigh ina bhfuil suíomh na cuideachta, an duine dhlítheanaigh nó an chomhlachais;
3. in imeachtaí arb é is cuspóir dóibh bailíocht taifead i gcláir phoiblí, cúirteanna an Stáit Chonarthaigh ina bhfuil an clár á choimeád;
4. in imeachtaí a bhaineann le clárú nó le bailíocht paitinní, trádmharcanna, dearthaí, nó le cearta eile dá leithéid sin is gá a thaisceadh nó a chlárú, cúirteanna an Stáit Chonarthaigh inar iarradh an taisceadh nó an clárú, nó arb ann a rinneadh nó a mheastar faoi théarmaí coinbhinsiúin idirnáisiúnta go ndearnadh é;
5. in imeachtaí a bhaineann le breithiúnais a fhorghníomhú, cúirteanna an Stáit Chonarthaigh ina ndearnadh, nó in ndéanfar, an breithiúnas a fhorghníomhú.

Roinn 6

Dlínse a iarchur

Airteagal 17

Más rud é, trí chomhaontú i scríbhinn nó trí chomhaontú ó bhéal arna fhianú i scríbhinn, go ndearna na páirtithe, a bhfuil sainchónaí ar pháirtí nó páirtithe díobh i Stát Conarthach, comhaontú chun dlínse a bheith ag cúirt nó cúirteanna de chuid Stáit Chonarthaigh aon díospóidí a réiteach a tharla nó a tharlódh i ndáil le comhbhaint dhlíthiúil áirithe, beidh dlínse eisiatach ag an gcúirt nó ag na cúirteanna sin.

Ní bheidh aon éifeacht dhlíthiúil le comhaontuithe chun dlínse a thabhairt má bhíonn siad contrártha d'fhorálacha Airteagail 12 nó 15 nó má bhíonn dlínse

eisiatach de bhua Airteagal 16 ag na cúirteanna a n-airbheartaíonn siad iad a chur ó dhlínse.

Más ar mhaithe le haon cheann amháin de na páirtithe a rinneadh an comhantú chun dlínse a thabhairt, beidh ag an bpáirtí sin i gcónaí an ceart chun imeachtaí a thabhairt in aon chúirt eile a bhfuil dlínse aici de bhua an Choinbhinsiúin seo.

Airteagal 18

Amach ó na cásanna ina bhfuil dlínse aici de bhua forálacha eile den Choinbhinsiún seo, beidh dlínse ag cúirt Stáit Chonarthaigh a dtaifeadfaidh cosantóir láithreas os a comhair. Ní bheidh feidhm leis an riail seo más conspóid na dlínse ba chuspóir don láithreas a thaifeadadh, nó má bhíonn dlínse eisiatach ag cúirt eile ann de bhua Airteagal 16.

Roinn 7

Fíorú ar dhlínse agus ar inghlacthacht

Airteagal 19

Cúirt de chuid Stáit Chonarthaigh a dtabharfar os a comhair éileamh a bhaineann go príomha le hábhar a bhfuil dlínse eisiatach ina leith ag cúirteanna Stáit Chonarthaigh eile de bhua Airteagal 16, dearbhóidh sí as a treoir féin nach bhfuil aon dlínse aici.

Airteagal 20

Má dhéantar cosantóir a bhfuil sainchónaí air i Stát Conarthach amháin a agairt i gcúirt de chuid Stáit Chonarthaigh eile agus nach dtaifeadfaidh sé láithreas, dearbhóidh an chúirt as a treoir féin nach bhfuil aon dlínse aici mura bhfuil dlínse aici atá bunaithe ar fhorálacha an Choinbhinsiúin seo.

Cuirfidh an chúirt bac ar na himeachtaí fad a bheifear gan a shuíomh go raibh caoi ag an gcosantóir doiciméad tionscanta na n-imeachtaí a fháil in am trátha chun socrú a dhéanamh é féin a chosaint, nó go ndearnadh gach dícheall chuig sin.

Cuirfear in ionad forálacha na míre roimhe seo forálacha Airteagal 15 de Choinbhinsiún na Háige dar dáta 15 Samhain 1965 ar sheirbheáil doiciméad dlíthiúil agus seachdlíthiúil in ábhair shibhialta nó tráchtála ar an gcoigrích, má ba ghá doiciméad tionscanta na n-imeachtaí, nó fógra ina dtaobh, a sheoladh amach ar an gcoigrích de réir an Choinbhinsiúin sin.

Roinn 8

Lis Pendens — Caingne gaolmhara

Airteagal 21

Má dhéantar imeachtaí leis an gcúis chéanna chaingne agus idir na páirtithe céanna a

thionscnamh i gcúirteanna Stát Conarthach éagsúil, dlífidh cúirt ar bith seachas an chéad chúirt ar tugadh os a comhair iad dlínse a dhiúltú, ar a treoir féin, i bhfabhar na chéad chúirte sin.

Cúirt a dhlífeadh dlínse a dhiúltú, féadfaidh sí bac a chur ar a himeachtaí má chonspóidtear dlínse na cúirte eile.

Airteagal 22

Má thionscnaítear caingne gaolmhara i gcúirteanna Stát Conarthach éagsúil, féadfaidh cúirt ar bith seachas an chéad chúirt ar tugadh os a comhair iad, le linn na caingne a bheidh ar feitheamh ar an gcéad chéim, bac a chur ar a himeachtaí.

Féadfaidh cúirt seachas an chéad chúirt ar tugadh na caingne os a comhair dlínse a dhiúltú freisin, ar iarratas ó cheann de na páirtithe, má cheadaíonn dlí na cúirte sin caingne gaolmhara a dhlúthú agus go bhfuil dlínse i leith an dá chaingean ag an gcéad chúirt ar tugadh os a comhair iad.

Chun críocha an Airteagail seo, meastar caingne a bheith gaolmhar má bhíonn baint chomh dlúth sin acu lena chéile go bhfuil sé fóirsteanach iad a éisteacht agus breith a thabhairt orthu i dteannta a chéile ionas go seachnófaí breithiúnais bunoscionn lena chéile mar ab fhéidir a theacht d'imeachtaí ar leithligh.

Airteagal 23

Má thagann caingne faoi dhlínse eisiatach cúirteanna éagsúla, dlífidh cúirt ar bith seachas an chéad chúirt ar tugadh os a comhair iad dlínse a dhiúltú i bhfabhar na chéad chúirte sin.

Roinn 9

Bearta sealadacha, lena n-áirítear bearta cosantacha

Airteagal 24

Féadfar cibé bearta sealadacha, lena n-áirítear bearta cosantacha, a bheidh ar fáil faoi dhlí Stáit Chonarthaigh a iarraidh ar chúirteanna an Stáit sin, fiú más rud é, faoin gCoinbhinsiún seo, go bhfuil dlínse ag cúirteanna Stáit Chonarthaigh eile maidir le substaint an ábhair.

TEIDEAL III

AITHINT AGUS FORGHNIOMHÚ

Airteagal 25

Chun críocha an Choinbhinsiúin seo, ciallaíonn 'breithiúnas' aon bhreithiúnas arna thabhairt ag

cúirt nó binse de chuid Stáit Chonarthaigh, cibé ainm a thugtar ar an mbreithiúnas, lena n-áirítear foraithe, ordú, cinneadh, nó eascaire fhorghníomhaithe, mar aon le cinneadh ar chostais nó caiteachais ag oifigeach den chúirt.

Roinn 1

Aithint

Airteagal 26

Gheobhaidh breithiúnas a tugadh i Stát Conarthach aithint sna Stáit Chonarthacha eile gan aon nós imeachta speisialta a bheith riachtanach chuige sin.

Aon pháirtí leasmhar a thabharfaidh aithint bhreithiúnais faoi thrácht mar phríomhshaincheist i gconspóid féadfaidh sé, de réir an nós imeachta dá bhforáiltear i Ranna 2 agus 3 den Teideal seo, iarratas a dhéanamh ar chinneadh go ndlitear an breithiúnas a aithint.

Má bhíonn toradh imeachtaí i gcúirt de chuid Stáit Chonarthaigh ag brath ar cheist theagmhasach aithinte a chinneadh beidh dlínse ag an gcúirt sin ar an gceist sin.

Airteagal 27

Ní aithneofar breithiúnas:

1. má bhíonn an aithint sin contrártha don ord poiblí sa Stát ina n-iarrtar an aithint;
2. más d'éagmais láithris a tugadh an breithiúnas, mura ndearnadh doiciméad tionscanta na n-imeachtaí, nó fógra ina dtaobh, a sheirbheáil go cuí ar an gcosantóir in am trátha chun socrú a dhéanamh é féin a chosaint;
3. má bhíonn an breithiúnas bunoscionn le breithiúnas a tugadh i ndíodpóid idir na páirtithe céanna sa Stát ina n-iarrtar an aithint;
4. má rinne cúirt an Stáit inar tugadh an breithiúnas, d'fhonn teacht ar a breithiúnas, réamhcheist maidir le stádas nó le hinniúlacht dhlíthiúil daoine nádúrtha, le maoin-chearta de thoradh cóngais phósta, le huachtanna nó le comharbas, a chinneadh ar dhóigh atá contrártha le riail de dhlí idirnáisiúnta príobháideach an Stáit ina n-iarrtar an aithint, mura rud é gurb é an toradh céanna a thiocthadh de rialacha dlí idirnáisiúnta príobháideach an Stáit sin a chur chun feidhme.

Airteagal 28

Ina theannta sin, ní aithneofar breithiúnas má bhíonn sé contrártha le forálacha alt 3, 4 nó 5 de Theideal II, ná i gcás dá bhforáiltear in Airteagal 59.

Nuair a bheidh na forais dlínse a luaitear sa mhír roimhe seo faoi bhreithniú aige nó aici, beidh an t-údarás nó an chúirt chun a ndearnadh an t-iarratas faoi cheangal ag na cinntí fórais a ndearna cúirt an Stáit inar tugadh an breithiúnas a dlínse a bhunú orthu.

Faoi réir forálacha na chéad mhíre, ní féidir dlínse chúirt an Stáit inar tugadh an breithiúnas a athbhreithniú; nó bheidh an fhoráil i dtaobh ord poiblí dá dtagraítear in Airteagal 27 (1) inchurtha chun feidhme ar na rialacha maidir le dlínse.

Airteagal 29

Ní féidir i gcás ar bith breithiúnas coigríche a aithbhreithniú ó thaobh a shubstainte.

Airteagal 30

Féadfaidh cúirt i Stát Conarthach ar a n-iarrfar aithint bhreithiúnais a tugadh i Stát Conarthach eile bac a chur ar na himeachtaí má taisceadh gnáthachomharc i gcoinne an bhreithiúnais sin.

Roinn 2

Forghníomhú

Airteagal 31

Déanfar breithiúnas a tugadh i Stát Conarthach agus is infhorghníomhaithe sa Stát sin a fhorghníomhú i Stát Conarthach eile nuair a bheidh, ar iarratas ó aon pháirtí leasmhar, ordú a fhorghníomhaithe eisithe sa Stát eile sin.

Airteagal 32

Is chucu seo a bheidh an t-iarratas le déanamh:

- sa Bheilg, an 'tribunal première instance' nó an 'rechtbank van eerste aanleg',
- i bPoblacht Chónaidhme na Gearmáine, uachtarán dlísheomra den 'Landgericht',
- sa Fhrainc, uachtarán an 'tribunal de grande instance',
- san Iodáil, an 'corte d'appello',
- i Lucsamburg, uachtarán an 'tribunal d'arrondissement',
- san Ísiltír, uachtarán an 'Arrondissementsrechtbank'.

Cinnfear dlínse cúirteanna áitiúla de réir na háite a bhfuil sainchónaí ar an bpáirtí a n-iarrtar

forghníomhú ina choinne. Mura bhfuil sainchónaí air sa Stát a n-iarrtar an forghníomhú ann, cinnfear í de réir áit an fhorghníomhaithe.

Airteagal 33

Is de réir dlí an Stáit a n-iarrtar forghníomhú ann a rialófar an nós imeachta maidir leis an iarratas a thaisceadh.

Ní foláir don iarratasóir seoladh a thabhairt le haghaidh seirbheála próise i limistéar dlínse na cúirte chun a ndéantar an t-iarratas. Ach más rud é nach bhforálann dlí an Stáit a n-iarrtar forghníomhú ann seoladh mar sin a bheith le tabhairt, ceapfaidh an t-iarratasóir ionadaí *ad litem*.

Ní foláir na doiciméid a luaitear in Airteagail 46 agus 47 a bheith i gceangal leis an iarratas.

Airteagal 34

Tabharfaidh an chúirt chun a ndéantar an t-iarratas a breith ar an iarratas gan mhoill; agus ní fhéadfaidh an páirtí a n-iarrtar forghníomhú ina choinne aon aighneachtaí a dhéanamh maidir leis an iarratas ag an gcéim seo de na himeachtaí.

Ní féidir diúltú don iarratas ach ar chúis dá bhforáiltear in Airteagail 27 agus 28.

Ní féidir i gcás ar bith an breithiúnas coigríche a athbheithniú ó thaobh a shubstainte.

Airteagal 35

Déanfaidh oifigeach iomchuí na cúirte, gan mhoill, an bhreith a tugadh ar an iarratas a chur in iúl don iarratasóir, de réir an nós imeachta a leagadh síos le dlí an Stáit a n-iarrtar forghníomhú ann.

Airteagal 36

Má údaraítear forghníomhú, féadfaidh an páirtí ar iarradh forghníomhú ina choinne achomharc a dhéanamh i gcoinne na breithe laistigh de mhí ó lá a seirbheála.

Má tá sainchónaí ar an bpáirtí sin i Stát Conarthach seachas an ceann inar tugadh an bhreith a d'údaraigh forghníomhú, beidh tréimhse dhá mhí ann le haghaidh achomhairc agus rithfidh sí ó lá na seirbheála, air féin go pearsanta nó ag a ionad cónaithe. Ní féidir cur leis an tréimhse sin mar gheall ar fhad slí ó bhaile.

Airteagal 37

Beidh achomharc i gcoinne breithe a d'údaraigh forghníomhú le taisceadh, de réir rialacha an nós imeachta i gcás ábhar cointinneach:

- sa Bheilg, sa 'tribunal de première instance' nó sa 'rechtbank van eerste aanleg',
- i bPoblacht Chónaidhme na Gearmáine, san 'Oberlandesgericht',
- sa Fhrainc, sa 'cour d'appel',
- san Iodáil, sa 'corte d'appello',
- i Lucsamburg, sa 'Cour supérieure de Justice' ina suí di mar chúirt achomhairc shibhialta,
- san Isiltír, san 'Arrondissementsrechtbank'.

Ní féidir an breithiúnas a tugadh ar an achomharc a chonspóid ach amháin trí chomharc 'en cassation' nó, i bPoblacht Chónaidhme na Gearmáine, trí Rechtsbeschwerde.

Airteagal 38

Féadfaidh an chúirt ar tugadh an t-achomharc faoin gcéad mhír d'Airteagal 37 ós a comhair, má iarrann an t-achomharcóir é, bac a chur leis na himeachtaí i gcás gnáthachomharc i gcoinne an bhreithiúnais a bheith taiscthe sa Stát inar tugadh an breithiúnas, nó mura bhfuil an tréimhse le haghaidh achomhairc den sórt sin dulta in éag fós; sa chás deiridh sin, féadfaidh an chúirt a shonrú cad é an tréimhse le haghaidh achomharc den sórt sin a thaisceadh.

Féadfaidh an chúirt freisin é a chur de choinníoll leis an bhforghníomhú go dtabharfar don chúirt cibé urrús a chinnfidh sí.

Airteagal 39

Le linn na tréimhse a shonraítear le haghaidh achomhairc de bhun Airteagal 36 agus go dtí go mbeidh breith tugtha ar aon achomharc den sórt sin, ní féidir a dhéanamh maidir leis an bhforghníomhú ach amháin bearta cosanta in aghaidh maoin an pháirtí a n-iarrtar forghníomhú ina choinne.

Gabhfaidh údarás chun aon bhearta cosanta den sórt sin a ghlacadh leis an mbreith a údaróidh forghníomhú.

Airteagal 40

Má dhiúltaítear don iarratas ar fhorghníomhú, féadfaidh an t-iarratasóir achomharc a dhéanamh:

- sa Bheilg, chuig an 'cour d'appel' nó an 'hof van beroep';
- i bPoblacht Chónaidhme na Gearmáine, chuig an 'Oberlandesgericht';
- sa Fhrainc, chuig an 'cour d'appel';
- san Iodáil, chuig an 'corte d'appello';

— i Lucsamburg, chun an 'Cour supérieure de Justice' ina suí di mar chúirt achomhairc shibhialta;

— san Ísiltír, chun an 'Gerechthof'.

Cuirfear toghairm ar an bpáirtí a n-iarrtar forghníomhú ina choinne á cheangal air láithriú os comhair na cúirte achomhairc. Mura láithreoidh sé, beidh forálacha an dara agus an tríú mír d'Airteagal 20 infheidhme, fiú mura bhfuil sainchónaí air in aon cheann de na Stáit Chonarthacha.

Airteagal 41

Ní féidir breithiúnas a tugadh ar achomharc dá bhforáiltear in Airteagal 40 a chonspóid ach amháin trí achomharc 'en cassation' nó, i bPoblacht Chónaidhme na Gearmáine, trí 'Rechtsbeschwerde'.

Airteagal 42

Má bhíonn breithiúnas coigríche tugtha i leith ábhar éagsúil agus nach féidir forghníomhú a údarú ina dtaobh go léir, déanfaidh an chúirt forghníomhú a údarú i gcás ábhair amháin nó níos mó díobh.

Féadfaidh iarratasóir forghníomhú páirteach ar bhreithiúnas a iarraidh.

Airteagal 43

Ní fhéadfar breithiúnas coigríche a d'ordaigh íocaíoch phionósach thréimhsiúil a fhorghníomhú sa Stát a n-iarrtar forghníomhú ann mura mbeidh méad na híocaíochta arna chinneadh go críochnaitheach ag cúirteanna an Stáit inar tugadh an breithiúnas.

Airteagal 44

Iarratasóir dar deonaíodh cabhair dhlíthiúil sa Stát inar tugadh an breithiúnas, tairbheoidh sé de chabhair dhlíthiúil freisin, gan a chás a athscrúdú, sna nósanna imeachta dá bhforáiltear in Airteagal 32 go 35.

Airteagal 45

Ní féidir urrús, banna ná taisce, de chineál ar bith, a éileamh ar pháirtí a iarrfaidh forghníomhú i Stát Conarthach amháin ar bhreithiúnas a tugadh i Stát Conarthach eile ar an bhforas gur náisiúnach eachtrach é ná ar an bhforas nach bhfuil sainchónaí ná gnáthchónaí air sa Stát a n-iarrtar na forghníomhú ann.

Roinn 3

Forálacha comhchoiteanna

Airteagal 46

Dlífidh páirtí a iarrfaidh aithint nó forghníomhú ar bhreithiúnas na nithe seo a leanas a thabhairt ar aird:

1. cóip den bhreithiúnas a shásóidh na coinníollacha is gá chun a barántúlacht a shuíomh;
2. i gcás breithiúnas mainneachtana, an chóip bhunaidh nó cóip dhilis dheimhnithe den doiciméad á shuíomh gur seirbheáladh doiciméad tionscanta na n-imeachtaí ar an bpáirtí mainneachtnach.

Airteagal 47

Dlífidh páirtí a iarrfaidh forghníomhú na nithe seo a leanas a thabhairt ar aird freisin:

1. doiciméid á shuíomh go bhfuil an breithiúnas infhorghníomhaithe, agus gur seirbheáladh é, de réir dlí an Stáit inar tugadh an breithiúnas;
2. más cuí, doiciméad á thaispeáint go bhfuil cabhair dhlíthiúil á fáil ag an iarratasóir sa Stát inar tugadh an breithiúnas.

Airteagal 48

Mura dtugtar ar aird na doiciméid a luaitear in Airteagal 46 (2) agus 47 (2), féadfaidh an chúirt tréimhse a shonrú chun iad a thabhairt ar aird, nó glacadh le doiciméid chomhionanna, nó déanamh d'éagmais na ndoiciméad má mheasann sí go bhfuil a sáith faisnéise os a comhair.

Déanfar aistriúchán ar na doiciméid a thabhairt ar aird má éilíonn an chúirt é; ní foláir an t-aistriúchán a bheith deimhnithe ag duine atá cáilithe chuige sin i gceann de na Stáit Chonarthacha.

Airteagal 49

Ní gá aon dlíthiúilíocht ná aon fhoirmiúlacht dá samhail i leith na ndoiciméad a luaitear in Airteagal 46 nó 47 nó sa dara mír d'Airteagal 48, ná i leith doiciméad ag ceapadh ionadaí *ad litem*.

TEIDEAL IV

IONSTRAIMÍ BARÁNTÚLA AGUS SOCRAÍOCHTAÍ CÚIRTE

Airteagal 50

Doiciméad a tarraingíodh suas go foirmiúil nó a cláraíodh mar ionstraim bharántúil agus is

infhorghníomhaithe i Stát Conarthach amháin, déanfar, arna iarraidh sin de réir an nós imeachta dá bhforáiltear in Airteagal 31 *et seq.* ordú a fhorghníomhaithe a eisiúint i Stát Conarthach eile. Ní féidir diúltú don iarratas ach amháin i gcás forghníomhú na hionstraimhe a bheith contrártha don ord poiblí sa Stát a n-iarrrtar forghníomhú ann.

Ní foláir an ionstraim a thabharfar ar aird a bheith de réir na gcoinníollacha is gá chun a bharántúlacht i Stát a tionscanta a shuíomh.

Beidh feidhm le forálacha Roinn 3 de Theideal III de réir mar is cuí.

Airteagal 51

Socraíocht ar tugadh formheas uirthi sa chúirt i gcúrsa imeachtaí agus is infhorghníomhaithe sa Stát inar tugadh i gcrích í féadfar í a fhorghníomhú sa Stát a n-iarrrtar forghníomhú ann, faoi na coinníollacha céanna le hionstraimí barántúla.

TEIDEAL V

FORÁLACHA GINEARÁLTA

Airteagal 52

Chun a chinneadh an bhfuil sainchónaí ar pháirtí i Stát Conarthach ar tugadh ábhar os comhair a chúirteanna, cuirfidh an chúirt a dlí inmheánach chun feidhme.

Mura bhfuil sainchónaí ar pháirtí sa Stát ar tugadh an t-ábhar os comhair a chúirteanna, déanfaidh an chúirt, chun a chinneadh an bhfuil sainchónaí i Stát Conarthach eile ar an bpáirtí, dlí an Stáit sin a chur chun feidhme.

Déanfar sainchónaí páirtí a chinneadh, áfach, de réir a dhlí náisiúnta féin más rud é, de réir an dli sin, go mbraitheann a shainchónaí ar shainchónaí duine eile nó ar an áit a bhfuil suíomh údaráis.

Airteagal 53

Chun críocha an Choinbhinsiúin seo, measfar sainchónaí a bheith ar chuideachta nó ar dhuine dlítheanach nó ar chomhlachas de dhaoine nádúrtha nó dlítheanacha san áit a bhfuil a suíomh. Ach chun an suíomh sin a chinneadh cuirfidh an chúirt rialacha a dlí idirnáisiúnta phríobháidigh chun feidhme.

TEIDEAL VI

FORÁLACHA IDIRTHRÉIMHSEACHA

Airteagal 54

Ní bhainfidh forálacha an Choinbhinsiúin seo ach le himeachtaí dlíthiúla a thionscnófar agus le doiciméid a tharraingeofar suas go foirmiúil nó a chlárófar mar ionstraimí barántúla tar éis a theachta i bhfeidhm.

Déanfar, áfach, breithiúnais a thabharfar tar éis dáta an Choinbhinsiúin seo a theacht i bhfeidhm, i gcás imeachtaí a tionscnaíodh roimh an dáta sin, a aithint agus a fhorghníomhú de réir forálacha Theideal III má bhí dlínse bunaithe ar rialacha i gcomhréir leis na rialacha dá bhforáiltear i dTeideal II den Choinbhinsiún seo nó i gcoinbhinsiún a tugadh i gcrích idir an Stát tionscnaimh agus an Stát chun a ndéantar an t-iarratas agus a raibh feidhm aige nuair a tionscnaíodh na himeachtaí.

TEIDEAL VII

GAOL LE COINBHINSIÚIN EILE

Airteagal 55

Faoi réir forálacha an dara mír d'Airteagal 54, agus Airteagal 56, gabhfaidh an Coinbhinsiún seo, i gcás na Stát is páirtithe ann, ionad na gCoinbhinsiún seo a leanas a tugadh i gcrích idir dhá cheann nó níos mó díobh:

- an Coinbhinsiún idir an Bheilg agus an Fhrainc ar dhlínse agus ar bhailíocht agus forghníomhú breithiúnas, dámhachtaintí eadrána agus ionstraimí barántúla, a síníodh i bPáras an 8 Iúil 1899,
- an Coinbhinsiún idir an Bheilg agus an Ísiltír ar dhlínse, ar fhéimheacht, agus ar bhailíocht agus forghníomhú breithiúnas, dámhachtaintí eadrána agus ionstraimí barántúla, a síníodh sa Bhruiséil an 28 Márta 1925,
- an Coinbhinsiún idir an Fhrainc agus an Iodáil ar fhorghníomhú breithiúnas in ábhair shibhialta agus tráchtála, a síníodh sa Róimh an 3 Meitheamh 1930,
- an Coinbhinsiún idir an Ghearmáin agus an Iodáil ar aithint agus forghníomhú breithiúnas in ábhair shibhialta agus tráchtála, a síníodh sa Róimh an 9 Márta 1936,
- an Coinbhinsiún idir Poblacht Chónaidhme na Gearmáine agus Ríocht na Beilge ar aithint agus forghníomhú breithiúnas, dámhachtaintí eadrána agus ionstraimí barántúla go cómhalartach in ábhair shibhialta agus tráchtála, a síníodh in Bonn an 30 Meitheamh 1958,
- an Coinbhinsiún idir Ríocht na hÍsiltíre agus Poblacht na hIodáile ar aithint agus forghníomhú breithiúnas in ábhair shibhialta agus tráchtála, a síníodh sa Róimh an 17 Aibreán 1959,
- an Coinbhinsiún idir Ríocht na Beilge agus Poblacht na hIodáile ar aithint agus forghníomhú breithiúnas agus ionstraimí infhorghníomhaithe eile in ábhair shibhialta agus tráchtála, a síníodh sa Róimh an 6 Aibreán 1962,

— an Coinbhinsiún idir Ríocht na hÍsiltíre agus Poblacht Chónaidhme na Gearmáine ar aithint agus forghníomhú breithiúnas agus ionstraimí infhorghníomhaithe eile go cómhalartach in ábhair shibhialta agus tráchtála a síníodh sa Háig an 30 Lúnasa 1962,

agus, sa mhéid go bhfuil sé i bhfeidhm,

— an Conradh idir an Bheilg, an Ísiltír agus Lucsamburg ar dhlínse, ar fhéimheacht, agus ar bhailíocht agus forghníomhú breithiúnas, dámhachtaintí eadrána agus ionstraimí barántúla a síníodh sa Bhruiséil an 24 Samhain 1961.

Airteagal 56

Leanfaidh an Conradh agus na Coinbhinsiúin a luaitear in Airteagal 55 d'éifeacht a bheith acu maidir le hábhair nach mbaineann an Coinbhinsiún seo leo.

Leanfaidh siad d'éifeacht a bheith acu i leith breithiúnas a tugadh agus ionstraimí barántúla a tarraingíodh suas go foirmiúil nó a cláraíodh mar ionstraimí barántúla roimh theacht i bhfeidhm don Choinbhinsiún seo.

Airteagal 57

Ní dhéanfaidh an Coinbhinsiún seo difear d'aon choinbhinsiúin a bhfuil nó a mbeidh na Stáit Chonarhacha ina bpáirtithe iontu agus, i ndáil le hábhair áirithe, a rialaíonn dlínse agus aithint agus forghníomhú bhreithiúnas.

Airteagal 58

Ní dhéanfaidh an Coinbhinsiún seo difear do na cearta a deonaíodh do náisiúnaigh Eilvéiseacha leis an gCoinbhinsiún a tugadh i gcrích an 15 Meitheamh 1869 idir, an Fhrainc agus Cónaidhm na hEilvéise ar dhlínse agus ar fhorghníomhú breithiúnas in ábhair shibhialta.

Airteagal 59

Ní choisfidh an Coinbhinsiún seo ar Stát Conarthach a ghabháil d'oibleagáid air féin i leith tríú Stát, i gcoinbhinsiún um aithint agus forghníomhú breithiúnas, gan breithiúnais a aithint a tugadh i Stáit Chonarhacha eile i gcoinne cosantóirí a raibh sainchónaí nó ngáthchónaí orthu sa tríú Stát más rud é, i gcásanna dá bhforáiltear in Airteagal 4, nárbh fhéidir an breithiúnas a bhunú ach amháin ar fhoras dlínse a shonraítear sa dara mír d'Airteagal 3.

TEIDEAL VIII

FORÁLACHA CRÍOCHNAITHEACHA

Airteagal 60

Bainfidh an Coinbhinsiún seo le críocha Eorpacha na Stát Conarthach, leis na Ranna Francacha thar lear agus leis na críocha Francacha thar lear.

Féadfaidh Ríocht na hÍsiltíre a dhearbú, tráth an Choinbhinsiúin seo a shínú nó a dhaingniú nó tráth ar bith ina dhiaidh sin, trí fhógra a thabairt d'Ard-Rúnaí Chomhairle na gComhphobal Eorpach, go mbainfidh an Coinbhinsiún seo le Suranam agus le hAintillí na hÍsiltíre. Mura ndéantar dearbhú mar sin i leith Aintillí na hÍsiltíre, measfar i gcás imeachtaí a bheidh ar bun i gcríoch Eorpach na Ríochta, de bhíthin achomharc 'en cassation' i gcoinne breithiúnas ó chúirt in Aintillí na hÍsiltíre na himeachtaí sin a bheith ar bun sa chúirt deiridh sin.

Airteagal 61

Déanfaidh Stáit a shínte daingniú ar an gCoinbhinsiún seo. Taiscfear na hionstraimí daingniúcháin le hArd-Rúnaí Chomhairle na gComhphobal Eorpach.

Airteagal 62

Tiocfaidh an Coinbhinsiún seo a bhfeidhm an chéad lá den tríú mí i ndiaidh taisceadh na hionstraime daingniúcháin ag an gceann is déanaí de Stáit a shínte a dhéanfaidh an taisceadh sin.

Airteagal 63

Aithníonn na Stáit Chonarhacha go ndlífidh aon Stát a thiocfaidh chun bheith ina chomhalta de Chomhphobal Eacnamaíochta na hEorpa glacadh leis an gCoinbhinsiún seo mar bhonn do na caibidlí is gá idir na Stáit Chonarhacha agus an Stát sin chun a áirithint go bhfeidhmeofar an fhomhír dheireanach d'Airteagal 220 den Chonradh ag bunú Chomhphobal Eacnamaíochta na hEorpa.

Is féidir na hoiriúnuithe is gá a bheith ina n-ábhar do choinbhinsiún speisialta idir na Stáit Chonarhacha de pháirt agus an Ballstát nua den pháirt eile.

Airteagal 64

Cuirfidh Ard-Rúnaí Chomhairle na gComhphobal Eorpach in iúl do na Stáit a shíneoidh an Coinbhinsiún seo:

- (a) taisceadh gach ionstraime daingniúcháin;
- (b) dáta an Choinbhinsiúin seo a theacht i bhfeidhm;
- (c) aon dearbhú a fuarthas de bhun an dara mír d'Airteagal 60;
- (d) aon dearbhú a fuarthas de bhun Airteagal IV den Phrótacal;
- (e) aon téacsanna a fuarthas de bhun Airteagal VI den Phrótacal.

Airteagal 65

Is cuid dhílis den Choinbhinsiún seo an Prótacal atá curtha i gceangal leis de chomhthoil na Stát Conarthach.

Airteagal 66

Tá an Coinbhinsiún seo tugtha i gcrích go ceann tréimhse gan teorainn.

Airteagal 67

Féadfaidh Stát Conarthach ar bith athbheithniú ar an gCoinbhinsiún seo a iarraidh. Sa chás sin, comórfaidh Uachtarán Chomhairle na gComhphobal Eorpach comhdháil lena athbheithniú.

Airteagal 68

Tarraingíodh an Coinbhinsiún seo suas i scríbhinn bhunaidh amháin sa Fhraincis, sa Ghearmáinis, san Iodáilis agus san Ollainnis, agus comhúdarás ag gach ceann de na ceithre théacs; taiscfear é i gcartlann Rúnaíocht Chomhairle na gComhphobal Eorpach, agus cuirfidh an tArd-Rúnaí cóip dheimhnithe chuig Rialtas gach ceann de Stáit a shínithe.

Dá fhianú sin, chuir na Lánchumhachtaigh thíos-sínithe a lámh leis an gCoinbhinsiún seo.

Arna dhéanamh sa Bhruiséil, an seachtú lá is fiche de Mheán Fómhair sa bhliain míle naoi gcéad seasca a hocht.

Thar ceann a Shoilse Rí na mBeilgeach,

Pierre HARMEL

Thar ceann Uachtarán Phoblacht Chónaidhme na Gearmáine,

Willy BRANDT

Thar ceann Uachtarán Phoblacht na Fraince,

Michel DEBRÉ

Thar ceann Uachtarán Phoblacht na hIodáile,

Giuseppe MEDICI

Thar ceann a Mhórgacht Ríoga Ard-Diúc Lucsamburg,

Pierre GRÉGOIRE

Thar ceann a Soilse Banríon na hÍsiltíre,

J.M.A.H. LUNS

PRÓTACAL

Tá na hArdpháirtithe Conarthacha tar éis comhaontú ar na forálacha seo a leanas, a chuirfear i gceangal leis an gCoinbhinsiún:

Airteagal I

Aon duine ina shainchónaí i Lucsamburg a agrófar i gcúirt Stáit Chonarthaigh eile de bhun Airteagal 5 (1), féadfaidh sé diúltú géilleadh do dhlínse na cúirte sin. Mura dtaifeadfaidh an cosantóir láithreas, dearbhóidh an chúirt, as a treoir féin, nach bhfuil dlínse aici.

Beidh comhaontú chun dlínse a thabhairt, de réir brí Airteagal 17, gan bailíocht i leith duine ina shainchónaí i Lucsamburg murar aontaigh an duine sin leis go sainráite agus go speisialta.

Airteagal II

Gan dochar d'aon fhorálacha níos fabhraí i ndlíthe náisiúnta, má bhíonn daoine a bhfuil sainchónaí orthu i Stát Conarthach á n-ionchúiseamh mar gheall ar chion neamhthoilíúil i gcúirteanna coiriúla Stáit Chonarthaigh eile nach náisiúnaigh dá chuid iad, féadfaidh daoine atá cáilithe chuige sin feidhmiú ar a son lena gcosaint, fiú gan iad a bheith i láthair go pearsanta.

Ach féadfaidh an chúirt ar tugadh an t-ábhar os a comhair a ordú do dhuine láithriú go pearsanta; mura ndearnadh láithriú níl sé riachtanach aithint a thabhairt ná forghníomhú a dhéanamh sna Stáit Chonarthaigh eile ar bhreithiúnas a tugadh sa chaingean shibhialta gan caoi a bheith ag an duine a cúisíodh socrú a dhéanamh chun é féin a chosaint.

Airteagal III

In imeachtaí chun ordú forghníomhaithe a eisiúint, ní dhéanfar muirear, dleacht ná cáin ar bith, arna ríomh de réir luach an ábhair i saincheist, a thobhach sa Stát a n-iarrtar an forghníomhú ann.

Airteagal IV

Doiciméid dhlíthiúla nó seachdhlíthiúla a tarraingíodh suas i Stát Conarthach amháin agus a dhlífear a sheirbheáil ar dhaoine i Stát Conarthach eile, tarchuirfear iad de réir an nós imeachta dá bhforáiltear sna coinbhinsiúin agus sna

comhaontuithe a cuireadh i gcrích idir na Stáit Chonarthaigh.

Mura ndéanfaidh an Stát a bhfuil siad le seirbheáil ann agóid ina choinne sin trí dhearbhu d'Ardrúnaí Chomhairle na gComhphobal Eorpach, is féidir freisin d'oifigigh phoiblí iomchuí an Stáit inar tarraingíodh suas an doiciméad é a chur go díreach chuig oifigigh phoiblí iomchuí an Stáit ina bhfuil seolaí an doiciméid le fáil. Sa chás sin, déanfaidh oifigeach Stát a thionscanta cóip den doiciméad a chur chuig an oifigeach de chuid an Stáit chun a ndéantar an t-iarratas a bhfuil údarás aige í a chur ar aghaidh chuig an seolaí. Cuirfear an doiciméad ar aghaidh ar an modh a shonraítear le dlí an Stáit chun a ndéantar an t-iarratas. Dearbhófar go ndearnadh amhlaidh i ndeimhniú a chuirfear go díreach go dtí oifigeach Stát a thionscanta.

Airteagal V

I bPoblacht Chónaidhme na Gearmáine ní féidir feidhm a bhaint as an dlínse a shonraítear in Airteagal 6 (2) agus in Airteagal 10 i gcaingne ar bharántas nó ar ráthaíocht nó in aon imeachtaí eile tríú páirtí. Sa Stát sin, féadfar aon duine ina shainchónaí i Stát Conarthach eile a agairt sna cúirteanna de bhun Airteagail 68, 72, 73 agus 74 de chód na nós imeachta shibhialta (*Zivilprozessordnung*) maidir le fógraí tríú páirtí.

Déanfar breithiúnais a tugadh sna Stáit Chonarthaigh eile de bhua Airteagal 6 (2) nó Airteagal 10 a aithint agus a fhorghníomhú i bPoblacht Chónaidhme na Gearmáine de réir Theideal III. Aithneofar mar an gcéanna sna Stáit Chonarthaigh eile aon éifeachtaí a bheadh ag breithiúnais a tugadh sa Stát sin ar thríú páirtithe, de bhun Airteagail 68, 72, 73 agus 74 de chód na nós imeachta shibhialta (*Zivilprozessordnung*) a chur chun feidhme.

Airteagal VI

Cuirfidh an Stáit Chonarthaigh in iúil d'Ardrúnaí Chomhairle na gComhphobal Eorpach téacsanna aon fhorálacha ina ndlíthe a dhéanann leasú ar na hairteagail sin dá ndlíthe a luaitear sa Choinbhinsiún nó ar liosta na gcúirteanna a shonraítear i Roinn 2 de Theideal III den Choinbhinsiún.

Dá fhianú sin chuir na Lánchumhachtaigh thíos-sínte a lámh leis an bPrótacal seo.

Arna dhéanamh sa Bhruiséil an seachtú lá is fiche de Mheán Fómhair sa bhliain míle naoi gcéad seasca a hocht.

Thar ceann a Shoilse Rí na mBeilgeach,

Pierre HARMEL

Thar ceann Uachtarán Phoblacht Chónaidhme na Gearmáine,

Willy BRANDT

Thar ceann Uachtarán Phoblacht na Fraince,

Michel DEBRÉ

Thar ceann Uachtarán Phoblacht na hIodáile,

Giuseppe MEDICI

Thar ceann a Mhórgacht Ríoga Ard-Diúc Lucsamburg,

Pierre GRÉGOIRE

Thar ceann a Soilse Banríon na hÍsiltíre,

J.M.A.H. LUNS

DEARBHÚ COMHPHÁIRTEACH

Tá Rialtais Ríocht na Beilge, Phoblacht Chónaidhme na Gearmáine, Phoblacht na Fraince, Phoblacht ha hIodáile, Ard-Diúiceacht Lucsamburg agus Ríocht na hÍsiltíre,

Tráth sínithe an Choinbhinsiúin ar Dhlínse agus ar Fhorghníomhú Breithiúnas in Ábhair Shibhialta agus Tráchtála,

Ós mian leo a áirithint go gcuirfear an Coinbhinsiún chun feidhme chomh héifeachtach agus is féidir;

Ós é a miangas nach mbeadh difríochtaí léiriúcháin ag baint óna éifeacht aontach;

Á aithint dóibh go bhféadfadh éileamh ar dhlínse agus séanadh ar dhlínse teacht i gceist i bhfeidhmiú an Choinbhinsiúin;

Ag dearbhú a bhfonnmhaireachta:

1. chun staidéar a dhéanamh ar na ceistanna sin agus go háirithe chun féachaint arbh fhéidir dlínse in ábhair áirithe a thabhairt do Chúirt Bhreithiúnais na gComhphobal Eorpach agus, más gá, chun comhaontú dá réir sin a chur i gcrích;
2. chun cruinnithe idir a n-ionadaithe a thionól go tráthrialta.

Dá fhianú sin chuir na Lánchumhachtaigh thíos-sínithe a lámh leis an Dearbhú Comhpháirteach seo.

Arna dhéanamh sa Bhruiséil an seachtú lá is fiche seo de Mheán Fómhair sa bhliain míle naoi gcéad seasca a hocht.

Pierre HARMEL

Willy BRANDT

Michel DEBRÉ

Giuseppe MEDICI

Pierre GRÉGOIRE

J.M.A.H. LUNS

PRÓTACAL

ar léiriú ag an gCúirt Bhreithiúnais ar Choinbhinsiún 27 Meán Fómhair 1968 ar dhlínse agus ar fhorghníomhú breithiúnas in ábhair shibhialta agus tráchtála

TÁ NA HARDPHÁIRTITHE CONARTHACHA SA CHONRADH AG BUNÚ CHOMH-
PHOBAL EACNAMAÍOCHTA NA HEORPA,

Ag féachaint dóibh don Dearbhú atá i gceangal leis an gCoinbhinsiún ar dhlínse agus ar fhorghníomhú breithiúnas in ábhair shibhialta agus tráchtála, a síníodh sa Bhruiséil an 27 Meán Fómhair 1968,

Tar éis cinneadh ar Phrótacal a chur i gcrích chun dlínse a thabhairt do Chúirt Bhreithiúnais na gComhphobal Eorpach an Coinbhinsiún sin a léiriú agus chuige sin tar éis na daoine seo a leanas a cheapadh mar Lánchumhachtaigh:

A SHOILSE RÍ NA mBEILGEACH:

M. Alfons VRANCKX,
Aire Dlí agus Cirt;

UACHTARÁN PHOBLACHT CHÓNAIDHME NA GEARMÁINE:

M. Gerhard JAHN,
Aire Dlí agus Cirt na Cónaidhme;

UACHTARÁN PHOBLACHT NA FRAINCE:

M. René PLEVEN,
Coimeádaí na Séalaí,
Aire Glí agus Cirt;

UACHTARÁN PHOBLACHT NA hIODÁILE:

M. Erminio PENNACCHINI,
Fo-Rúnaí Stáit san
Aireacht Dlí agus Cirt;

A MHÓRGACHT RÍOGA ARD-DIÚC LUCSAMBURG:

M. Eugène SCHAUS,
Aire Dlí agus Cirt
Leas-Uachtarán an Rialtais;

A SOILSE BANRÍON NA hÍSILTÍRE:

M. C.H.F. POLAK,
Aire Dlí agus Cirt;

NOCH A RINNE, i dtionól na Comhairle, tar éis dóibh a Lánchumhachtaí, agus iad i bhfoirm cheart chuí, a thabhairt ar aird dá chéile,

COMHAONTÚ MAR A LEANAS:

Airteagal 1

Beidh dlínse ag Cúirt Bhreithiúnais na gComhphobal Eorpach chun rialú a thabhairt i dtaobh léiriú an Choinbhinsiúin ar dhlínse agus ar fhorghníomhú breithiúnas in abhair shibhialta agus tráchtála agus an Phrótacail atá i gceangal leis an gCoinbhinsiúin sin, a síníodh sa Bhruiséil an 27 Meán Fómhair 1968, agus fós i dtaobh léiriú an Phrótacail seo.

Airteagal 2

Féadfaidh na cúirteanna seo a leanas a iarraidh ar an gCúirt Bhreithiúnais réamhrialú a thabhairt ar cheisteanna léiriúcháin:

1. sa Bheilg: la Cour de Cassation — het Hof van Cassatie
agus le Conseil d'État — de Raad van State;
i bPoblacht Chónaidhme na Gearmáine: die obersten Gerichtshöfe des Bundes;
sa Fhrainc: la Cour de Cassation agus le Conseil d'État;
san Iodáil: la Corte Suprema di Cassazione;
i Lucsamburg: la Cour Supérieure de Justice, ina suí di mar Cour de Cassation;
san Ísiltír: de Hoge Raad;
2. cúirteanna na Stát Conarthach ina suí dóibh i gcáil achomharcach;
3. sna cásanna dá bhforáiltear in Airteagal 37 den Choinbhinsiún, na cúirteanna a luaitear san Airteagal sin.

Airteagal 3

1. Nuair a dhéanfar ceist i dtaobh léiriú an Choinbhinsiúin nó ionstraim eile dá luaitear in Airteagal 1 a tharraingt anuas i gcás a bheidh ar feitheamh os comhair cúirte dá luaitear in Airteagal 2 (1), iarraidh an chúirt sin ar an gCúirt Bhreithiúnais, má mheasann sí gur gá cinneadh ar an gceist ionas go bhféadfaidh sí breithiúnas a thabhairt, rialú a thabhairt ar an gceist sin.
2. Má tharraingítear ceist mar sin anuas os comhair aon chúirte dá dtagraítear in Airteagal 2 (2) nó (3), féadfaidh an chúirt sin, ar na coinníollacha atá leagtha síos a mír (1), a iarraidh ar an gCúirt Bhreithiúnais rialú a thabhairt uirthi.

Airteagal 4

1. Féadfaidh údarás inniúil Stáit Chonarthaigh a iarraidh ar an gCúirt Bhreithiúnais rialú a thabhairt ar cheist i dtaobh léiriú an Choinbhinsiúin nó i dtaobh léiriú ceann de na hionstraimí eile a luaitear in Airteagal 1 má bhíonn breithiúnas ó chúirteanna

sa Stát sin ar neamhréir leis an léiriú a thug an Chúirt Bhreithiúnais nó a tugadh i mbreithiúnas ó chúirt de chuid Stáit Chonarthaigh eile a luaitear in Airteagal 2 (1) nó (2). Ní bhainfidh forálacha na míre seo ach le breithiúnais a bhfuil éifeacht *res judicata* leo.

2. Ní dhéanfaidh an léiriú a dhéanfaidh an Chúirt Bhreithiúnais de bhun iarratais den sórt sin difear do na breithiúnais ba bhun leis an léiriú sin a iarraidh.
3. Beidh Ionchúisitheoirí Ginearálta na gCúirteanna Uachtaracha Achomhairc sna Stáit Chonarthaigh nó údarás ar bith eile a bheidh ainmnithe chuige sin ag Stát Conarthach, i dteideal rialú ar an léiriú a iarraidh ar an gCúirt Bhreithiúnais de réir mhír 1.
4. Tabharfaidh Cláráitheoir na Cúirte Breithiúnais fógra faoin iarratas do na Stáit Chonarthaigh, don Choimisiún agus do Chomhairle na gComhphobal Eorpach; beidh siadsan i dteideal ansin, laistigh de dhá mhí tar éis an fógra a fháil, sonruithe cáis nó tuairimí i scríbhinn a chur faoi bhráid na Cúirte.
5. Ní fhéadfar aon táillí a thobhach ná aon chostais nó caiteachas a dhámhachtain i leith na n-imeachtaí dá bhforáiltear san Airteagal seo.

Airteagal 5

1. Na forálacha sin den Chonradh ag bunú Chomhphobal Eacnamaíochta na hEorpa, agus na cinn sin den Phrótacal ar Reacht an Cúirte Breithiúnais atá i gceangal leis, is infheidhme nuair a iarrrtar ar an gCúirt réamhrialú a thabhairt, beidh feidhm acu mar an gcéanna, ach amháin mar a bhforáiltear a mhalairt leis an bPrótacal seo, ar an nós imeachta maidir le léiriú an Choinbhinsiúin agus na n-ionstraimí eile a luaitear in Airteagal 1.
2. Déanfar, más gá, Rialacha Nós Imeachta na Cúirte Breithiúnais a oiriúnú agus a chomhlánú de réir Airteagal 188 den Chonradh ag bunú Chomhphobal Eacnamaíochta na hEorpa.

Airteagal 6

Bainfidh an Prótacal seo le críocha Eorpacha na Stát Conarthach, leis na Ranna Francacha thar lear agus leis na críocha Francacha thar lear.

Féadfaidh Ríocht na hÍsiltíre a dhearbhu tráth an Phrótacail seo a shíniú nó a dhaingniú nó tráth ar bith ina dhiaidh sin, trí fhógra a thabhairt d'Ardrúnaí Chomhairle na gComhphobal Eorpach, go mbainfidh an Prótacal seo le Súranam agus le hAintillí na hÍsiltíre.

Airteagal 7

Déanfaidh Stáit a shínte daingniú ar an gCoinbhinsiún seo. Taiscfear na hionstraimí daingniúcháin le hArdrúnaí Chomhairle na gComhphobal Eorpach.

Airteagal 8

Tiocfaidh an Prótacal seo i bhfeidhm an chéad lá den tríú mí i ndiaidh taisceadh na hionstraimí daingniúcháin ag an gceann is déanaí de Stáit a shínte a dhéanfaidh an taisceadh sin; ach ní thiocfaidh sé i bhfeidhm tráth is luaithe ná teacht i bhfeidhm Choinbhinsiún an 27 Meán Fómhair 1968 ar dhlínse agus ar fhorghníomhú breithiúnas in abhair shibhialta agus tráchtála.

Airteagal 9

Aithníonn na Stáit Chonarthacha go ndlífidh gach Stát a thiocfaidh chun bheith ina chomhalta de Chomhphobal Eacnamaíochta na hEorpa, agus a mbainfidh Airteagal 63 den Choinbhinsiún ar dhlínse agus ar fhorghníomhú breithiúnas in ábhair shibhialta agus tráchtála leis, glacadh le forálacha an Phrótacail seo, faoi réir cibé oiriúnuithe is gá.

Airteagal 10

Cuirfidh Ardrúnaí Chomhairle na gComhphobal Eorpach in iúl do na Stáit a shíneoidh an Prótacal seo:

- (a) taisceadh gach ionstraimí daingniúcháin;
- (b) dáta an Phrótacail seo a theacht i bhfeidhm;

- (c) aon ainmniú a fuarthas de bhun Airteagal 4 (3);
- (d) aon dearbhú a fuarthas de bhun an dara mír d'Airteagal 6.

Airteagal 11

Cuirfidh na Stáit Chonarthacha in iúl d'Ardrúnaí Chomhairle na gComhphobal Eorpach téacsanna aon fhorálacha ina ndlíthe a bheireann gur gá liosta na gcúirteanna in Airteagal 2 (1) a leasú.

Airteagal 12

Tá an Prótacal seo tugtha i gcrích go ceann tréimhse gan teorainn.

Airteagal 13

Féadfaidh Stát Conarthach ar bith athbhreithniú ar an bPrótacal seo a iarraidh. Sa chás sin comórfaidh Uachtarán Chomhairle na gComhphobal Eorpach comhdháil lena athbhreithniú.

Airteagal 14

Tarraingíodh an Prótacal seo suas i scríbhinn bhunaidh amháin sa Fhraincis, sa Ghearmáinis, san Iodáilis agus san Ollainnis, agus comhúdarás ag gach ceann de na ceithre théacs; taiscfear é i gcartlann Rúnaíocht Chomhairle na gComhphobal Eorpach, agus cuirfidh an tArdrúnaí cóip dheimhnithe chuig Rialtas gach ceann Stáit a shínte.

Dá fhianú sin, chuir na Lánchumhachtaigh thíos-sínte a lámh leis an bPrótacal seo.

Arna dhéanamh i Lucsamburg, an tríú lá seo de Mheitheamh sa bhliain míle naoi gcéad seachtó a haon.

Thar ceann a Shoilse Rí na mBeilgeach,

Alfons VRANCKX

Thar ceann Uachtarán Phoblacht Chónaidhme na Gearmáine

Gerhard JAHN

Thar ceann Uachtarán Phoblacht na Fraince,

René PLEVEN

Thar ceann Uachtarán Phoblacht na hIodáile,
Erminio PENNACCHINI

Thar ceann a Mhórgacht Ríoga Ard-Diúc Lucsamburg,
Eugène SCHAUS

Thar ceann a Soilse Banríon na hÍsiltíre,
C.H.F. POLAK

DEARBHÚ COMHPHÁIRTEACH

Tá rialtais Ríocht na Beilge, Phoblacht Chónaidhme na Gearmáine, Phoblacht na Fraince, Phoblacht na hIodáile, Ard-Diúceacht Lucsamburg agus Ríocht na hÍsiltíre,

Tráth sínithe an Phrótacail ar Léiriú ag an gCúirt Bhreithiúnais ar Choinbhinsiún an 27 Meán Fómhair 1968 ar dhlínse agus ar fhorghníomhú breithiúnas in ábhair shibhialta agus tráchtála;

Os mian leo a áirithint go gcuirfear forálacha an Phrótacail sin chun feidhme chomh héifeachtach agus leis an oiread comhionannais agus is féidir;

Ag dearbhú a bhfonnmhaircacha chun eagrú a thabhairt, i gcomhar leis an gCúirt Bhreithiúnais, ar mhalartú faisnéise i dtaobh na mbreithiúnas a bhéarfaidh na cúirteanna a luaitear in Airteagal 2 (1) den Phrótacal sin i bhfeidhmiú Choinbhinsiún agus Phrótacal an 27 Meán Fómhair 1968.

Dá fhianú sin, chuir na Lánchumhachtaigh thíos-sínithe a lámh leis an Dearbhú Comhpháirteach seo.

Arna dhéanamh i Lucsamburg, an tríú lá seo de Mheitheamh sa bhliain míle naoi gcéad seachtó a haon.

Thar ceann a Shoilse Rí na mBeilgeach,

Alfons VRANCKX

Thar ceann Uachtarán Phoblacht Chónaidhme na Gearmáine,

Gerhard JAHN

Thar ceann Uachtarán Phoblacht na Fraince,

René PLEVEN

Thar ceann Uachtarán Phoblacht na hIodáile,

Erminio PENNACCHINI

Thar ceann a Mhórgacht Ríoga Ard-Diúc Lucsamburg,

Eugène SCHAUS

Thar ceann a Soilse Banríon na hÍsiltíre,

C.H.F. POLAK

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

DIE IM RAT VEREINIGTEN VERTRETER DER REGIERUNGEN DER MITGLIED-
STAATEN —

in dem Wunsch, im Geiste des Übereinkommens vom 27. September 1968 zu gewährleisten, daß die Einheitlichkeit der Gerichtsstände so weit wie möglich auch in Seerechtsangelegenheiten hergestellt wird,

in der Erwägung, daß das in Brüssel am 10. Mai 1952 unterzeichnete Internationale Übereinkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe Regeln über die gerichtliche Zuständigkeit enthält,

in der Erwägung, daß nicht alle Mitgliedstaaten Vertragsstaaten des genannten Übereinkommens sind —

bringen den Wunsch zum Ausdruck, daß die Mitgliedstaaten, die Küstenstaaten sind und nicht bereits das Übereinkommen vom 10. Mai 1952 ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind, so bald wie möglich Vertragsstaaten des Übereinkommens werden.

Udfærdiget i Luxembourg, den niende oktober nitten hundrede og otteoghalvfjerds.

Geschehen zu Luxemburg am neunten Oktober neunzehnhundertachtundsiebzig.

Done at Luxembourg on the ninth day of October in the year one thousand nine hundred and seventy-eight.

Fait à Luxembourg, le neuf octobre mil neuf cent soixante-dix-huit.

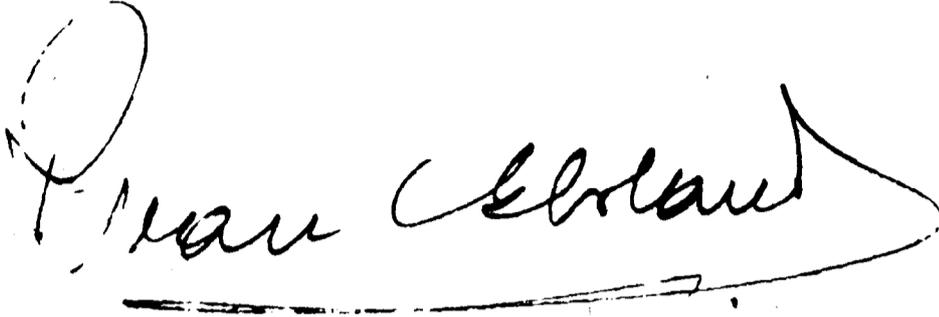
Arna dhéanamh i Lucsamburg, an naoú lá de Dheireadh Fómhair sa bhliain míle naoi gcéad seachtó a hocht.

Fatto a Lussemburgo, addì nove ottobre millenovecentosettantotto.

Gedaan te Luxemburg, de negende oktober negentienhonderd achtenzeventig.

Pour Sa Majesté le roi des Belges

Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen



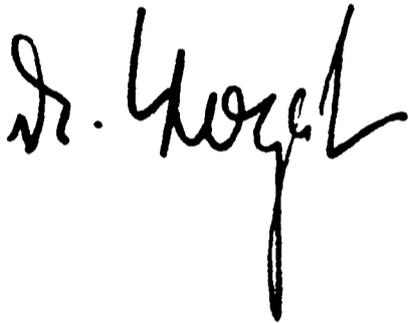
Paul Delors

For Hendes Majestæt Danmarks Dronning



Nathalie Lind

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland



Dr. Geyl

Pour le président de la République française



Alain Lequerne

Thar ceann Uachtarán na hÉireann

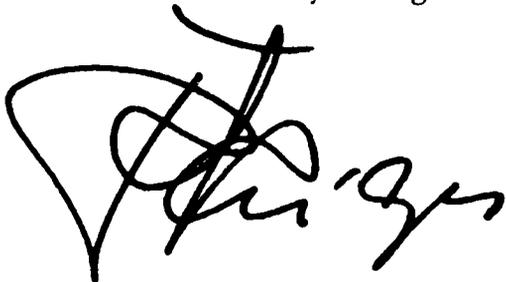


Seán O'Connell

Per il presidente della Repubblica italiana

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Indalbonfi', written in a cursive style.

Pour Son Altesse Royale le grand-duc de Luxembourg

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'F. G. G.', written in a cursive style.

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'B. J.', written in a cursive style.

For Her Majesty the Queen of the United Kingdom of
Great Britain and Northern Ireland

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Elizabeth Jones', written in a cursive style.

ÜBEREINKOMMEN

**über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen
in Zivil- und Handelssachen (*)**

PRÄAMBEL

**DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN DES VERTRAGES ZUR GRÜNDUNG DER
EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT —**

in dem Wunsch, Artikel 220 des genannten Vertrages auszuführen, in dem sie sich verpflichtet haben, die Vereinfachung der Förmlichkeiten für die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen sicherzustellen,

in dem Bestreben, innerhalb der Gemeinschaft den Rechtsschutz der dort ansässigen Personen zu verstärken,

in der Erwägung, daß es zu diesem Zweck geboten ist, die internationale Zuständigkeit ihrer Gerichte festzulegen, die Anerkennung von Entscheidungen zu erleichtern und ein beschleunigtes Verfahren einzuführen, um die Vollstreckung von Entscheidungen sowie von öffentlichen Urkunden und gerichtlichen Vergleichen sicherzustellen —

haben beschlossen, dieses Übereinkommen zu schließen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER:

Herrn Pierre HARMEL,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Herrn Willy BRANDT,
Vizekanzler
Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK:

Herrn Michel DEBRÉ,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK:

Herrn Giuseppe MEDICI,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

(*) Text in der Fassung des Beitrittsübereinkommens.

SEINE KÖNIGLICHE HOHEIT DER GROSSHERZOG VON LUXEMBURG:

Herrn Pierre GRÉGOIRE,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE:

Herrn J. M. A. H. LUNS,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

DIESE im Rat vereinigten Bevollmächtigten SIND nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten

WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

TITEL I

ANWENDUNGSBEREICH

Artikel 1

Dieses Übereinkommen ist in Zivil- und Handelssachen anzuwenden, ohne daß es auf die Art der Gerichtsbarkeit ankommt. Es erfaßt insbesondere nicht Steuer- und Zollsachen sowie verwaltungsrechtliche Angelegenheiten ⁽¹⁾.

Es ist nicht anzuwenden auf:

1. den Personenstand, die Rechts- und Handlungsfähigkeit sowie die gesetzliche Vertretung von natürlichen Personen, die ehelichen Güterstände, das Gebiet des Erbrechts einschließlich des Testamentsrechts;
2. Konkurse, Vergleiche und ähnliche Verfahren;
3. die soziale Sicherheit;
4. die Schiedsgerichtsbarkeit.

TITEL II

ZUSTÄNDIGKEIT

1. Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

Artikel 2

Vorbehaltlich der Vorschriften dieses Übereinkommens sind Personen, die ihren Wohnsitz in dem

Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats haben, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit vor den Gerichten dieses Staates zu verklagen.

Auf Personen, die nicht dem Staat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, angehören, sind die für Inländer maßgebenden Zuständigkeitsvorschriften anzuwenden.

Artikel 3

Personen, die ihren Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats haben, können vor den Gerichten eines anderen Vertragsstaats nur gemäß den Vorschriften des 2. bis 6. Abschnitts verklagt werden.

Insbesondere können gegen diese Personen nicht geltend gemacht werden:

— in Belgien: Artikel 15 des Zivilgesetzbuches (Code civil — Burgerlijk Wetboek) sowie Artikel 638 der Zivilprozeßordnung (Code judiciaire — Gerechtelijk Wetboek);

— in Dänemark: Artikel 248 Absatz 2 der Zivilprozeßordnung (Lov om rettens pleje) und Kapitel 3 Artikel 3 der Zivilprozeßordnung für Grönland (Lov for Grønland om rettens pleje);

— in der Bundesrepublik Deutschland: § 23 der Zivilprozeßordnung;

— in Frankreich: Artikel 14 und 15 des Zivilgesetzbuches (Code civil);

— in Irland: Vorschriften, nach denen die Zuständigkeit durch Zustellung eines das Verfahren einleitenden Schriftstücks an den Beklagten während dessen vorübergehender Anwesenheit in Irland begründet wird;

⁽¹⁾ Satz 2 angefügt gemäß Artikel 3 des Beitrittsübereinkommens.

- in Italien: Artikel 2, Artikel 4 Nummern 1 und 2 der Zivilprozeßordnung (Codice di procedura civile);
- in Luxemburg: Artikel 14 und 15 des Zivilgesetzbuches (Code civil);
- in den Niederlanden: Artikel 126 Absatz 3 und Artikel 127 der Zivilprozeßordnung (Wetboek van Burgerlijke Rechtsvordering);
- im Vereinigten Königreich: Vorschriften, nach denen die Zuständigkeit begründet wird durch
 - a) die Zustellung eines das Verfahren einleitenden Schriftstücks an den Beklagten während dessen vorübergehender Anwesenheit im Vereinigten Königreich;
 - b) das Vorhandensein von Vermögenswerten des Beklagten im Vereinigten Königreich oder
 - c) die Beschlagnahme von Vermögen im Vereinigten Königreich durch den Kläger ⁽¹⁾.

Artikel 4

Hat der Beklagte keinen Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats, so bestimmt sich, vorbehaltlich des Artikels 16, die Zuständigkeit der Gerichte eines jeden Vertragsstaats nach seinen eigenen Gesetzen.

Gegenüber einem Beklagten, der keinen Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats hat, kann sich jede Person, die ihren Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats hat, in diesem Staat auf die dort geltenden Zuständigkeitsvorschriften, insbesondere auf die in Artikel 3 Absatz 2 angeführten Vorschriften, wie ein Inländer berufen, ohne daß es auf ihre Staatsangehörigkeit ankommt.

2. Abschnitt

Besondere Zuständigkeiten

Artikel 5

Eine Person, die ihren Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats hat, kann in einem anderen Vertragsstaat verklagt werden:

1. wenn ein Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag den Gegenstand des Verfahrens bilden, vor dem Gericht des Ortes, an dem die Verpflichtung erfüllt worden ist oder zu erfüllen wäre;
2. wenn es sich um eine Unterhaltssache handelt, vor dem Gericht des Ortes, an dem der Unterhaltsbe-

rechtigte seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, oder im Falle einer Unterhaltssache, über die im Zusammenhang mit einem Verfahren in bezug auf den Personenstand zu entscheiden ist, vor dem nach seinem Recht für dieses Verfahren zuständigen Gericht, es sei denn, diese Zuständigkeit beruht lediglich auf der Staatsangehörigkeit einer der Parteien ⁽²⁾;

3. wenn eine unerlaubte Handlung oder eine Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist, oder wenn Ansprüche aus einer solchen Handlung den Gegenstand des Verfahrens bilden, vor dem Gericht des Ortes, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist;
4. wenn es sich um eine Klage auf Schadensersatz oder auf Wiederherstellung des früheren Zustandes handelt, die auf eine mit Strafe bedrohte Handlung gestützt wird, vor dem Strafgericht, bei dem die öffentliche Klage erhoben ist, soweit dieses Gericht nach seinem Recht über zivilrechtliche Ansprüche erkennen kann;
5. wenn es sich um Streitigkeiten aus dem Betrieb einer Zweigniederlassung, einer Agentur oder einer sonstigen Niederlassung handelt, vor dem Gericht des Ortes, an dem sich diese befindet;
6. wenn sie in ihrer Eigenschaft als Begründer, *trustee* oder Begünstigter eines *trust* in Anspruch genommen wird, der aufgrund eines Gesetzes oder durch schriftlich vorgenommenes oder schriftlich bestätigtes Rechtsgeschäft errichtet worden ist, vor den Gerichten des Vertragsstaats, auf dessen Hoheitsgebiet der *trust* seinen Sitz hat ⁽³⁾;
7. wenn es sich um eine Streitigkeit wegen der Zahlung von Berge- und Hilfslohn handelt, der für Bergungs- oder Hilfeleistungsarbeiten gefordert wird, die zugunsten einer Ladung oder einer Frachtforderung erbracht worden sind, vor dem Gericht, in dessen Zuständigkeitsbereich diese Ladung oder die entsprechende Frachtforderung
 - a) mit Arrest belegt worden ist, um die Zahlung zu gewährleisten, oder
 - b) mit Arrest hätte belegt werden können, jedoch dafür eine Bürgschaft oder eine andere Sicherheit geleistet worden ist;

diese Vorschrift ist nur anzuwenden, wenn behauptet wird, daß der Beklagte Rechte an der Ladung oder an der Frachtforderung hat oder zur Zeit der Bergungs- oder Hilfeleistungsarbeiten hatte ⁽⁴⁾.

⁽¹⁾ Absatz 2 geändert gemäß Artikel 4 des Beitrittsübereinkommens.

⁽²⁾ Nr. 2 geändert gemäß Artikel 5 Absatz 3 des Beitrittsübereinkommens.

⁽³⁾ Nr. 6 eingefügt gemäß Artikel 5 Absatz 4 des Beitrittsübereinkommens.

⁽⁴⁾ Nr. 7 eingefügt gemäß Artikel 5 Absatz 4 des Beitrittsübereinkommens.

Artikel 6

Eine Person, die ihren Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats hat, kann auch verklagt werden:

1. wenn mehrere Personen zusammen verklagt werden, vor dem Gericht, in dessen Bezirk einer der Beklagten seinen Wohnsitz hat;
2. wenn es sich um eine Klage auf Gewährleistung oder um eine Interventionsklage handelt, vor dem Gericht des Hauptprozesses, es sei denn, daß diese Klage nur erhoben worden ist, um diese Person dem für sie zuständigen Gericht zu entziehen;
3. wenn es sich um eine Widerklage handelt, die auf denselben Vertrag oder Sachverhalt wie die Klage selbst gestützt wird, vor dem Gericht, bei dem die Klage selbst anhängig ist.

Artikel 6a ⁽¹⁾

Ist ein Gericht eines Vertragsstaats nach diesem Übereinkommen zur Entscheidung in Verfahren wegen einer Haftpflicht aufgrund der Verwendung oder des Betriebs eines Schiffes zuständig, so entscheidet dieses oder ein anderes, an seiner Stelle durch das Recht dieses Staates bestimmtes Gericht auch über Klagen auf Beschränkung dieser Haftung.

3. Abschnitt

Zuständigkeit für Versicherungssachen*Artikel 7*

Für Klagen in Versicherungssachen bestimmt sich die Zuständigkeit vorbehaltlich des Artikels 4 und des Artikels 5 Nummer 5 nach diesem Abschnitt.

Artikel 8 ⁽²⁾

Der Versicherer, der seinen Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats hat, kann verklagt werden:

1. vor den Gerichten des Staates, in dem er seinen Wohnsitz hat,
2. in einem anderen Vertragsstaat vor dem Gericht des Bezirks, in dem der Versicherungsnehmer seinen Wohnsitz hat, oder
3. falls es sich um einen Mitversicherer handelt, vor dem Gericht eines Vertragsstaats, bei dem der federführende Versicherer verklagt wird.

⁽¹⁾ Artikel eingefügt gemäß Artikel 6 des Beitrittsübereinkommens.

⁽²⁾ Wortlaut geändert gemäß Artikel 7 des Beitrittsübereinkommens.

Hat ein Versicherer in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats keinen Wohnsitz, besitzt er aber in einem Vertragsstaat eine Zweigniederlassung, Agentur oder sonstige Niederlassung, so wird er für Streitigkeiten aus ihrem Betrieb so behandelt, wie wenn er seinen Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet dieses Staates hätte.

Artikel 9

Bei der Haftpflichtversicherung oder bei der Versicherung von unbeweglichen Sachen kann der Versicherer außerdem vor dem Gericht des Ortes, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist, verklagt werden. Das gleiche gilt, wenn sowohl bewegliche als auch unbewegliche Sachen in ein und demselben Versicherungsvertrag versichert und von demselben Schadensfall betroffen sind.

Artikel 10

Bei der Haftpflichtversicherung kann der Versicherer auch vor das Gericht, bei dem die Klage des Geschädigten gegen den Versicherten anhängig ist, geladen werden, sofern dies nach dem Recht des angerufenen Gerichts zulässig ist.

Auf eine Klage, die der Verletzte unmittelbar gegen den Versicherer erhebt, sind die Artikel 7 bis 9 anzuwenden, sofern eine solche unmittelbare Klage zulässig ist.

Sieht das für die unmittelbare Klage maßgebliche Recht die Streitverkündung gegen den Versicherungsnehmer oder den Versicherten vor, so ist dasselbe Gericht auch für diese Personen zuständig.

Artikel 11

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 10 Absatz 3 kann der Versicherer nur vor den Gerichten des Vertragsstaats klagen, in dessen Hoheitsgebiet der Beklagte seinen Wohnsitz hat, ohne Rücksicht darauf, ob dieser Versicherungsnehmer, Versicherter oder Begünstigter ist.

Die Vorschriften dieses Abschnitts lassen das Recht unberührt, eine Widerklage vor dem Gericht zu erheben, bei dem die Klage selbst gemäß den Bestimmungen dieses Abschnitts anhängig ist.

Artikel 12 ⁽³⁾

Von den Vorschriften dieses Abschnitts kann im Wege der Vereinbarung nur abgewichen werden:

1. wenn die Vereinbarung nach der Entstehung der Streitigkeit getroffen wird oder

⁽³⁾ Wortlaut geändert gemäß Artikel 8 des Beitrittsübereinkommens.

2. wenn sie dem Versicherungsnehmer, Versicherten oder Begünstigten die Befugnis einräumt, andere als die in diesem Abschnitt angeführten Gerichte anzurufen, oder
3. wenn sie zwischen einem Versicherungsnehmer und einem Versicherer, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in demselben Vertragsstaat haben, getroffen ist, um die Zuständigkeit der Gerichte dieses Staates auch für den Fall zu begründen, daß das schädigende Ereignis im Ausland eingetreten ist, es sei denn, daß eine solche Vereinbarung nach dem Recht dieses Staates nicht zulässig ist, oder
4. wenn sie von einem Versicherungsnehmer abgeschlossen ist, der seinen Wohnsitz nicht in einem Vertragsstaat hat, ausgenommen soweit sie eine Versicherung, zu deren Abschluß eine gesetzliche Verpflichtung besteht, oder die Versicherung von unbeweglichen Sachen in einem Vertragsstaat betrifft, oder
5. wenn sie einen Versicherungsvertrag betrifft, soweit dieser eines oder mehrere der in Artikel 12a aufgeführten Risiken deckt.

Artikel 12a ⁽¹⁾

Die in Artikel 12 Nummer 5 erwähnten Risiken sind die folgenden:

1. sämtliche Schäden
 - a) an Seeschiffen, Anlagen vor der Küste und auf hoher See oder Luftfahrzeugen aus Gefahren, die mit ihrer Verwendung zu gewerblichen Zwecken verbunden sind,
 - b) an Transportgütern, ausgenommen Reisegepäck der Passagiere, wenn diese Güter ausschließlich oder zum Teil mit diesen Schiffen oder Luftfahrzeugen befördert werden;
2. Haftpflicht aller Art, mit Ausnahme der Haftung für Personenschäden an Passagieren oder Schäden an deren Reisegepäck,
 - a) aus der Verwendung oder dem Betrieb von Seeschiffen, Anlagen oder Luftfahrzeugen gemäß Nummer 1 Buchstabe a), es sei denn, daß nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dem das Luftfahrzeug eingetragen ist, Gerichtsstandsvereinbarungen für die Versicherung solcher Risiken untersagt sind,
 - b) für Schäden, die durch Transportgüter während einer Beförderung im Sinne der Nummer 1 Buchstabe b) verursacht werden;

3. finanzielle Verluste im Zusammenhang mit der Verwendung oder dem Betrieb von Seeschiffen, Anlagen oder Luftfahrzeugen gemäß Nummer 1 Buchstabe a), insbesondere Fracht- oder Charterverlust;
4. irgendein zusätzliches Risiko, das mit einem der unter Nummern 1 bis 3 genannten Risiken in Zusammenhang steht.

4. Abschnitt ⁽²⁾

Zuständigkeit für Verbrauchersachen

Artikel 13

Für Klagen aus einem Vertrag, den eine Person zu einem Zweck abgeschlossen hat, der nicht der beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit dieser Person (Verbraucher) zugerechnet werden kann, bestimmt sich die Zuständigkeit, unbeschadet des Artikels 4 und des Artikels 5 Nummer 5, nach diesem Abschnitt,

1. wenn es sich um den Kauf beweglicher Sachen auf Teilzahlung handelt,
2. wenn es sich um ein in Raten zurückzuzahlendes Darlehen oder um ein anderes Kreditgeschäft handelt, die zur Finanzierung eines Kaufs derartiger Sachen bestimmt sind, oder
3. für andere Verträge, wenn sie die Erbringung einer Dienstleistung oder die Lieferung beweglicher Sachen zum Gegenstand haben, sofern
 - a) dem Vertragsabschluß in dem Staat des Wohnsitzes des Verbrauchers ein ausdrückliches Angebot oder eine Werbung vorausgegangen ist und
 - b) der Verbraucher in diesem Staat die zum Abschluß des Vertrages erforderlichen Rechtshandlungen vorgenommen hat.

Hat der Vertragspartner des Verbrauchers in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats keinen Wohnsitz, besitzt er aber in einem Vertragsstaat eine Zweigniederlassung, Agentur oder sonstige Niederlassung, so wird er für Streitigkeiten aus ihrem Betrieb so behandelt, wie wenn er seinen Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet dieses Staates hätte.

Dieser Abschnitt ist nicht auf Beförderungsverträge anzuwenden.

Artikel 14

Die Klage eines Verbrauchers gegen die andere Vertragspartei kann entweder vor den Gerichten des Ver-

⁽¹⁾ Artikel eingefügt gemäß Artikel 9 des Beitrittsübereinkommens.

⁽²⁾ Wortlaut geändert gemäß Artikel 10 des Beitrittsübereinkommens.

tragsstaats erhoben werden, in dessen Hoheitsgebiet diese Vertragspartei ihren Wohnsitz hat, oder vor den Gerichten des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet der Verbraucher seinen Wohnsitz hat.

Die Klage der anderen Vertragspartei gegen den Verbraucher kann nur vor den Gerichten des Vertragsstaats erhoben werden, in dessen Hoheitsgebiet der Verbraucher seinen Wohnsitz hat.

Diese Vorschriften lassen das Recht unberührt, eine Widerklage vor dem Gericht zu erheben, bei dem die Klage selbst gemäß den Bestimmungen dieses Abschnitts anhängig ist.

Artikel 15

Von den Vorschriften dieses Abschnitts kann im Wege der Vereinbarung nur abgewichen werden:

1. wenn die Vereinbarung nach der Entstehung der Streitigkeit getroffen wird oder
2. wenn sie dem Verbraucher die Befugnis einräumt, andere als die in diesem Abschnitt angeführten Gerichte anzurufen, oder
2. wenn sie zwischen einem Verbraucher und seinem Vertragspartner getroffen ist, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in demselben Vertragsstaat haben, und die Zuständigkeit der Gerichte dieses Staates begründet, es sei denn, daß eine solche Vereinbarung nach dem Recht dieses Staates nicht zulässig ist.

5. Abschnitt

Ausschließliche Zuständigkeiten

Artikel 16

Ohne Rücksicht auf den Wohnsitz sind ausschließlich zuständig:

1. für Klagen, die dingliche Rechte an unbeweglichen Sachen sowie die Miete oder Pacht von unbeweglichen Sachen zum Gegenstand haben, die Gerichte des Vertragsstaats, in dem die unbewegliche Sache belegen ist;
2. für Klagen, welche die Gültigkeit, Nichtigkeit oder die Auflösung einer Gesellschaft oder juristischen Person oder der Beschlüsse ihrer Organe zum Gegenstand haben, die Gerichte des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Gesellschaft oder juristische Person ihren Sitz hat;
3. für Klagen, welche die Gültigkeit von Eintragungen in öffentliche Register zum Gegenstand haben, die Gerichte des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Register geführt werden;
4. für Klagen, welche die Eintragung oder die Gültigkeit von Patenten, Warenzeichen, Mustern und

Modellen sowie ähnlicher Rechte, die einer Hinterlegung oder Registrierung bedürfen, zum Gegenstand haben, die Gerichte des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Hinterlegung oder Registrierung beantragt oder vorgenommen worden ist oder aufgrund eines zwischenstaatlichen Übereinkommens als vorgenommen gilt;

5. für Verfahren, welche die Zwangsvollstreckung aus Entscheidungen zum Gegenstand haben, die Gerichte des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet der Zwangsvollstreckung durchgeführt werden soll oder durchgeführt worden ist.

6. Abschnitt

Vereinbarung über die Zuständigkeit

Artikel 17 ⁽¹⁾

Haben die Parteien, von denen mindestens eine ihren Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats hat, vereinbart, daß ein Gericht oder die Gerichte eines Vertragsstaats über eine bereits entstandene Rechtsstreitigkeit oder über eine künftige aus einem bestimmten Rechtsverhältnis entspringende Rechtsstreitigkeit entscheiden sollen, so sind dieses Gericht oder die Gerichte dieses Staates ausschließlich zuständig. Eine solche Gerichtsstandsvereinbarung muß schriftlich oder mündlich mit schriftlicher Bestätigung oder im internationalen Handelsverkehr in einer Form geschlossen werden, die den internationalen Handelsbräuchen entspricht, die den Parteien bekannt sind oder die als ihnen bekannt angesehen werden müssen. Wenn eine solche Vereinbarung von Parteien geschlossen wurde, die beide ihren Wohnsitz nicht im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats haben, so können die Gerichte der anderen Vertragsstaaten nicht entscheiden, es sei denn, das vereinbarte Gericht oder die vereinbarten Gerichte haben sich rechtskräftig für unzuständig erklärt.

Ist in schriftlich niedergelegten *trust*-Bedingungen bestimmt, daß über Klagen gegen einen Begründer, *trustee* oder Begünstigten eines *trust* ein Gericht oder die Gerichte eines Vertragsstaats entscheiden sollen, so ist dieses Gericht oder sind diese Gerichte ausschließlich zuständig, wenn es sich um Beziehungen zwischen diesen Personen oder ihre Rechte oder Pflichten im Rahmen des *trust* handelt.

Gerichtsstandsvereinbarungen und entsprechende Bestimmungen in *trust*-Bedingungen haben keine rechtliche Wirkung, wenn sie den Vorschriften der Artikel 12 oder 15 zuwiderlaufen oder wenn die Gerichte, deren Zuständigkeit abbedungen wird, aufgrund des Artikels 16 ausschließlich zuständig sind.

Ist eine Gerichtsstandsvereinbarung nur zugunsten einer der Parteien getroffen worden, so behält diese das Recht, jedes andere Gericht anzurufen, das aufgrund dieses Übereinkommens zuständig ist.

⁽¹⁾ Wortlaut geändert gemäß Artikel 11 des Beitrittsübereinkommens.

Artikel 18

Sofern das Gericht eines Vertragsstaats nicht bereits nach anderen Vorschriften dieses Übereinkommens zuständig ist, wird es zuständig, wenn sich der Beklagte vor ihm auf das Verfahren einläßt. Dies gilt nicht, wenn der Beklagte sich nur einläßt, um den Mangel der Zuständigkeit geltend zu machen oder wenn ein anderes Gericht aufgrund des Artikels 16 ausschließlich zuständig ist.

7. Abschnitt

Prüfung der Zuständigkeit und der Zulässigkeit des Verfahrens*Artikel 19*

Das Gericht eines Vertragsstaats hat sich von Amts wegen für unzuständig zu erklären, wenn es wegen einer Streitigkeit angerufen wird, für die das Gericht eines anderen Vertragsstaats aufgrund des Artikels 16 ausschließlich zuständig ist.

Artikel 20

Läßt sich der Beklagte, der seinen Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats hat und der vor den Gerichten eines anderen Vertragsstaats verklagt wird, auf das Verfahren nicht ein, so hat sich das Gericht von Amts wegen für unzuständig zu erklären, wenn seine Zuständigkeit nicht aufgrund der Bestimmungen dieses Übereinkommens begründet ist.

Das Gericht hat die Entscheidung so lange auszusetzen, bis festgestellt ist, daß es dem Beklagten möglich war, das den Rechtsstreit einleitende Schriftstück oder ein gleichwertiges Schriftstück so rechtzeitig zu empfangen, daß er sich verteidigen konnte, oder daß alle hierzu erforderlichen Maßnahmen getroffen worden sind ⁽¹⁾.

An die Stelle des vorstehenden Absatzes tritt Artikel 15 des Haager Übereinkommens vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland für Zivil- und Handelssachen, wenn das den Rechtsstreit einleitende Schriftstück gemäß dem erwähnten Übereinkommen zu übermitteln war.

8. Abschnitt

Rechtshängigkeit und im Zusammenhang stehende Verfahren*Artikel 21*

Werden bei Gerichten verschiedener Vertragsstaaten Klagen wegen desselben Anspruchs zwischen densel-

ben Parteien anhängig gemacht, so hat sich das später angerufene Gericht von Amts wegen zugunsten des zuerst angerufenen Gerichts für unzuständig zu erklären.

Das Gericht, das sich für unzuständig zu erklären hätte, kann die Entscheidung aussetzen, wenn der Mangel der Zuständigkeit des anderen Gerichts geltend gemacht wird.

Artikel 22

Werden bei Gerichten verschiedener Vertragsstaaten Klagen, die im Zusammenhang stehen, erhoben, so kann das später angerufene Gericht die Entscheidung aussetzen, solange beide Klagen im ersten Rechtszug anhängig sind.

Das später angerufene Gericht kann sich auf Antrag einer Partei auch für unzuständig erklären, wenn die Verbindung im Zusammenhang stehender Verfahren nach seinem Recht zulässig ist und das zuerst angerufene Gericht für beide Klagen zuständig ist.

Klagen stehen im Sinne dieses Artikels im Zusammenhang, wenn zwischen ihnen eine so enge Beziehung gegeben ist, daß eine gemeinsame Verhandlung und Entscheidung geboten erscheint, um zu vermeiden, daß in getrennten Verfahren widersprechende Entscheidungen ergehen könnten.

Artikel 23

Ist für die Klagen die ausschließliche Zuständigkeit mehrerer Gerichte gegeben, so hat sich das zuletzt angerufene Gericht zugunsten des zuerst angerufenen Gerichts für unzuständig zu erklären.

9. Abschnitt

Einstweilige Maßnahmen einschließlich solcher, die auf eine Sicherung gerichtet sind*Artikel 24*

Die in dem Recht eines Vertragsstaats vorgesehenen einstweiligen Maßnahmen einschließlich solcher, die auf eine Sicherung gerichtet sind, können bei den Gerichten dieses Staates auch dann beantragt werden, wenn für die Entscheidung in der Hauptsache das Gericht eines anderen Vertragsstaats aufgrund dieses Übereinkommens zuständig ist.

TITEL III

ANERKENNUNG UND VOLLSTRECKUNG*Artikel 25*

Unter „Entscheidung“ im Sinne dieses Übereinkommens ist jede von einem Gericht eines Vertragsstaats

⁽¹⁾ Absatz 2 geändert gemäß Artikel 12 des Beitrittsübereinkommens.

erlassene Entscheidung zu verstehen ohne Rücksicht auf ihre Bezeichnung wie Urteil, Beschluß oder Vollstreckungsbefehl, einschließlich des Kostenfestsetzungsbeschlusses eines Urkundsbeamten.

1. Abschnitt

Anerkennung

Artikel 26

Die in einem Vertragsstaat ergangenen Entscheidungen werden in den anderen Vertragsstaaten anerkannt, ohne daß es hierfür eines besonderen Verfahrens bedarf.

Bildet die Frage, ob eine Entscheidung anzuerkennen ist, als solche den Gegenstand eines Streites, so kann jede Partei, welche die Anerkennung geltend macht, in dem Verfahren nach dem 2. und 3. Abschnitt dieses Titels die Feststellung beantragen, daß die Entscheidung anzuerkennen ist.

Wird die Anerkennung in einem Rechtsstreit vor dem Gericht eines Vertragsstaats, dessen Entscheidung von der Anerkennung abhängt, verlangt, so kann dieses Gericht über die Anerkennung entscheiden.

Artikel 27

Eine Entscheidung wird nicht anerkannt:

1. wenn die Anerkennung der öffentlichen Ordnung des Staates, in dem sie geltend gemacht wird, widersprechen würde;
2. wenn dem Beklagten, der sich auf das Verfahren nicht eingelassen hat, das dieses Verfahren einleitende Schriftstück oder ein gleichwertiges Schriftstück nicht ordnungsmäßig und nicht so rechtzeitig zugestellt worden ist, daß er sich verteidigen konnte ⁽¹⁾;
3. wenn die Entscheidung mit einer Entscheidung unvereinbar ist, die zwischen denselben Parteien in dem Staat, in dem die Anerkennung geltend gemacht wird, ergangen ist;
4. wenn das Gericht des Urteilsstaats bei seiner Entscheidung hinsichtlich einer Vorfrage, die den Personenstand, die Rechts- und Handlungsfähigkeit sowie die gesetzliche Vertretung einer natürlichen Person, die ehelichen Güterstände, das Gebiet des Erbrechts einschließlich des Testamentsrechts betrifft, sich in Widerspruch zu einer Vorschrift des internationalen Privatrechts des Staates, in dem die Anerkennung geltend gemacht wird, gesetzt hat, es sei denn, daß die Entscheidung nicht zu einem anderen Ergebnis geführt hätte, wenn die Vorschriften des internationalen Privatrechts dieses Staates angewandt worden wären;
5. wenn die Entscheidung mit einer früheren Entscheidung unvereinbar ist, die in einem Nichtver-

⁽¹⁾ Nr. 2 geändert gemäß Artikel 13 Absatz 1 des Beitrittsübereinkommens.

tragsstaat zwischen denselben Parteien in einem Rechtsstreit wegen desselben Anspruchs ergangen ist, sofern diese Entscheidung die notwendigen Voraussetzungen für ihre Anerkennung in dem Staat erfüllt, in dem die Anerkennung geltend gemacht wird ⁽²⁾.

Artikel 28

Eine Entscheidung wird ferner nicht anerkannt, wenn die Vorschriften des 3., 4. und 5. Abschnitts des Titels II verletzt worden sind oder wenn ein Fall des Artikels 59 vorliegt.

Das Gericht oder die Behörde des Staates, in dem die Anerkennung geltend gemacht wird, ist bei der Prüfung, ob eine der im vorstehenden Absatz angeführten Zuständigkeiten gegeben ist, an die tatsächlichen Feststellungen gebunden, aufgrund deren das Gericht des Urteilsstaats seine Zuständigkeit angenommen hat.

Die Zuständigkeit der Gerichte des Urteilsstaats darf, unbeschadet der Bestimmungen des ersten Absatzes, nicht nachgeprüft werden; die Vorschriften über die Zuständigkeit gehören nicht zur öffentlichen Ordnung im Sinne des Artikels 27 Nummer 1.

Artikel 29

Die ausländische Entscheidung darf keinesfalls auf ihre Gesetzmäßigkeit nachgeprüft werden.

Artikel 30

Das Gericht eines Vertragsstaats, in dem die Anerkennung einer in einem anderen Vertragsstaat ergangenen Entscheidung geltend gemacht wird, kann das Verfahren aussetzen, wenn gegen die Entscheidung ein ordentlicher Rechtsbehelf eingelegt worden ist.

Das Gericht eines Vertragsstaats, vor dem die Anerkennung einer in Irland oder im Vereinigten Königreich ergangenen Entscheidung geltend gemacht wird, kann das Verfahren aussetzen, wenn die Vollstreckung der Entscheidung im Urteilsstaat wegen der Einlegung eines Rechtsbehelfs einstweilen eingestellt ist ⁽³⁾.

2. Abschnitt

Vollstreckung

Artikel 31

Die in einem Vertragsstaat ergangenen Entscheidungen, die in diesem Staat vollstreckbar sind, werden in

⁽²⁾ Nr. 5 eingefügt gemäß Artikel 13 Absatz 2 des Beitrittsübereinkommens.

⁽³⁾ Absatz 2 eingefügt gemäß Artikel 14 des Beitrittsübereinkommens.

einem anderen Vertragsstaat vollstreckt, wenn sie dort auf Antrag eines Berechtigten mit der Vollstreckungsklausel versehen worden sind.

Im Vereinigten Königreich wird eine derartige Entscheidung jedoch in England und Wales, in Schottland oder in Nordirland vollstreckt, wenn sie auf Antrag eines Berechtigten zur Vollstreckung in dem betreffenden Teil des Vereinigten Königreichs registriert worden ist ⁽¹⁾.

Artikel 32

Der Antrag ist zu richten:

- in Belgien an das „tribunal de première instance“ oder an die „rechtbank van eerste aanleg“;
- in Dänemark an das „underret“;
- in der Bundesrepublik Deutschland an den Vorsitzenden einer Kammer des Landgerichts;
- in Frankreich an den Präsidenten des „tribunal de grande instance“;
- in Irland an den „High Court“;
- in Italien an die „corte d'appello“;
- in Luxemburg an den Präsidenten des „tribunal d'arrondissement“;
- in den Niederlanden an den Präsidenten der „arrondissementsrechtbank“;
- im Vereinigten Königreich:
 1. in England und Wales an den „High Court of Justice“ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen an den „Magistrates' Court“ über den „Secretary of State“;
 2. in Schottland an den „Court of Session“ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen an den „Sheriff Court“ über den „Secretary of State“;
 3. in Nordirland an den „High Court of Justice“ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen an den „Magistrates' Court“ über den „Secretary of State“ ⁽²⁾.

Die örtliche Zuständigkeit wird durch den Wohnsitz des Schuldners bestimmt. Hat dieser keinen Wohnsitz im Hoheitsgebiet des Vollstreckungsstaats, so ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirk die Zwangsvollstreckung durchgeführt werden soll.

⁽¹⁾ Absatz 2 eingefügt gemäß Artikel 15 des Beitrittsübereinkommens.

⁽²⁾ Absatz 1 geändert gemäß Artikel 16 des Beitrittsübereinkommens.

Artikel 33

Für die Stellung des Antrags ist das Recht des Vollstreckungsstaats maßgebend.

Der Antragsteller hat im Bezirk des angerufenen Gerichts ein Wahlmizil zu begründen. Ist das Wahlmizil im Recht des Vollstreckungsstaats nicht vorgesehen, so hat der Antragsteller einen Zustellungsbevollmächtigten zu benennen.

Dem Antrag sind die in den Artikeln 46 und 47 angeführten Urkunden beizufügen.

Artikel 34

Das mit dem Antrag befaßte Gericht erläßt seine Entscheidung unverzüglich, ohne daß der Schuldner in diesem Abschnitt des Verfahrens Gelegenheit erhält, eine Erklärung abzugeben.

Der Antrag kann nur aus einem der in Artikel 27 und 28 angeführten Gründe abgelehnt werden.

Die ausländische Entscheidung darf keinesfalls auf ihre Gesetzmäßigkeit nachgeprüft werden.

Artikel 35

Die Entscheidung, die über den Antrag ergangen ist, teilt der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle dem Antragsteller unverzüglich in der Form mit, die das Recht des Vollstreckungsstaats vorsieht.

Artikel 36

Wird die Zwangsvollstreckung zugelassen, so kann der Schuldner gegen die Entscheidung innerhalb eines Monats nach ihrer Zustellung einen Rechtsbehelf einlegen.

Hat der Schuldner seinen Wohnsitz in einem anderen Vertragsstaat als dem, in dem die Entscheidung über die Zulassung der Zwangsvollstreckung ergangen ist, so beträgt die Frist für den Rechtsbehelf zwei Monate und beginnt von dem Tage an zu laufen, an dem die Entscheidung dem Schuldner entweder in Person oder in seiner Wohnung zugestellt worden ist. Eine Verlängerung dieser Frist wegen weiter Entfernung ist ausgeschlossen.

Artikel 37 ⁽³⁾

Der Rechtsbehelf wird nach den Vorschriften, die für das streitige Verfahren maßgebend sind, eingelegt:

- in Belgien bei dem „tribunal de première instance“ oder der „rechtbank van eerste aanleg“;

⁽³⁾ Wortlaut geändert gemäß Artikel 17 des Beitrittsübereinkommens.

- in Dänemark bei dem „landsret“;
- in der Bundesrepublik Deutschland bei dem Oberlandesgericht;
- in Frankreich bei der „cour d'appel“;
- in Irland bei dem „High Court“;
- in Italien bei der „corte d'appello“;
- in Luxemburg bei der „Cour supérieure de Justice“ als Berufungsinstanz für Zivilsachen;
- in den Niederlanden bei der „arrondissementsrechtbank“;
- im Vereinigten Königreich:
 1. in England und Wales bei dem „High Court of Justice“ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen bei dem „Magistrates' Court“;
 2. in Schottland bei dem „Court of Session“ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen bei dem „Sheriff Court“;
 3. in Nordirland bei dem „High Court of Justice“ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen bei dem „Magistrates' Court“.

Gegen die Entscheidung, die über den Rechtsbehelf ergangen ist, finden nur statt:

- in Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden: die Kassationsbeschwerde;
- in Dänemark: ein Verfahren vor dem „højesteret“ mit Zustimmung des Justizministers;
- in der Bundesrepublik Deutschland: die Rechtsbeschwerde;
- in Irland: ein auf Rechtsfragen beschränkter Rechtsbehelf bei dem „Supreme Court“;
- im Vereinigten Königreich: ein einziger auf Rechtsfragen beschränkter Rechtsbehelf.

Artikel 38

Das mit dem Rechtsbehelf befaßte Gericht kann auf Antrag der Partei, die ihn eingelegt hat, seine Entscheidung aussetzen, wenn gegen die Entscheidung im Urteilsstaat ein ordentlicher Rechtsbehelf eingelegt oder die Frist für einen solchen Rechtsbehelf noch nicht verstrichen ist; in letzterem Fall kann das Gericht eine Frist bestimmen, innerhalb deren der Rechtsbehelf einzulegen ist.

Ist eine gerichtliche Entscheidung in Irland oder im Vereinigten Königreich erlassen worden, so gilt jeder

in dem Urteilsstaat statthafte Rechtsbehelf als ordentlicher Rechtsbehelf im Sinne von Absatz 1 ⁽¹⁾.

Das Gericht kann auch die Zwangsvollstreckung von der Leistung einer Sicherheit, die es bestimmt, abhängig machen.

Artikel 39

Solange die in Artikel 36 vorgesehene Frist für den Rechtsbehelf läuft und solange über den Rechtsbehelf nicht entschieden ist, darf die Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Schuldners nicht über Maßregeln zur Sicherung hinausgehen.

Die Entscheidung, durch welche die Zwangsvollstreckung zugelassen wird, gibt die Befugnis, solche Maßregeln zu betreiben.

Artikel 40

Wird der Antrag abgelehnt, so kann der Antragsteller einen Rechtsbehelf einlegen:

- in Belgien bei der „cour d'appel“ oder dem „hof van beroep“;
- in Dänemark bei dem „landsret“;
- in der Bundesrepublik Deutschland bei dem Oberlandesgericht;
- in Frankreich bei der „cour d'appel“;
- in Irland bei dem „High Court“;
- in Italien bei der „corte d'appello“;
- in Luxemburg bei der „Cour supérieure de Justice“ als Berufungsinstanz für Zivilsachen;
- in den Niederlanden bei dem „gerechtshof“;
- im Vereinigten Königreich:
 1. in England und Wales bei dem „High Court of Justice“ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen bei dem „Magistrates' Court“;
 2. in Schottland bei dem „Court of Session“ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen bei dem „Sheriff Court“;
 3. in Nordirland bei dem „High Court of Justice“ oder im Falle von Entscheidungen in Unterhaltssachen bei dem „Magistrates' Court“ ⁽²⁾.

⁽¹⁾ Absatz 2 eingefügt gemäß Artikel 18 des Beitrittsübereinkommens.

⁽²⁾ Absatz 1 geändert gemäß Artikel 19 des Beitrittsübereinkommens.

Das mit dem Rechtsbehelf befaßte Gericht hat den Schuldner zu hören. Läßt dieser sich auf das Verfahren nicht ein, so ist Artikel 20 Absätze 2 und 3 auch dann anzuwenden, wenn der Schuldner seinen Wohnsitz nicht in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats hat.

Artikel 41 ⁽¹⁾

Gegen die Entscheidung, die über den in Artikel 40 vorgesehenen Rechtsbehelf ergangen ist, finden nur statt:

- in Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und in den Niederlanden: die Kassationsbeschwerde;
- in Dänemark: ein Verfahren vor dem „højesteret“ mit Zustimmung des Justizministers;
- in der Bundesrepublik Deutschland: die Rechtsbeschwerde;
- in Irland: ein auf Rechtsfragen beschränkter Rechtsbehelf bei dem „Supreme Court“;
- im Vereinigten Königreich: ein einziger auf Rechtsfragen beschränkter Rechtsbehelf.

Artikel 42

Ist durch die ausländische Entscheidung über mehrere mit der Klage geltend gemachte Ansprüche erkannt und kann die Entscheidung nicht im vollen Umfang zur Zwangsvollstreckung zugelassen werden, so läßt das Gericht sie für einen oder mehrere dieser Ansprüche zu.

Der Antragsteller kann beantragen, daß die Zwangsvollstreckung nur für einen Teil des Gegenstands der Verurteilung zugelassen wird.

Artikel 43

Ausländische Entscheidungen, die auf Zahlung eines Zwangsgelds lauten, sind in dem Vollstreckungsstaat nur vollstreckbar, wenn die Höhe des Zwangsgelds durch die Gerichte des Urteilsstaats endgültig festgesetzt ist.

Artikel 44 ⁽²⁾

Ist dem Antragsteller in dem Staat, in dem die Entscheidung ergangen ist, ganz oder teilweise das

⁽¹⁾ Wortlaut geändert gemäß Artikel 20 des Beitrittsübereinkommens.

⁽²⁾ Wortlaut geändert gemäß Artikel 21 des Beitrittsübereinkommens.

Armenrecht oder Kosten- und Gebührenbefreiung gewährt worden, so genießt er in dem Verfahren nach den Artikeln 32 bis 35 hinsichtlich des Armenrechts oder der Kosten- und Gebührenbefreiung die günstigste Behandlung, die das Recht des Vollstreckungsstaats vorsieht.

Der Antragsteller, welcher die Vollstreckung einer Entscheidung einer Verwaltungsbehörde begehrt, die in Dänemark in Unterhaltssachen ergangen ist, kann im Vollstreckungsstaat Anspruch auf die in Absatz 1 genannten Vorteile erheben, wenn er eine Erklärung des dänischen Justizministeriums darüber vorlegt, daß er die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die vollständige oder teilweise Bewilligung des Armenrechts oder für die Kosten- und Gebührenbefreiung erfüllt.

Artikel 45

Der Partei, die in einem Vertragsstaat eine in einem anderen Vertragsstaat ergangene Entscheidung vollstrecken will, darf wegen ihrer Eigenschaft als Ausländer oder wegen Fehlens eines inländischen Wohnsitzes oder Aufenthalts eine Sicherheitsleistung oder Hinterlegung, unter welcher Bezeichnung es auch sei, nicht auferlegt werden.

3. Abschnitt

Gemeinsame Vorschriften

Artikel 46

Die Partei, welche die Anerkennung einer Entscheidung geltend macht oder die Zwangsvollstreckung betreiben will, hat vorzulegen:

1. eine Ausfertigung der Entscheidung, welche die für ihre Beweiskraft erforderlichen Voraussetzungen erfüllt;
2. bei einer im Versäumnisverfahren ergangenen Entscheidung die Urschrift oder eine beglaubigte Abschrift der Urkunde, aus der sich ergibt, daß das den Rechtsstreit einleitende Schriftstück oder ein gleichwertiges Schriftstück der säumigen Partei zugestellt worden ist ⁽³⁾.

Artikel 47

Die Partei, welche die Zwangsvollstreckung betreiben will, hat ferner vorzulegen:

1. die Urkunden, aus denen sich ergibt, daß die Entscheidung nach dem Recht des Urteilsstaats vollstreckbar ist und daß sie zugestellt worden ist;

⁽³⁾ Nr. 2 geändert gemäß Artikel 22 des Beitrittsübereinkommens.

2. gegebenenfalls eine Urkunde, durch die nachgewiesen wird, daß der Antragsteller das Armenrecht im Urteilsstaat genießt.

Artikel 48

Werden die in Artikel 46 Nummer 2 und in Artikel 47 Nummer 2 angeführten Urkunden nicht vorgelegt, so kann das Gericht eine Frist bestimmen, innerhalb deren die Urkunden vorzulegen sind, oder sich mit gleichwertigen Urkunden begnügen oder von der Vorlage der Urkunden befreien, wenn es eine weitere Klärung nicht für erforderlich hält.

Auf Verlangen des Gerichts ist eine Übersetzung der Urkunden vorzulegen; die Übersetzung ist von einer hierzu in einem der Vertragsstaaten befugten Person zu beglaubigen.

Artikel 49

Die in den Artikeln 46, 47 und in Artikel 48 Absatz 2 angeführten Urkunden sowie die Urkunde über die Prozeßvollmacht, falls eine solche erteilt wird, bedürfen weder der Legalisation noch einer ähnlichen Förmlichkeit.

TITEL IV

ÖFFENTLICHE URKUNDEN UND PROZESSVERGLEICHE

Artikel 50

Öffentliche Urkunden, die in einem Vertragsstaat aufgenommen und vollstreckbar sind, werden in einem anderen Vertragsstaat auf Antrag in den Verfahren nach den Artikeln 31 ff. mit der Vollstreckungsklausel versehen. Der Antrag kann nur abgelehnt werden, wenn die Zwangsvollstreckung aus der Urkunde der öffentlichen Ordnung des Vollstreckungsstaats widersprechen würde.

Die vorgelegte Urkunde muß die Voraussetzungen für ihre Beweiskraft erfüllen, die in dem Staat, in dem sie aufgenommen wurde, erforderlich sind.

Die Vorschriften des 3. Abschnitts des Titels III sind sinngemäß anzuwenden.

Artikel 51

Vergleiche, die vor einem Richter im Laufe eines Verfahrens abgeschlossen und in dem Staat, in dem sie errichtet wurden, vollstreckbar sind, werden in dem Vollstreckungsstaat unter denselben Bedingungen wie öffentliche Urkunden vollstreckt.

TITEL V

ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN

Artikel 52

Ist zu entscheiden, ob eine Partei im Hoheitsgebiet des Vertragsstaats, dessen Gerichte angerufen sind, einen Wohnsitz hat, so wendet das Gericht sein Recht an.

Hat eine Partei keinen Wohnsitz in dem Staat, dessen Gerichte angerufen sind, so wendet das Gericht, wenn es zu entscheiden hat, ob die Partei einen Wohnsitz in einem anderen Vertragsstaat hat, das Recht dieses Staates an.

Der Wohnsitz einer Partei ist jedoch nach dem Recht des Staates, dem sie angehört, zu beurteilen, wenn nach diesem Recht ihr Wohnsitz vom Wohnsitz einer anderen Person oder vom Sitz einer Behörde abhängt.

Artikel 53

Der Sitz von Gesellschaften und juristischen Personen steht für die Anwendung dieses Übereinkommens dem Wohnsitz gleich. Jedoch hat das Gericht bei der Entscheidung darüber, wo der Sitz sich befindet, die Vorschriften seines internationalen Privatrechts anzuwenden.

Um zu bestimmen, ob ein *trust* seinen Sitz in dem Vertragsstaat hat, bei dessen Gerichten die Klage anhängig ist, wendet das Gericht sein internationales Privatrecht an ⁽¹⁾.

TITEL VI

ÜBERGANGSVORSCHRIFTEN ⁽²⁾

Artikel 54

Die Vorschriften dieses Übereinkommens sind nur auf solche Klagen und öffentlichen Urkunden anzuwenden, die nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens erhoben oder aufgenommen worden sind.

Nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens ergangene Entscheidungen werden, auch wenn sie aufgrund einer vor dem Inkrafttreten erhobenen Klage erlassen sind, nach Maßgabe des Titels III anerkannt und zur Zwangsvollstreckung zugelassen, vorausgesetzt, daß das Gericht aufgrund von Vorschriften zuständig war, die mit den Zuständigkeitsvorschriften des Titels II oder eines Abkommens übereinstimmen,

⁽¹⁾ Absatz 2 eingefügt gemäß Artikel 23 des Beitrittsübereinkommens.

⁽²⁾ Übergangsbestimmungen für das Beitrittsübereinkommen sind in dessen Titel V enthalten.

das im Zeitpunkt der Klageerhebung zwischen dem Urteilsstaat und dem Staat, in dem die Entscheidung geltend gemacht wird, in Kraft war.

TITEL VII

VERHÄLTNIS ZU ANDEREN ABKOMMEN

Artikel 55

Dieses Übereinkommen ersetzt unbeschadet der Vorschriften des Artikels 54 Absatz 2 und des Artikels 56 die nachstehenden zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten geschlossenen Abkommen:

- das am 8. Juli 1899 in Paris unterzeichnete belgisch-französische Abkommen über die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden;
- das am 28. März 1925 in Brüssel unterzeichnete belgisch-niederländische Abkommen über die Zuständigkeit der Gerichte, den Konkurs sowie die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden;
- das am 3. Juni 1930 in Rom unterzeichnete französisch-italienische Abkommen über die Vollstreckung gerichtlicher Urteile in Zivil- und Handelssachen;
- das am 18. Januar 1934 in Paris unterzeichnete britisch-französische Abkommen über die gegenseitige Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen mit Protokoll; ⁽¹⁾
- das am 2. Mai 1934 in Brüssel unterzeichnete britisch-belgische Abkommen über die gegenseitige Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen mit Protokoll; ⁽¹⁾
- das am 9. März 1936 in Rom unterzeichnete deutsch-italienische Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen;
- das am 30. Juni 1958 in Bonn unterzeichnete deutsch-belgische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen;

- das am 17. April 1959 in Rom unterzeichnete niederländisch-italienische Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen;
- das am 14. Juli 1960 in Bonn unterzeichnete deutsch-britische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen; ⁽¹⁾
- das am 6. April 1962 in Rom unterzeichnete belgisch-italienische Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und anderen vollstreckbaren Titeln in Zivil- und Handelssachen;
- den am 30. August 1962 in Den Haag unterzeichneten deutsch-niederländischen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und anderer Schudtitel in Zivil- und Handelssachen;
- das am 7. Februar 1964 in Rom unterzeichnete britisch-italienische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen und das am 14. Juli 1970 in Rom unterzeichnete Zusatzprotokoll; ⁽²⁾
- das am 17. November 1967 in Den Haag unterzeichnete britisch-niederländische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivilsachen; ⁽²⁾

und, sofern er in Kraft getreten ist,

- den am 24. November 1961 in Brüssel unterzeichneten belgisch-niederländisch-luxemburgischen Vertrag über die gerichtliche Zuständigkeit, den Konkurs, die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden.

Artikel 56

Die in Artikel 55 angeführten Abkommen und Verträge behalten ihre Wirksamkeit für die Rechtsgebiete, auf die dieses Übereinkommen nicht anzuwenden ist.

Sie bleiben auch weiterhin für die Entscheidungen und die Urkunden wirksam, die vor Inkrafttreten dieses Übereinkommens ergangen oder aufgenommen sind.

⁽¹⁾ Vierter, fünfter und neunter Gedankenstrich eingefügt gemäß Artikel 24 des Beitrittsübereinkommens.

⁽²⁾ Zwölfter und dreizehnter Gedankenstrich eingefügt gemäß Artikel 24 des Beitrittsübereinkommens.

Artikel 57 ⁽¹⁾

Dieses Übereinkommen läßt Übereinkommen unberührt, denen die Vertragsstaaten angehören oder angehören werden und die für besondere Rechtsgebiete die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung oder Vollstreckung von Entscheidungen regeln ⁽²⁾.

Es berührt nicht die Anwendung der Bestimmungen, die für besondere Rechtsgebiete die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung oder Vollstreckung von Entscheidungen regeln und in Rechtsakten der Organe der Europäischen Gemeinschaften oder in dem in Ausführung dieser Akte harmonisierten einzelstaatlichen Recht enthalten sind.

Artikel 58

Dieses Übereinkommen berührt die Rechte nicht, die schweizerischen Staatsangehörigen aufgrund des Abkommens vom 15. Juni 1869 zwischen Frankreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung von Urteilen in Zivilsachen zustehen.

Artikel 59

Dieses Übereinkommen hindert einen Vertragsstaat nicht, sich gegenüber einem dritten Staat im Rahmen eines Abkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen zu verpflichten, Entscheidungen der Gerichte eines anderen Vertragsstaats gegen Beklagte, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in dem Hoheitsgebiet des dritten Staates haben, nicht anzuerkennen, wenn die Entscheidungen in den Fällen des Artikels 4 nur in einem der in Artikel 3 Absatz 2 angeführten Gerichtsstände ergehen können.

Kein Vertragsstaat kann sich jedoch gegenüber einem dritten Staat verpflichten, eine Entscheidung nicht anzuerkennen, die in einem anderen Vertragsstaat durch ein Gericht gefällt wurde, dessen Zuständigkeit auf das Vorhandensein von Vermögenswerten des Beklagten in diesem Staat oder die Beschlagnahme von dort vorhandenem Vermögen durch den Kläger gegründet ist.

1. wenn die Klage erhoben wird, um Eigentums- oder Inhaberrechte hinsichtlich dieses Vermögens festzustellen oder anzumelden oder um Verfügungsgewalt darüber zu erhalten, oder wenn die Klage sich aus einer anderen Streitsache im Zusammenhang mit diesem Vermögen ergibt, oder

⁽¹⁾ Wortlaut geändert gemäß Artikel 25 Absatz 1 des Beitrittsübereinkommens.

⁽²⁾ Anwendungsbestimmungen zu diesem Absatz sind in Artikel 25 Absatz 2 des Beitrittsübereinkommens festgelegt.

2. wenn das Vermögen die Sicherheit für einen Anspruch darstellt, der Gegenstand des Verfahrens ist ⁽³⁾.

TITEL VIII

SCHLUSSVORSCHRIFTEN ⁽⁴⁾*Artikel 60* ⁽⁵⁾

Dieses Übereinkommen gilt für das europäische Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten einschließlich Grönland, für die französischen überseeischen Departements und Gebiete sowie für Mayotte.

Das Königreich der Niederlande kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifizierung dieses Übereinkommens oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch Notifikation an den Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften erklären, daß dieses Übereinkommen für die Niederländischen Antillen gilt. Wird eine solche Erklärung nicht abgegeben, so gelten Verfahren, die in dem europäischen Hoheitsgebiet des Königreichs aufgrund einer Kassationsbeschwerde gegen Entscheidungen von Gerichten der Niederländischen Antillen anhängig sind, als vor diesen Gerichten anhängig.

Abweichend von Absatz 1 gilt dieses Übereinkommen nicht:

1. für die Färöer, sofern nicht das Königreich Dänemark eine gegenteilige Erklärung abgibt,
2. für die europäischen Gebiete außerhalb des Vereinigten Königreichs, deren internationale Beziehungen dieses wahrnimmt, sofern nicht das Vereinigte Königreich eine gegenteilige Erklärung in bezug auf ein solches Gebiet abgibt.

Diese Erklärungen können jederzeit gegenüber dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften abgegeben werden.

Rechtsmittelverfahren, die im Vereinigten Königreich gegen Entscheidungen von Gerichten in den in Absatz 3 Nummer 2 genannten Gebieten angestrengt werden, gelten als Verfahren vor diesen Gerichten.

Rechtssachen, die im Königreich Dänemark nach der Zivilprozeßordnung für die Färöer (Lov for Fæ-

⁽³⁾ Absatz 2 eingefügt gemäß Artikel 26 des Beitrittsübereinkommens.

⁽⁴⁾ Schlußbestimmungen für das Beitrittsübereinkommen sind in dessen Titel VI enthalten.

⁽⁵⁾ Wortlaut geändert gemäß Artikel 27 des Beitrittsübereinkommens.

røerne om rettens pleje) ausgetragen werden, gelten als Rechtssachen, die vor den Gerichten der Färöer verhandelt werden.

Artikel 61

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt.

Artikel 62 ⁽¹⁾

Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch denjenigen Unterzeichnerstaat folgt, der diese Förmlichkeit als letzter vornimmt.

Artikel 63

Die Vertragsstaaten bekräftigen, daß jeder Staat, der Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird, verpflichtet ist, sein Einverständnis damit zu erklären, daß dieses Übereinkommen den Verhandlungen zwischen den Vertragsstaaten und diesem Staat zugrunde gelegt wird, die erforderlich werden, um die Ausführung des Artikels 220 letzter Absatz des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sicherzustellen.

Die erforderlichen Anpassungen können Gegenstand eines besonderen Übereinkommens zwischen den Vertragsstaaten einerseits und diesem Staat andererseits sein.

Artikel 64

Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften notifiziert den Unterzeichnerstaaten:

⁽¹⁾ Für das Inkrafttreten des Beitrittsübereinkommens vgl. dessen Artikel 39.

- a) die Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde;
- b) den Tag, an dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt;
- c) die gemäß Artikel 60 eingegangenen Erklärungen ⁽²⁾;
- d) die gemäß Artikel IV des Protokolls eingegangenen Erklärungen;
- e) die Mitteilungen gemäß Artikel VI des Protokolls.

Artikel 65

Das diesem Übereinkommen im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsstaaten beigefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Übereinkommens.

Artikel 66

Dieses Übereinkommen gilt auf unbegrenzte Zeit.

Artikel 67

Jeder Vertragsstaat kann eine Revision dieses Übereinkommens beantragen. In diesem Fall beruft der Präsident des Rates der Europäischen Gemeinschaften eine Revisionskonferenz ein.

Artikel 68 ⁽³⁾

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; der Generalsekretär übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

⁽²⁾ Buchstabe c) geändert gemäß Artikel 28 des Beitrittsübereinkommens.

⁽³⁾ Vgl. auch Artikel 37 Absatz 2 des Beitrittsübereinkommens, der vorschreibt, daß der dänische, der englische und der irische Wortlaut gleichermaßen verbindlich sind.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschrift unter dieses Übereinkommen gesetzt.

En foi de quoi les plénipotentiaires soussignés ont apposé leur signature en bas de la présente convention.

In fede di che i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce alla presente convenzione.

Ten blijke waarvan de onderscheiden gevolmachtigden hun handtekening onder dit Verdrag hebben gesteld.

Geschehen zu Brüssel am siebenundzwanzigsten September neunzehnhundertachtundsechzig.

Fait à Bruxelles, le vingt-sept septembre mil neuf cent soixante-huit.

Fatto a Bruxelles, addì ventisette settembre millenovecentosessantotto.

Gedaan te Brussel, op zevenentwintig september negentienhonderd achtenzestig.

Pour Sa Majesté le roi des Belges

Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen

Pierre HARMEL

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Willy BRANDT

Pour le président de la République française

Michel DEBRÉ

Per il presidente della Repubblica italiana

Giuseppe MEDICI

Pour Son Altesse Royale le grand-duc de Luxembourg

Pierre GRÉGOIRE

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden

J.M.A.H. LUNS

PROTOKOLL (*)

Die Hohen Vertragsparteien haben nachstehende Bestimmungen vereinbart, die dem Übereinkommen beigefügt werden:

Artikel I

Jede Person, die ihren Wohnsitz in Luxemburg hat und vor dem Gericht eines anderen Vertragsstaats aufgrund des Artikels 5 Nummer 1 verklagt wird, kann die Unzuständigkeit dieses Gerichts geltend machen. Läßt sich der Beklagte auf das Verfahren nicht ein, so erklärt sich das Gericht von Amts wegen für unzuständig.

Jede Gerichtsstandsvereinbarung im Sinne des Artikels 17 ist für eine Person, die ihren Wohnsitz in Luxemburg hat, nur dann wirksam, wenn diese sie ausdrücklich und besonders angenommen hat.

Artikel II

Unbeschadet günstigerer innerstaatlicher Vorschriften können Personen, die ihren Wohnsitz in einem Vertragsstaat haben und die vor den Strafgerichten eines anderen Vertragsstaats, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, wegen einer fahrlässig begangenen Straftat verfolgt werden, sich von hierzu befugten Personen verteidigen lassen, selbst wenn sie persönlich nicht erscheinen.

Das Gericht kann jedoch das persönliche Erscheinen anordnen; wird diese Anordnung nicht befolgt, so braucht die Entscheidung, die über den Anspruch aus einem Rechtsverhältnis des Zivilrechts ergangen ist, ohne daß sich der Angeklagte verteidigen konnte, in den anderen Vertragsstaaten weder anerkannt noch vollstreckt zu werden.

Artikel III

In dem Vollstreckungsstaat dürfen in dem Verfahren auf Erteilung der Vollstreckungsklausel keine nach dem Streitwert abgestuften Stempelabgaben oder Gebühren erhoben werden.

Artikel IV

Gerichtliche und außergerichtliche Schriftstücke, die in einem Vertragsstaat ausgefertigt sind und einer in

dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats befindlichen Person zugestellt werden sollen, werden nach den zwischen den Vertragsstaaten geltenden Übereinkommen oder Vereinbarungen übermittelt.

Sofern der Staat, in dessen Hoheitsgebiet die Zustellung bewirkt werden soll, nicht durch eine Erklärung, die an den Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften zu richten ist, widersprochen hat, können diese Schriftstücke auch von den gerichtlichen Amtspersonen des Staates, in dem sie angefertigt worden sind, unmittelbar den gerichtlichen Amtspersonen des Staates übersandt werden, in dessen Hoheitsgebiet sich die Person befindet, für welche das Schriftstück bestimmt ist. In diesem Fall übersendet die gerichtliche Amtsperson des Ursprungsstaats eine Abschrift des Schriftstücks der gerichtlichen Amtsperson des Bestimmungslands, die für die Übermittlung an den Empfänger zuständig ist. Diese Übermittlung wird in den Formen vorgenommen, die das Recht des Bestimmungslands vorsieht. Sie wird durch ein Zeugnis festgestellt, das der gerichtlichen Amtsperson des Ursprungsstaats unmittelbar zugesandt wird.

Artikel V

Die in Artikel 6 Nr. 2 und Artikel 10 für eine Gewährleistungs- oder Interventionsklage vorgesehene Zuständigkeit kann in der Bundesrepublik Deutschland nicht geltend gemacht werden. In der Bundesrepublik Deutschland kann jede Person, die ihren Wohnsitz in einem anderen Vertragsstaat hat, nach den §§ 68, 72 bis 74 der Zivilprozeßordnung, die für die Streitverkündung gelten, vor Gericht geladen werden.

Entscheidungen, die in den anderen Vertragsstaaten aufgrund des Artikels 6 Nr. 2 und des Artikels 10 ergangen sind, werden in der Bundesrepublik Deutschland nach Titel III anerkannt und vollstreckt. Die Wirkungen, welche die in der Bundesrepublik Deutschland ergangenen Entscheidungen nach den §§ 68, 72 bis 74 der Zivilprozeßordnung gegenüber Dritten haben, werden auch in den anderen Vertragsstaaten anerkannt.

Artikel Va⁽¹⁾

In Unterhaltssachen umfaßt der Begriff „Gericht“ auch dänische Verwaltungsbehörden.

(*) Text in der Fassung des Beitrittsübereinkommens.

(²) Gemäß Artikel 29 des Beitrittsübereinkommens eingefügter Artikel.

Artikel Vb ⁽¹⁾

Bei Streitigkeiten zwischen dem Kapitän und einem Mitglied der Mannschaft eines in Dänemark oder in Irland eingetragenen Seeschiffes über die Heuer oder sonstige Bedingungen des Dienstverhältnisses haben die Gerichte eines Vertragsstaats zu überprüfen, ob der für das Schiff zuständige diplomatische oder konsularische Vertreter von der Streitigkeit unterrichtet worden ist. Sie haben die Entscheidung auszusetzen, solange dieser Vertreter nicht unterrichtet worden ist. Sie haben sich von Amts wegen für unzuständig zu erklären, wenn dieser Vertreter, nachdem er ordnungsgemäß unterrichtet worden ist, die Befugnisse ausgeübt hat, die ihm insoweit auf Grund eines Konsularabkommens zustehen, oder, falls ein derartiges Abkommen nicht besteht, innerhalb der festgesetzten Frist Einwände gegen die Zuständigkeit geltend gemacht hat.

Artikel Vc ⁽¹⁾

Wenn die Artikel 52 und 53 dieses Übereinkommens im Sinne des Artikels 69 Absatz 5 des am 15. Dezember 1975 in Luxemburg unterzeichneten Übereinkommens über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt auf die Bestimmungen angewandt werden, die sich auf „residence“ im englischen Wortlaut des letztgenannten Übereinkommens beziehen, so wird der in diesem Wortlaut verwandte Begriff „resi-

dence“ in dem gleichen Sinn verstanden wie der in den vorstehend genannten Artikeln 52 und 53 verwandte Begriff „domicile“.

Artikel Vd ⁽¹⁾

Unbeschadet der Zuständigkeit des Europäischen Patentamtes nach dem am 5. Oktober 1973 in München unterzeichneten Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente sind die Gerichte eines jeden Vertragsstaats ohne Rücksicht auf den Wohnsitz der Parteien für alle Verfahren ausschließlich zuständig, welche die Erteilung oder die Gültigkeit eines europäischen Patents zum Gegenstand haben, das für diesen Staat erteilt wurde und kein Gemeinschaftspatent nach Artikel 86 des am 15. Dezember 1975 in Luxemburg unterzeichneten Übereinkommens über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt ist.

Artikel VI

Die Vertragsstaaten teilen dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften den Wortlaut ihrer gesetzlichen Vorschriften mit, durch welche die in diesem Übereinkommen angeführten Vorschriften ihrer Gesetzgebung oder die in Titel III Abschnitt 2 dieses Übereinkommens angeführten Gerichtsstände geändert werden.

⁽¹⁾ Gemäß Artikel 29 des Beitrittsübereinkommens eingefügte Artikel.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschrift unter dieses Protokoll gesetzt.

En foi de quoi les plénipotentiaires soussignés ont apposé leur signature au bas du présent protocole.

In fede di che i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente protocollo.

Ten blijke waarvan de onderscheiden gevolmachtigden hun handtekening onder dit Protocol hebben gesteld.

Geschehen zu Brüssel am siebenundzwanzigsten September neunzehnhundertachtundsechzig.

Fait à Bruxelles, le vingt-sept septembre mil neuf cent soixante-huit.

Fatto a Bruxelles, addì ventisette settembre millenovecentosessantotto.

Gedaan te Brussel, op zeventwintig september negentienhonderd achtenzestig.

Pour Sa Majesté le roi des Belges

Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen

Pierre HARMEL

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Willy BRANDT

Pour le président de la République française

Michel DEBRÉ

Per il presidente della Repubblica italiana

Giuseppe MEDICI

Pour Son Altesse Royale le grand-duc de Luxembourg

Pierre GRÉGOIRE

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden

J.M.A.H. LUNS

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

Die Regierungen des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg und des Königreichs der Niederlande —

Im Augenblick der Unterzeichnung des Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen,

In dem Wunsch, eine möglichst wirksame Anwendung dieses Übereinkommens zu gewährleisten,

In dem Bestreben zu verhindern, daß durch unterschiedliche Auslegung die durch dieses Übereinkommen angestrebte Einheitlichkeit beeinträchtigt wird,

In der Erkenntnis, daß positive oder negative Kompetenzkonflikte bei Anwendung dieses Übereinkommens entstehen können —

Erklären sich bereit:

1. diese Fragen zu prüfen und insbesondere die Möglichkeit zu untersuchen, dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften bestimmte Zuständigkeiten zu übertragen und gegebenenfalls über den Abschluß eines derartigen Übereinkommens zu verhandeln;
2. ihre Vertreter in regelmäßigen Zeitabständen miteinander in Verbindung treten zu lassen.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschrift unter diese Gemeinsame Erklärung gesetzt.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont apposé leur signature au bas de la présente Déclaration commune.

In fede di che i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce alla presente Dichiarazione comune.

Ten blijke waarvan de onderscheiden gevolmachtigden hun handtekening onder deze Gemeenschappelijke Verklaring hebben gesteld.

Geschehen zu Brüssel am siebenundzwanzigsten September neunzehnhundertachtundsechzig.

Fait à Bruxelles, le vingt-sept septembre mil neuf cent soixante-huit.

Fatto a Bruxelles, addì ventisette settembre millenovecentosessantotto.

Gedaan te Brussel, op zevenentwintig september negentienhonderd achtenzestig.

Pierre HARMEL

Willy BRANDT

Michel DEBRÉ

Giuseppe MEDICI

Pierre GRÉGOIRE

J.M.A.H. LUNS

PROTOKOLL

betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen durch den Gerichtshof (*)

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN DES VERTRAGES ZUR GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT —

Unter Bezugnahme auf die Erklärung zu dem am 27. September 1968 in Brüssel unterzeichneten Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen —

Haben beschlossen, ein Protokoll zu schließen, durch das dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften bestimmte Zuständigkeiten zur Auslegung des genannten Übereinkommens übertragen werden, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER:

Herrn Alfons VRANCKX,
Minister der Justiz;

DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Herrn Gerhard JAHN,
Bundesminister der Justiz;

DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK:

Herrn René PLEVEN,
Siegelbewahrer,
Minister der Justiz;

DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK:

Herrn Erminio PENNACCHINI,
Staatssekretär im Ministerium der Justiz;

SEINE KÖNIGLICHE HOHEIT DER GROSSHERZOG VON LUXEMBURG:

Herrn Eugène SCHAUS,
Minister der Justiz,
Stellvertretender Ministerpräsident;

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE:

Herrn C. H. F. POLAK,
Minister der Justiz;

DIESE im Rat vereinigten Bevollmächtigten sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten

WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

(*) Text in der Fassung des Beitrittsübereinkommens.

Artikel 1

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften entscheidet über die Auslegung des am 27. September 1968 in Brüssel unterzeichneten Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, des dem Übereinkommen beigefügten, am selben Tag und am selben Ort unterzeichneten Protokolls und über die Auslegung des vorliegenden Protokolls.

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften entscheidet ebenfalls über die Auslegung des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zum Übereinkommen vom 27. September 1968 und zum vorliegenden Protokoll ⁽¹⁾.

Artikel 2

Folgende Gerichte können dem Gerichtshof eine Auslegungsfrage zur Vorabentscheidung vorlegen:

1. — in Belgien: die „Cour de Cassation“ — „Hof van Cassatie“ und der „Conseil d'État“ — „Raad van State“,
 - in Dänemark: „Højesteret“,
 - in der Bundesrepublik Deutschland: die obersten Gerichtshöfe des Bundes,
 - in Frankreich: die „Cour de Cassation“ und der „Conseil d'Etat“,
 - in Irland: der „Supreme Court“,
 - in Italien: die „Corte Suprema di Cassazione“,
 - in Luxemburg: die „Cour supérieure de Justice siégeant comme Cour de Cassation“,
 - in den Niederlanden: der „Hoge Raad“,
 - im Vereinigten Königreich: das „House of Lords“ und die nach Artikel 37 Absatz 2 oder Artikel 41 des Übereinkommens befaßten Gerichte ⁽²⁾;
2. — die Gerichte der Vertragsstaaten, sofern sie als Rechtsmittelinstanz entscheiden;
3. — in den in Artikel 37 des Übereinkommens vorgesehenen Fällen die in dem genannten Artikel angeführten Gerichte.

Artikel 3

(1) Wird eine Frage zur Auslegung des Übereinkommens oder einer anderen in Artikel 1 genannten

⁽¹⁾ Absatz 2 eingefügt gemäß Artikel 30 des Beitrittsübereinkommens.

⁽²⁾ Nr. 1 geändert gemäß Artikel 31 des Beitrittsübereinkommens.

Übereinkunft in einem schwebenden Verfahren bei einem der in Artikel 2 Nr. 1 angeführten Gerichte gestellt und hält dieses Gericht eine Entscheidung darüber zum Erlaß seines Urteils für erforderlich, so ist es verpflichtet, diese Frage dem Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen.

(2) Wird eine derartige Frage einem der in Artikel 2 Nrn. 2 und 3 angeführten Gerichte gestellt, so kann dieses Gericht unter den in Absatz 1 festgelegten Voraussetzungen diese Frage dem Gerichtshof zur Entscheidung vorlegen.

Artikel 4

(1) Die zuständige Stelle eines Vertragsstaats kann bei dem Gerichtshof beantragen, daß er zu einer Auslegungsfrage, die das Übereinkommen oder eine andere in Artikel 1 genannte Übereinkunft betrifft, Stellung nimmt, wenn Entscheidungen von Gerichten dieses Staates der Auslegung widersprechen, die vom Gerichtshof oder in einer Entscheidung eines der in Artikel 2 Nrn. 1 und 2 angeführten Gerichte eines anderen Vertragsstaats gegeben wurde. Dieser Absatz gilt nur für rechtskräftige Entscheidungen.

(2) Die vom Gerichtshof auf einen derartigen Antrag gegebene Auslegung hat keine Wirkung auf die Entscheidungen, die den Anlaß für den Antrag auf Auslegung bildeten.

(3) Den Gerichtshof können um eine Auslegung nach Absatz 1 die Generalstaatsanwälte bei den Kassationsgerichtshöfen der Vertragsstaaten oder jede andere von einem Vertragsstaat benannte Stelle ersuchen.

(4) Der Kanzler des Gerichtshofs stellt den Antrag den Vertragsstaaten, der Kommission und dem Rat der Europäischen Gemeinschaften zu, die binnen zwei Monaten nach dieser Zustellung beim Gerichtshof Schriftsätze einreichen oder schriftliche Erklärungen abgeben können.

(5) In dem in diesem Artikel vorgesehenen Verfahren werden Kosten weder erhoben noch erstattet.

Artikel 5

(1) Soweit dieses Protokoll nichts anderes bestimmt, gelten die Vorschriften des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des dem Vertrag beigefügten Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes, die anzuwenden sind, wenn der Gerichtshof im Wege der Vorabentscheidung zu entscheiden hat, auch für das Verfahren zur Auslegung des Übereinkommens und der anderen in Artikel 1 genannten Übereinkünfte.

(2) Die Verfahrensordnung des Gerichtshofes wird, soweit erforderlich, gemäß Artikel 188 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angepaßt und ergänzt.

Artikel 6 ⁽¹⁾

Dieses Protokoll gilt für das europäische Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten einschließlich Grönland, für die französischen überseeischen Departements und Gebiete sowie für Mayotte.

Das Königreich der Niederlande kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifizierung dieses Protokolls oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch Notifikation an den Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften erklären, daß dieses Protokoll für die Niederländischen Antillen gilt.

Abweichend von Absatz 1 gilt dieses Protokoll nicht:

1. für die Färöer, sofern nicht das Königreich Dänemark eine gegenteilige Erklärung abgibt,
2. für die europäischen Gebiete außerhalb des Vereinigten Königreichs, deren internationale Beziehungen dieses wahrnimmt, sofern nicht das Vereinigte Königreich eine gegenteilige Erklärung in bezug auf ein solches Gebiet abgibt.

Diese Erklärungen können jederzeit gegenüber dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften abgegeben werden.

Artikel 7

Dieses Protokoll bedarf der Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt.

Artikel 8 ⁽²⁾

Dieses Protokoll tritt am ersten Tage des dritten Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch denjenigen Unterzeichnerstaat folgt, der diese Förmlichkeit als letzter vornimmt. Es tritt jedoch frühestens gleichzeitig mit dem Übereinkommen vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen in Kraft.

⁽¹⁾ Wortlaut geändert gemäß Artikel 32 des Beitrittsübereinkommens.

⁽²⁾ Für das Inkrafttreten des Beitrittsübereinkommens vgl. dessen Artikel 39.

Artikel 9

Die Vertragsstaaten bekräftigen, daß jeder Staat, der Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird und auf den Artikel 63 des Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen Anwendung findet, die Bestimmungen dieses Protokolls vorbehaltlich der erforderlichen Anpassungen annehmen muß.

Artikel 10

Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften notifiziert den Unterzeichnerstaaten:

- a) die Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde;
- b) den Tag, an dem dieses Protokoll in Kraft tritt;
- c) die gemäß Artikel 4 Absatz 3 eingegangenen Erklärungen;
- d) die gemäß Artikel 6 eingegangenen Erklärungen ⁽³⁾.

Artikel 11

Die Vertragsstaaten teilen dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften den Wortlaut ihrer gesetzlichen Vorschriften mit, die zu einer Änderung der Liste der in Artikel 2 Nr. 1 bezeichneten Gerichte führen.

Artikel 12

Dieses Protokoll gilt auf unbegrenzte Zeit.

Artikel 13

Jeder Vertragsstaat kann eine Revision dieses Protokolls beantragen. In diesem Fall beruft der Präsident des Rates der Europäischen Gemeinschaften eine Revisionskonferenz ein.

Artikel 14 ⁽⁴⁾

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt. Der Generalsekretär übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

⁽³⁾ Buchstabe d) geändert gemäß Artikel 33 des Beitrittsübereinkommens.

⁽⁴⁾ Vgl. auch Artikel 37 Absatz 2 des Beitrittsübereinkommens, der vorschreibt, daß der dänische, der englische und der irische Wortlaut gleichermaßen verbindlich sind.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschrift unter dieses Protokoll gesetzt.

En foi de quoi les plénipotentiaires soussignés ont apposé leur signature au bas du présent protocole.

In fede di che i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente protocollo.

Ten blijke waarvan de onderscheiden gevolmachtigden hun handtekening onder dit Protocol hebben gesteld.

Geschehen zu Luxemburg am dritten Juni neunzehnhunderteinundsiebzig.

Fait à Luxembourg, le trois juin mil neuf cent soixante et onze.

Fatto a Lussemburgo, addì tre giugno millenovecentosettantuno.

Gedaan te Luxemburg, de derde juni negentienhonderd eenenzeventig.

Pour Sa Majesté le roi des Belges,

Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen,

Alfons VRANCKX

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland,

Gerhard JAHN

Pour le président de la République française,

René PLEVEN

Per il presidente della Repubblica italiana,

Erminio PENNACCHINI

Pour Son Altesse Royale le grand-duc de Luxembourg,

Eugène SCHAUS

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden,

C.H.F. POLAK

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

Die Regierungen des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg und des Königreichs der Niederlande —

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Protokolls betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen durch den Gerichtshof,

In dem Wunsch, eine möglichst wirksame und einheitliche Anwendung dieses Protokolls zu gewährleisten —

Erklären sich bereit, im Benehmen mit dem Gerichtshof einen Austausch von Informationen über die Entscheidungen einzurichten, die von den in Artikel 2 Nr. 1 des Protokolls angeführten Gerichten in Anwendung des Übereinkommens und des Protokolls vom 27. September 1968 erlassen werden.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschrift unter diese Gemeinsame Erklärung gesetzt.

En foi de quoi les plénipotentiaires soussignés ont apposé leur signature au bas de la présente Déclaration commune.

In fede di che i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce alla presente Dichiarazione comune.

Ten blijkte waarvan de onderscheiden gevolmachtigden hun handtekening onder deze Gemeenschappelijke Verklaring hebben gesteld.

Geschehen zu Luxemburg am dritten Juni neunzehnhunderteinundsiebzig.

Fait à Luxembourg, le trois juin mil neuf cent soixante et onze.

Fatto a Lussemburgo, addì tre giugno millenovecentosettantuno.

Gedaan te Luxemburg, de derde juni negentienhonderd eenenzeventig.

Pour Sa Majesté le roi des Belges,

Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen,

Alfons VRANCKX

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland,

Gerhard JAHN

Pour le président de la République française,

René PLEVEN

Per il presidente della Repubblica italiana,

Erminio PENNACCHINI

Pour Son Altesse Royale le grand-duc de Luxembourg,

Eugène SCHAUS

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden,

C.H.F. POLAK
